



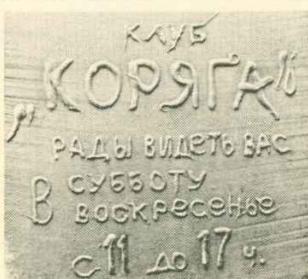
Das nukleare Wettrüsten aufhalten!



DAS POTENTIAL DER ENTSpannung

•
„Linker“ Extremismus –
Mentalität der Verzweiflung

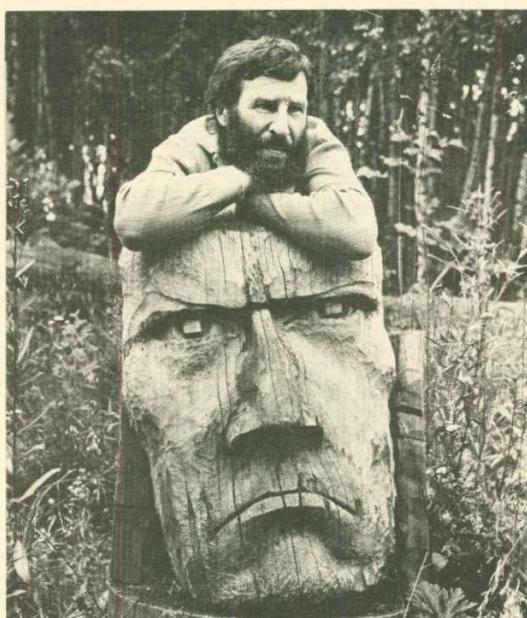
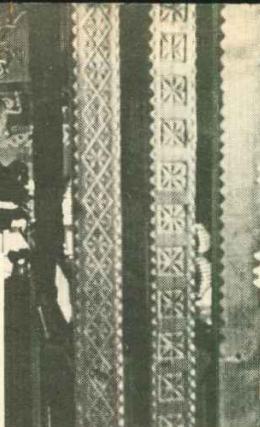
•
VORSTER, MULDER UND MULDERGATE



In der Umgebung der Stadt Pustschino (bei Moskau) steht unter schützenden Birken am Ufer der Oka ein kleines Haus. Von außen wirkt es wie eine einladende Hütte aus dem russischen Volksmärchen. Beim Eintreten gelangt man in eine Märchenwelt, in der alle Gestalten aus Holz geschnitten sind.

Auf die Idee, diesen originellen Klub zu gründen, kamen vor über 10 Jahren Wissenschaftler des biologischen Forschungszentrums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Pustschino — Physiker, Mathematiker und Biologen, die alle die Liebe zum Kunsthandwerk vereint. Ihr Steckenpferd sind Holzschnitz-, Ziselier- und Juwelierarbeiten.

Organisator des Klubs war der Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften, Armen Sarwasian. Die Klubmitglieder ar-



beiten vor allem an Holz, an gewöhnlichen Baumknorren, in denen sie bereits ihr künftiges Kunstwerk sehen. Jetzt werden ihre Werke auf Ausstellungen in Moskau und Umgebung gezeigt. Der schönste Lohn ist die Anerkennung bei den Kunstreunden, sind die zahlreichen Diplome. Der Klub veranstaltet Begegnungen mit Künstlern, Fahrten zu Ausstellungen und Vorträge über bildende Kunst.

Das Märchenhaus steht allen weit offen — auch Besuchern aus anderen Städten und ausländischen Gästen. Vielen Besuchern haben die schönen kunstgewerblichen Erzeugnisse, die in der Hütte an der Oka entstanden sind, Freude bereitet.

Fotos: J. Lunkow

**SOWJETUNION
IM BILD**



AUF HÖCHSTER EBENE

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR haben über die Ergebnisse des Besuchs der von Leonid Breschnew geführten Partei- und Regierungsdelegation in Ungarn ein hohes Werturteil abgegeben. Damit ist die Rolle nochmals hervorgehoben, die regelmäßige Gipfeltreffen der Bruderländer dabei spielen, die Bündnisbeziehungen zu festigen, die sozialistische Ländergemeinschaft politisch und ideologisch zu konsolidieren, ihre internationalen Positionen zu verstärken und die sozialistische Wirtschaftsintegration fortzuentwickeln.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gehen davon aus, daß Frieden, Entspannung, internationale Sicherheit und Zusammenarbeit ein gemeinsames Anliegen sind. Das setzt voraus, daß der Frieden durch gemeinsame Bemühungen aufrechterhalten wird und daß man gemeinsam nach Mitteln und Wegen zur Gewährleistung einer friedlichen Zukunft sucht. Zu diesem Zweck dehnen die sozialistischen Länder unablässig ihren konstruktiven Dialog mit anderen Staaten aus. Ein wesentlicher Stabilisator der Weltpolitik ist jetzt die immer engere Zusammenarbeit der Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft mit einer großen Gruppe von Entwicklungsländern. Ein erneuter anschaulicher Beweis dafür sind der offizielle Freundschaftsbesuch Morarji Desais, des indischen Ministerpräsidenten, in der UdSSR und seine Verhandlungen mit der sowjetischen Führung.

Es bedarf wohl keines Beweises dafür, daß der Dialog auf höchster Ebene einer günstigen Entwicklung der Ost-West-Beziehungen förderlich ist. Das wurde erneut durch die beim kürzlichen Besuch des Präsidenten Frankreichs in der UdSSR erzielte Vereinbarung anerkannt, jedes Jahr sowjetisch-französische Gipfeltreffen abzuhalten.

Viel erhofft die ganze heutige Welt von dem

sowjetisch-amerikanischen Treffen in Wien und dem erwarteten Abschluß des SALT-II-Vertrags. Er wird die Gefahr eines Krieges mit den beispiellos verheerenden, ja ausrottenden Waffen verringern und kann ein neuer, fester Stützpfeiler des ganzen Entspannungsprozesses werden.

Aber damit ist die Bedeutung des Wiener Treffens noch nicht erschöpft. Das vorige sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen fand 1974 statt. Die Unterbrechung, die nicht aus Verschulden der UdSSR eintrat, zeugt von ungenutzten Möglichkeiten, von einem Verlust der in unserer schnell wandelbaren Welt so kostbaren Zeit. Die Unterbrechung zeugt davon, daß der Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen noch nicht genug den Erfordernissen der Entspannung entspricht. Der sorgfältig ausgewogene, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und gleichen Sicherheit beruhende SALT-II-Vertrag bietet jetzt eine gute Gelegenheit, den ganzen Komplex der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu regeln, zu stabilisieren und konstruktiv zu gestalten. Leonid Breschnew hob in seiner Rede am 11. Juni die politische Bedeutung des Wiener Treffens hervor und erinnerte daran, daß sich die UdSSR und die USA vor einigen Jahren gegenseitig verpflichtet hatten, ihre Beziehungen nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz aufzubauen und alles zu tun, um einen Kernkrieg zu verhüten. „Wir möchten“, betonte Leonid Breschnew, „daß das bevorstehende Treffen (übrigens das erste seit fünf Jahren) eine wichtige Etappe bei der Fortentwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf ebendieser Basis wird. Wir unsererseits werden alles, was nur möglich ist, dafür tun.“

Bei den vorigen Ost-West-Gipfeln wurden nicht wenig alte Gegensätze und Konflikte bereinigt und wurde Entscheidendes für die Normalisierung und Regulierung der Beziehungen getan. Gerade die auf maßgeblichster Ebene gefaßten Beschlüsse haben es ermöglicht und ermöglichen es auch jetzt, mit der Verständigung und mit den für beide Seiten vorteilhaften Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung vorwärtszukommen. Die Beteiligung der mit der höchsten Verantwortung und mit allen erforderlichen Befugnissen ausgestatteten Spitenpolitiker an internationalen Verhandlungen ermöglicht es, den ganzen Komplex der Beziehungen und Probleme von höchster Warte aus zu sehen, sie mit staatsmännischer Großzügigkeit und mit Sicht auf die historischen Perspektiven zu bereinigen sowie weitreichende Beschlüsse zu fassen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 25 JUNI 1979

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Auf höchster Ebene	1
L. Besymenski — Das Potential der Entspannung	4
W. Gontscharow — Italien. Nach den Wahlen	6
V. Natalucha — UNCTAD. Nach Manila	8
Biographisches: Ilie Verdef, Hafisullah Amin	8, 11
K. Nikolajew — Frankreich. Abrüstung: Aufgabe aller	10
W. Sergejew — Libyen. Stete Wachsamkeit	12
W. Dolgov — Druck auf Panama	12
N. Michailow — Diplomaten in Tula	13
W. Drobkow — Zypern. Wiederaufnahme des Dialogs	14
W. Nesterow — Nikaragua. Die Diktatur am Abgrund	15
Notizen ◆ Glossen	16
W. Potapow, J. Dimow — China—westliche Länder. Von Euphorie	
zur Enttäuschung	
A. Woropai, S. Subarewa — Gesundheit — Recht für alle	18
L. Medwedko — Naher Osten. Bumerang Wettrüsten	21
J. Scherkowin — Mentalität des „revolutionären Abenteuerfums“	22
G. Bondarewski — Desai über sein Leben (Das politische Buch)	24
Rassismus, Apartheid und Kolonialismus ausmerzen (Dokumente des internationalen Seminars in Alma-Ata)	26
I. Stepanowa — Lockheed übertrumpft	27
Diskussion mit dem Leser	28
PS	31



SALT 2 liegt im Interesse aller Völker.

Umschlag: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 7. Juni erörterten das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR die Ergebnisse des Besuchs, den eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation unter Leonid Breschnew vom 30. Mai bis 1. Juni der Ungarischen VR abstattete. Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR billigten voll und ganz die Tätigkeit der Delegation und drückten ihre volle Genugtuung über die Ergebnisse des Besuchs aus. Die zuständigen Ministerien und Ämter erhielten Weisungen, praktische Maßnahmen zur Realisierung der Vereinbarungen über einen Ausbau der sowjetisch-ungarischen Zusammenarbeit auf vielen Gebieten zu ergreifen.

■ Am 6. Juni fand ein Treffen statt zwischen A. Kirilenko, B. Ponomarjow und K. Brutenz, Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit einer Delegation der Libanesischen KP, der G. Khaoui, Stellvertretender Generalsekretär des ZK der LKP, N. A. Samad, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der LKP sowie G. Batal, Mitglied des Politbüros des ZK der LKP, angehört. Beide Delegationen drückten ihre feste Überzeugung aus, daß ein gerechter und fester Frieden im Nahen Osten nur möglich ist, wenn die israelischen Truppen von allen besetzten arabischen Territorien zurückgezogen und dem arabischen Volk von Palästina seine legitimen Rechte gewährleistet werden, einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen Staates.

■ Am 9. Juni traf auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR eine Delegation der Nationalversammlung der Volksmacht der Republik Kuba zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein, geführt von Blas Roca, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Kubas, Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats und Vorsitzender der Nationalversammlung der Volksmacht.

■ Am 10. Juni traf zur Tagung der sowjetisch-indischen Regierungskommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der Vorsitzende der indischen Kommission, Außenminister Vajpayee, in Moskau ein.

■ Am 11. Juni überreichte im Kreml Wasili Kusnezow, Kandidat des Politbüros



Am 11. Juni traf auf Einladung der sowjetischen Führung der indische Ministerpräsident, Morarji Desai, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Am gleichen Tag verhandelten im Kreml Leonid Breschnew, Alexej Kosygin und Andrej Gromyko mit Morarji Desai. Sie tauschten ihre Meinungen aus über nationale Probleme. Am 12. Juni trafen Breschnew und Desai nochmals zusammen. Am selben Tag wurden sowjetisch-indische Dokumente unterzeichnet. Unser Bild: Während der Verhandlungen.

Foto: TASS

des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Meir Vilner, dem Generalsekretär des ZK der KP Israels und Pat Clancy, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Australiens, den Orden der Völkerfreundschaft.

Vom 4. bis 7. Juni hielt sich eine Partei- und Regierungsdelegation der Mongolischen Volksrepublik unter J. Zedenbal, Erstem Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzendem des Präsidiums des Großen Volks-Churals der MVR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Bulgarien auf.

Am 6. und 7. Juni hielt sich Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR, zu einem Freundschaftsbesuch in der DDR auf. Er verhandelte mit Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR, in einer Atmosphäre der Freundschaft über aktuelle Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern und über internationale Probleme.

Am 6. Juni um 21.13 Uhr Moskauer Zeit wurde in der UdSSR das unbemannte Raumschiff Sojus 34 gestartet. Das autonome Flugprogramm sah* die Über-

prüfung des Annäherungssystems und der Korrekturentriebwerke vor. Beide Anlagen waren überarbeitet worden, nachdem sich beim Flug von Sojus 33 im April d. J. Beanstandungen ergeben hatten. Am 8. Juni um 23.02 Uhr Moskauer Zeit erfolgte die Kopplung von Sojus 34 an den Orbitalkomplex Salut 6/Sojus 32.

Am 7. Juni wurde in der UdSSR mit Hilfe einer sowjetischen Trägerrakete der zweite indische Satellit Bhaskara gestartet. Er soll die Bodenschätze mit Hilfe von TV-Apparaturen und Mikrowellenradiometern erforschen, die von indischen Spezialisten entwickelt und hergestellt wurden.

Am 5. Juni wurden in Genf nach einer Arbeitspause die Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien betreffend die Formulierung eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffentests wieder aufgenommen.

Am 10. Juni kehrte Papst Johannes Paul II., der sich zu einem Besuch in Polen aufgehalten hatte, von Krakau aus nach Rom zurück.

Am 6. Juni verhandelten im Weißen Haus US-Präsident Carter und Bundes-

kanzler Schmidt, der die USA besuchte. In einer nach dem Treffen veröffentlichten gemeinsamen Erklärung wiesen die beiden Partner u. a. auf die Bedeutung des SALT-2-Vertrages für die USA und Europa hin.

Am 9. und 10. Juni fand in Luanda ein Gipfeltreffen von fünf afrikanischen Staaten, ehemaligen portugiesischen Kolonien, statt. Die Präsidenten von Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln, von São Tomé und Príncipe bestätigten den anti-imperialistischen Charakter der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, die in diesen Ländern durchgeführt werden.

Am 6. und 7. Juni war in Wien ein Treffen von Vertretern neutraler und nichtpaktgebundener Staaten Europas; Teilnehmer waren Delegationen aus Österreich, der Schweiz, Schweden, Finnland, Jugoslawien, Malta, Zypern, Liechtenstein und San Marino. Sie erörterten die Vorbereitungen zu der im November 1980 in Madrid stattfindenden zweiten KSZE-Nachfolgekonferenz.

Am 5. Juni schlossen die Verhandlungen zwischen dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die sich zu einem Besuch in Paris aufhielt.

Ekuador: Bei den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftswahlen wurde im zweiten Wahlgang Jaime Roldos, der 68,4% der Stimmen auf sich vereinigte, zum Staatsoberhaupt gewählt.

DAS POTENTIAL DER ENTPANNUNG

Von unserem politischen Kommentator Lew BESYMENSKI

„Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entsteht, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“ Dieser profunde Gedanke von Karl Marx muß jeden Politiker und Staatsmann veranlassen, sich darüber Gedanken zu machen, welche Aufgabe für sein Tun bestimmend zu sein hat. Aber nicht nur das — er muß erkennen, wo die Voraussetzungen zu ihrer Lösung liegen und wie von ihnen Gebrauch gemacht werden kann.

In der heutigen komplizierten und sich unglaublich rasch entwickelnden Welt (in der die politische Akzeleration manchmal noch schneller als die biologische ist) ist die Wahl der Aufgaben und Ziele kein Leichtes. Es besteht eine ganze Philosophie, laut der die gesellschaftlichen Prozesse angeblich nicht erkennbar sind und die die Menschheit dazu verurteilt, sich mit den jahrhundertealten Traditionen abzufinden und — was das Wichtigste ist — passiv dem Wirken jener sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte gegenüberzustehen, die schon so manches Jahrzehnt Gewinn aus dem blutigen Kriegsgeschäft ziehen. Ihnen paßt der Gedanke, daß der Krieg ein natürlicher Zustand der menschlichen Gesellschaft sei, vorzüglich, und sie propagieren diesen Gedanken mit einer Raffinesse, vor der ein Hitler und Goebbels erblassen würden.

Eine andere Geschichtsphilosophie ist dagegen offen und ehrlich für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft, für ihren Fortschritt und ihre friedliche Entwicklung in die Schranken getreten. Nun ja, seinerzeit sprachen selbst durchaus ernstzunehmende Politiker im Westen ironisch von dem „Träumer im Kreml“, der im hungernden, von Intervention und Bürgerkrieg erschöpften Moskau von einer mächtigen, industrialisierten Sowjetrepublik sprach. Der Träumer hat aber recht behalten, und nicht nur in seinen Wirtschaftsprognosen, sondern auch darin, daß er den Anbruch einer Zeit real ins Auge faßt,

te, in der ein Krieg „überhaupt unmöglich werden wird“.

Ohne jeden Zweifel ist es äußerst schwierig, Kriege zu verhüten, viel schwieriger als die Entwirrung des gordischen Knotens. Als Alexander der Große ihn durchhieb, lief er nur Gefahr, sein Schwert scharfartig zu machen. Wer heutzutage bei der Bereinigung globaler Gegensätze so kurz und bündig handeln wollte, der würde die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzen. Es ist ja mit wissenschaftlicher Authentizität beschrieben worden, was geschähe, wenn jemand einen thermonuklearen Krieg auslösen würde.

Unter diesen Umständen steht die Welt vor einer ernsten Wahl. Anfang dieses Jahres schrieb Leonid Breschnew: „Für die Staaten und Völker, für die Staatsmänner, die die Verantwortung für das Leben und Wohlergehen ihrer Länder tragen, ist die Zeit gekommen, sich restlos der Tragweite der Alternative bewußt zu werden, vor die die Menschheit heute gestellt ist: Entweder wird das Wettrüsten zum Stillstand und Rücklauf gebracht, und dann können die friedlichen Elemente endlich in den zwischenstaatlichen Beziehungen unwiderrücklich festen Fuß fassen, oder es kommt zu einem erneuten höchst gefährlichen Balancieren am Rande eines Krieges mit allen negativen Folgen, die das für die Entspannung, für die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und für die Lösung der Weltwirtschaftsprobleme mit sich bringt.“ Es ist an der Zeit, sich über die ganze Tragweite dieser Alternative Rechenschaft abzulegen.

Das ist aber nicht so einfach. Keine politische Erscheinung der Gegenwart hätte man im Westen wohl so gern zu Grabe getragen wie die Entspannung. Die Auguren der westlichen Welt verkündeten bei jeder Gelegenheit: „Die Entspannung ist tot!“ Hier ist es am Platze, sie daran zu erinnern, wie Churchill seinerzeit auf seinen eigenen Nachruf reagierte, den eine Zeitung veröffentlicht hatte: Er nahm ihn als gutes Omen dafür, daß er lange leben werde. Der Verfasser des Nachrufs irrte sich bloß, die Totengräber der Entspannung aber lügen bewußt, denn wer

die internationale Entwicklung in den 70er Jahren genau betrachtet, der erkennt untrüglich, daß die Entspannung ein Schwerpunkt der Politik dieser Zeitspanne geworden ist.

Jetzt steht die Welt vor einem wichtigen Ereignis: vor dem Abschluß des neuen sowjetisch-amerikanischen SALT-II-Vertrags. Darin gipfelt eine schwierige und angespannte Arbeit, die mehr als sechs Jahre gedauert hat. Aber schon jetzt sieht man, welchen Platz er bei der allgemeinen Entwicklung der Entspannung einnimmt.

Er ist an sich wichtig. Zugleich aber ist die „Materie“ dieses Abkommens über mächtige strategische Angriffsmittel derart gewichtig, daß die Bedeutung der zwischen der UdSSR und den USA erzielten Übereinkünfte weit über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinausgeht.

Wenn der Vertrag unterzeichnet, ratifiziert und in Kraft gesetzt sein wird, dann wird er vor allem ein definitives Hindernis für die Fortpflanzung der verheerenden und zugleich kostspieligen Waffen sein. Beim Abbremsen der nuklearen Aufrüstung wird das der gewichtigste Schritt sein, um so mehr, als dadurch eine ganz bestimmte Kontinuität von SALT-I über SALT-II zu einer neuen Verhandlungsruhne entsteht.

Die Unterzeichnung des Vertrags kann sich belebend auch auf andere jetzt laufende Verhandlungen auswirken. Vor einiger Zeit hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern mehrerer Delegationen bei den Wiener Verhandlungen über eine Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu sprechen. In diesen Kreisen meinte man, eine Übereinkunft über den SALT-II-Vertrag werde sich günstig auf das Vorwärtskommen in Wien auswirken. Darüber sprachen u. a. westliche Diplomaten. Nun, jetzt kann man ihnen sagen: Die Antwort auf die konstruktiven Vorschläge der sozialistischen Länder in Wien ist lange genug aufgeschoben worden.

Niemand wird bestreiten, daß sich der Abschluß der SALT-II günstig auf das ganze weltpolitische Klima auswirken wird. Das wird aber nicht von selbst eintreten. Bei den regen Umtrieben der Entspannungsgegner wird alles davon abhängen, wie konsequent man die günstige Situation benutzen wird. Da wird es sehr wichtig sein, daß die Öffentlichkeit ihren Einfluß bei den Regierungen geltend macht, die für die bereits laufenden Verhandlungen und dafür verantwortlich sind, daß neue Lösungen gefunden werden.

Zugleich läßt schon die bloße Unterzeichnung des Vertrags einige Besonderheiten des Entspannungsprozesses

erkennen. Eine davon ist, daß dieser Prozeß von allen Beteiligten ständige und denkbar energische Bemühungen verlangt. Die Praxis lehrt, daß jede Verzögerung für beide Seiten annehmbarer friedensfördernder Beschlüsse von den Friedensfeinden sofort ausgenützt wird. Die Spirale des Wettrüstens schraubt sich infolge der unbändigen Profitgier der Rüstungsmonopole immer höher, und bei jeder Verzögerung im Entspannungsprozeß haken die Verfechter einer „Politik der Stärke“ unverzüglich ein. Jede neue Phase im Wettrüsten wiederum legt den schon laufenden Verhandlungen Hindernisse in den Weg.

Es ist allgemein bekannt, daß man sich über den SALT-II-Vertrag früher hätte einigen können. Schon 1974, bei den Gipfelgesprächen in Wladiwostok, wurden seine Konturen ja umrissen. Dort erklärten die Spitzenpolitiker der UdSSR und der USA, daß die Aussichten auf eine Fertigstellung des Vertragswortlautes im Jahre 1975 gut seien. Nicht aus Verschulden der UdSSR zogen sich die Verhandlungen in die Länge.

Die UdSSR war immer überzeugt, daß für beide Seiten annehmbare Lösungen gefunden werden können, mag das auch noch so schwer sein. Neulich erinnerte Leonid Breschnew in Budapest daran, wie viele Leute in der Welt kleingläubig und skeptisch waren, als vor 10 Jahren das Programm für die Vorbereitungen zur KSZE vorgeschlagen wurde. Wieviel pessimistische Voraussagen laut wurden! Und doch ist Helsinki ein realer Faktor der Weltpolitik geworden. So geht es auch mit den SALT. Wie viele sahen schwarz, als SALT I begann, der Vertrag wurde aber doch geschlossen und hat seine Wirkung getan. Auch die skeptischen Vorhersagen über SALT II könnten Bände füllen. Aber auch dieser Vertrag ist formuliert, und jetzt ist SALT III an der Reihe. Es soll noch weitergehen, soll die Entwicklung neuer Waffen abbremsen und nicht nur die Begrenzung der Waffen, sondern auch ihre Reduzierung auf beiden Seiten vorsehen. Wollen wir also auf die Kleingläubigen gar nicht hören!

Der Verlauf von SALT II hat außerdem gezeigt, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen Erfolg im Entspannungsprozeß die völlige Gleichberechtigung der Beteiligten ist. Nicht am Platze sind Versuche, sich einseitige Vorteile zu verschaffen. Derartige Versuche nehmen der Entspannung ihren Sinn. Bei der Gewährleistung des Friedens kann es doch nicht so sein, daß die einen darum bitten und die

anderen ihn gewähren. Frieden haben alle nötig.

Es ist bekannt, daß sich manche Politiker im Westen die Entspannung als einseitige Zugeständnisse der UdSSR vorstellen. Wie fest sich diese Einstellung eingebürgert hat, zeigt der jüngst gefaßte Beschuß der US-Regierung, neue interkontinentale Raketen der Type MX zu entwickeln und einzuführen. In den USA selbst wird der Beschuß vielfach kritisiert. Dort erkennt man, wie gefährlich und ungerechtfertigt derartige Schritte sind. Der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara hat erklärt: „Die Gesellschaft ist an einer Grenze angelangt, bei der zusätzliche militärische Aufwendungen keine größere Sicherheit mehr bieten.“ Das Wettrüsten, so sagte er, „erschüttert die Sicherheit eher, als es sie verstärkt“. Dem kann man zustimmen. Die Jagd nach der Fata Morgana der militärischen Überlegenheit kann nur in die Irre führen.

Eine äußerst wichtige und ergiebige Qualität des Entspannungsprozesses ist seine Vielseitigkeit. In den letzten Jahren hat sich in der Welt, wenn man es so nennen darf, eine Infrastruktur der Entspannung ergeben. Sie besteht in Kontakten innerhalb der UNO und anderen Weltorganisationen; auf zahlreichen bi- und multilateralen spezialisierten „Ebenen“ (z. B. in den Verhandlungen über ein völliges Verbot der Kernwaffenteste, über ein Verbot der chemischen Waffen usw.); in der vielseitigen Erfüllung der KSZE-Schlußakte und nicht zuletzt in den Wiener Gesprächen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa.

Diese „Infrastruktur“ muß jedoch entwickelt werden. Neue Probleme entstehen, neue Vorschläge werden gemacht, und die Praxis selbst verlangt, daß neue Formen ausfindig gemacht werden. So haben die Warschauer Vertragsstaaten unlängst eine Anzahl wichtiger Vorschläge zur militärischen Entspannung eingebracht, u. a. den, daß alle KSZE-Teilnehmer einen Vertrag darüber schließen sollen, daß keiner von ihnen als erster nukleare wie auch konventionelle Waffen gegen die anderen zum Einsatz bringen wird. Ein nützlicher Schritt im Sinne der militärischen Entspannung und der Festigung des Vertrauens der Staaten Europas zueinander wäre es auch, wenn neben den jetzigen Vertrauensmaßnahmen laut KSZE-Schlußakte auch die Vorschläge zur Verwirklichung kämen, einander im voraus von größeren Truppenverschiebungen, von großen Übungen der Luftstreitkräfte sowie der Seestreitkräfte

nahe den Hoheitsgewässern anderer Staaten zu benachrichtigen. Wie wir sehen, wären also viele Maßnahmen möglich.

Zu ihrer Erörterung wird eine Konferenz aller Staaten Europas, der USA und Kanadas auf politischer Ebene vorgeschlagen. Sie wäre eine vorzügliche Gelegenheit zur sachlichen Debatte über alle diese Vorschläge wie auch über Vorschläge anderer Staaten. Auf diese Weise wären die realen Möglichkeiten gemehrt, die die Entspannung bietet.

Wie ist die neue Idee aufgenommen worden? Die kürzliche Ratstagung der NATO in Den Haag hat in ihrem 17 Punkte umfassenden Communiqué keinen Platz für eine Antwort auf einen so wichtigen Vorschlag gefunden. Sie hat sich nur über Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens geäußert und sich darauf berufen, daß solche Maßnahmen „von den westlichen Ländern schon auf der Belgrader Nachfolgekonferenz vorgeschlagen wurden“. Wer würde aber nicht, daß die NATO-Staaten gerade dort jedwede Beschlüsse über eine militärische Entspannung (darunter auch über Vertrauensmaßnahmen) vereilt und schon die bloße Möglichkeit einer Diskussion darüber gelegnet haben?

Einen besonderen Platz im Fragenkomplex, der die Entspannung betrifft, nimmt ihr globaler Charakter ein. Die Entspannung ist kein abstrakter politologischer Begriff, sie soll es den Menschen überall auf Erden ermöglichen, in Frieden zu leben und ihr Leben frei zu gestalten. Hier läßt sich das Verhalten jener westlichen Politiker schwerlich rechtfertigen, die aus Leibeskräften die Spannungs- und Konfliktberde am Brennen zu halten versuchen, die in verschiedenen Weltgegenden aufflackern. Man kann es irgendwie verstehen, wenn eine englische Zeitung die westlichen Waffenlieferungen an China folgendermaßen rechtfertigt: „West ist West und Ost ist Ost, aber Geschäft ist Geschäft.“ Doch die Interessen des Rüstungsgeschäfts haben sich niemals gut auf die Friedensperspektiven ausgewirkt.

Das Potential der Entspannung ist gewaltig, und das deshalb, weil es von den inhärenten Kräften der menschlichen Gesellschaft gespeist wird, die bemüht ist, den Frieden als wichtigste Voraussetzung für eine bessere Zukunft aller Völker zu wahren, ganz gleich, in welchem Teil der Erde sie leben. Aber jedes Potential muß realisiert werden. Das wird zur wichtigsten weltpolitischen Aufgabe unserer Epoche.

NACH DEN WAHLEN

Wladimir GONTSCHAROW

In den ersten Junitagen veröffentlichte die „Unità“ und nach ihr noch manche andere italienische Zeitung einen Brief, den Aldo Moro, Vorsitzender des Nationalrats der DC, Anfang 1978, kurz vor seiner Entführung und seinem tragischen Ende, geschrieben hatte. Die Worte sind sorgfältig gewählt. Er schrieb über ein für Italien sehr wichtiges Thema: die Notwendigkeit für die DC und andere Parteien, mit den Kommunisten einen Dialog zu führen und zusammenzuarbeiten. Moro sah darin den Weg zur Lösung der akutesten Probleme Italiens. In dem Brief verurteilte er (was noch nie dagewesen war) das Staatsdepartement der USA wegen seines Auftritts gegen eine Beteiligung der IKP an der Regierung.

Lange hatte die DC-Führung den Brief nicht veröffentlichten lassen, und das war kein Zufall. Nach Moros Tode kam sie von seinem Kurs ab. In ihr rückten die konservativsten Kräfte auf und gaben als ihr Ziel nicht eine Zusammenarbeit mit der IKP, sondern einen Frontalangriff gegen sie bekannt. Die DC hielt sich nicht länger an die Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen den Parteien der Parlamentsmajorität, sie bremste die Lösung der akuten Probleme des Landes ab.

Um den reaktionären Kurs der DC nicht zu decken, mußte die IKP aus der Majorität austreten. Ein Versuch, einen neuen Parlamentsblock ohne die Kommunisten zu zimmern, schlug fehl. Deshalb wurde das Parlament aufgelöst und wurden — zum dritten Mal seit sieben Jahren — vorfristige Wahlen angesetzt.

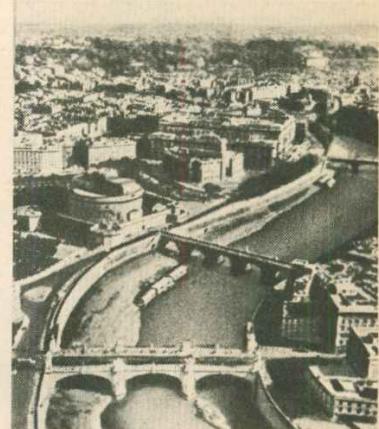
Im Wahlkampf setzte die DC alle Hebel in Bewegung. Hier ein paar Beispiele. Der DC-Abgeordnete Emilio Trabucchi richtete ein Schreiben an das Personal eines Kindergartens in Sesto San Giovanni, in dem es heißt: „Zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, daß das Mini-

sterium Ihrem Kindergarten 1 400 000 Lire Zuschuß bewilligt hat. Wenn es nicht mehr ist, so aus Geldmangel und wegen der großen Anzahl der Bittsteller. Hoffentlich wird es nächstes Jahr mehr sein. Ich persönlich verspreche Ihnen, auch weiter Ihr nutzbringendes Wirken im Auge zu behalten. Dürfte nun ich Sie um einen Gefallen bitten? Ich stehe in Mailand-Pavia unter Nr. 17 auf der Liste der DC-Kandidaten für die Abgeordnetenkammer und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir bei den Wahlen den Vorzug gäben.“

Und noch ein Beispiel. In dem Städtchen Montagna di Quiliano steckte der Geistliche Giovanni Battista Revello in die Briefkästen der Einwohner Postkarten mit der Androhung des Höllefeuers für den Fall, daß die Empfänger kommunistisch wählen sollten. Da stand zu lesen: „Wenn Sie nicht für die DC stimmen, wird sich der heilige Petrus von Ihnen abwenden.“

Die DC-Führung machte es genauso. Sie deutete dem Kleinbürger durchsichtig an, daß Italien in seiner Wirtschaftskrise nur dann auf Hilfe aus Übersee rechnen könne, wenn die Kommunisten nicht in die Regierung hineingelassen würden. Außerdem waren viele Äußerungen US-Botschafter Gardners in Presse, Funk und Fernsehen Italiens Wasser auf die Mühle der DC. Ohne alle diplomatischen Floskeln erklärte er, Washington sei gegen die Beteiligung der IKP an der Regierung. Damit hat er ein Schulbeispiel geliefert, was unter der „Doktrin einer beschränkten Souveränität“ zu verstehen ist, an die sich die USA ihren NATO-Partnern gegenüber halten.

Auf die Wahlergebnisse mußte sich auch eine der niederträchtigsten provokatorischen Kampagnen auswirken, die seit Kriegsende jemals gegen die IKP losgelassen wurden. Die Demochristen spielten sich als Opfer der „ultralinken“ Terro-



risten auf und flüsterten den breiten Massen ein, daß die Mitglieder der „Roten Brigaden“ (BR) ebenfalls Kommunisten seien.

Bei den Kundgebungen von Anfang Juni aus Protest gegen den BR-Überfall auf das Parteihaus der DC-Ortsgruppe Rom wurden hysterische antikommunistische Rufe ausgestoßen. Die Redner behaupteten mit Schaum vor dem Mund, daß es ein und dasselbe sei, für die IKP zu stimmen und DC-Leuten in den Rücken zu schießen. Zugleich behaupteten sie, die DC sei die „Hochburg der Demokratie“ in Italien. Übrigens hat sie die Staats sicherheit seit mehr als 30 Jahren in der Hand und leistet „linken“ und rechten Extremisten Vorschub. Es war die DC, die die Faschisten De Lorenzo und Micheli, die Rädelsführer bei Komplotten gegen die Republik, an die Spitze des Geheimdienstes setzte. Davon ließen die Redner natürlich nichts verlauten.

Derartige politische Spekulationen sind im Gange, während die Kommunisten, oft unter Einsatz ihres Lebens, in den ersten Reihen gegen die Terroristen aller Schattierungen ankämpfen und deren Wühlakte gegen die republikanische Ordnung enthüllen.

Politisch versierte Leute wissen natürlich, daß nicht nur Politiker die Zielscheiben der BR sind, die vor allem verhindern wollen, daß die Partei der Arbeiterklasse mit über das Land regiert. Das war aber längst nicht allen Wählern klar.

Fast alle Meinungsforschungen spezieller Institute und auch der bürgerlichen Presse ergaben, daß die DC über 40 % der Stimmen bekom-

men werde. Die DC-Führung selbst sprach von den „mehr als 40%“ wie von einem Fait accompli (bisweilen sogar von 45%).

Die Stimmenzählung brachte der Führung der größten bürgerlichen Partei Italiens eine sichtliche Enttäuschung. Die DC bekam 38,3% der Stimmen und 262 Sitze in der Kammer (1976 waren es 38,7% und 263 Sitze). Ein klein wenig besser erging es ihr ihm Senat: Sie bekam (statt 135 im Jahre 1976) 138 Sitze.

Es ist den konservativen Kreisen Italiens nicht gelungen, einen ernstlichen Schlag gegen die IKP zu führen. Gewiß, die massierten Angriffe gegen sie mußten zu einem Stimmverlust führen. Wie aber die IKP-Führung erklärt, haben die 31,5% der Stimmen, die sie bei den Senatswahlen bekam, und die 30,4% für die Abgeordnetenkammer bestätigt, daß sie nach wie vor die Führerin der Arbeiterklasse, ja der Volksmassen Italiens ist.

In einem Dokument der IKP-Führung, in dem die Wahlergebnisse analysiert werden, heißt es: „Den Wahlen vom 20. Juni 1976 gegenüber hat unsere Partei einen wesentlichen Prozentsatz der Stimmen verloren. In der ganzen Partei sollen diese Resultate einer gründlichen, selbstkritischen Untersuchung und Diskussion unterzogen werden, um die politischen Beweggründe und funktionellen Probleme herauszufinden, an denen die allgemeinen Schwierigkeiten liegen; ebenso die verschiedenen Wahlergebnisse vom 3. und 4. Juni in den verschiedenen Landesgebieten und unter den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Besonders sind die Fragen zu beachten, die sich infolge der besorgniserregenden Wahlergebnisse in einigen südlichen Gebieten sowie einigen Großstädten ergeben haben (vor allem bei den ärmsten und am meisten entrichteten Bevölkerungsschichten), und schließlich auch die Stimmabgabe der Jugend.“

Nicht zu verkennen ist die für Italien ungewöhnlich schwache Wahlbeteiligung. Alles in allem haben 5,5 Millionen nicht gewählt, darunter auch viele junge Wahlberechtigte.

Als Enrico Berlinguer, der Generalsekretär der IKP, kurz vor den Wahlen auf einer Kundgebung in Salerno sprach, sagte er, daß viele italienische Jungen und Mädchen Wertvolles zum Kampf der IKP beisteuern. Doch zu einem für das Land

so kritischen Zeitpunkt verloren viele junge Menschen den Glauben daran, daß etwas an der Sachlage geändert werden kann. Sie seien skeptisch, gleichgültig, verzweifelt. Die Ursache der apolitischen Einstellung sei, nach Ansicht Berlinguers, die schwere heutige Lage der Jugend; ferner die von der Reaktion verbreitete Behauptung, daß alle Parteien gleich seien.

Ein Teil der IKP-Stimmen ist, so meinen italienische Kommentatoren, an kleine ultralinke Gruppierungen sowie an die Radikale Partei übergegangen, die man das Geburtstagskind der diesmaligen Wahlen nennt. Hatte sie früher in der Kammer 4 Sitze, so hat sie jetzt 18.

Die Radikalen sind eine kleine politische Gruppierung, die gern lautstarke demagogische Kampagnen aufzieht. Ihr ideologisches und politisches Programm ist ein Gemisch aus marktschreierischen Lösungen, so daß manche Beobachter nicht recht wissen, ob sie zu den Linken oder zu den Rechten zählen sollen.

Wie die „Repubblica“ schreibt, „fällt es schwer, die Radikalen zu etikettieren. Sie können alles und das Gegenteil von allem sein.“ Etwas Derartiges hat es in Italien schon gegeben. Bei den ersten Nachkriegswahlen zum Parlament (1948) wurden z. B. ziemlich viele Stimmen für die sogenannten Qualunquisti — Mitglieder der „Fronte dell'uomo qualunque“ (Front des kleinen Mannes) — abgegeben, die ausgiebig von sozialer Demagogie Gebrauch machten, in Wirklichkeit aber rechts standen.

Dennoch schien, wie die „Repubblica“ schrieb, die „Renaissance“, eine höchst verworrene, aber vom Führer der Radikalen, Pannella, schön zurechtfrisierte Erscheinung, manchen verlockender als eine „Erneuerung in europäischem Sinne mit der Nelke im Knopfloch“, die Craxi, der Führer der Sozialisten, versprach. In letzter Zeit kehrte die Führung der ISP den revolutionären Traditionen der italienischen Sozialisten den Rücken und führte die Partei immer mehr auf den Weg der Sozialdemokratie, wobei sie auch vor Angriffen gegen die IKP nicht zurücksehnte. Dieser Kurs hat übrigens bei den Wählern keinen Anklang gefunden. Die Sozialisten blieben bei den Wahlen zur Kammer an der „fatalen Schwelle“ von 10% der Stimmen stehen. Daher das bescheidene Resultat, besonders im Gegen-

satz zu den Prognosen und Wahlerklärungen der ISP-Führung.

Objektive Beobachter innerhalb und außerhalb Italiens meinen, der Zweikampf zwischen den größten Parteien, der IKP und der DC, sei unentschieden ausgegangen, weshalb das Kräfteverhältnis im Land und im Parlament unverändert bleibe. Schon jetzt deutet die italienische Presse an, daß es dem neuen Parlament genau wie dem alten ergehen kann. Und wie weiter? Neue vorfristige Wahlen, die vierten schon?

Vorläufig erörtert man in politischen Kreisen und Presse Italiens verschiedene Regierungsvarianten, für eine Wiederherstellung des „linken Zentrums“, basierend auf einer Regierungskoalition der DC und der Sozialisten. In Italien weiß aber noch jeder, daß eine solche Regierung die akutesten Probleme des Landes nicht zu lösen vermochte, solche wie die Arbeitslosigkeit, namentlich unter der Jugend, die Inflation, die zurückgebliebenheit des Landessüdens, der Terrorismus u. a.

Offenbar kommt der Landessekretär der DC, Zaccagnini, deshalb wieder mit Plänen zur Wiederherstellung der Parlamentsmajorität unter Teilnahme der Kommunisten, jedoch ohne ihre Aufnahme in die Regierung.

Das lehnt die IKP ab. Sie meint, im künftigen Kabinett müßten sämtliche demokratischen Parteien einschließlich der IKP vertreten sein.

Selbst der bürgerliche „Messaggero“ hat zugeben müssen, es sei schwer vorstellbar, daß man jetzt das Land ohne Rückhalt bei allen politischen und gewerkschaftlichen Linken regieren könnte. Deshalb müsse die DC ihre Hegemonieansprüche fallenlassen und einsehen, daß der Antikommunismus nicht der DC, sondern Almirante (dem Führer der italienischen Neofaschisten) nützt. Viele italienische Kommentatoren vertreten den Standpunkt, daß man ohne die Kommunisten heutzutage keine stabile, aktionsfähige und wirksame Regierung bilden kann.

Wird die DC-Führung diese objektive Wahrheit beherzigen und auf den von Moro gebahnten Weg zurückkehren? Oder wird sie sich weiter auf ihren blindwütigen Antikommunismus verstießen und Italien dadurch in eine Sackgasse treiben?

NACH MANILA

Valentin NATALUCHA

Im Frühjahr, da das Palmengrün so frisch und der Ozean so blau ist, springen die Reklameschilder der Caltex, Shell, Goodyear, Goodrich usw. besonders ins Auge. Es ist, als wollten die Multis ihre Macht in dem Land demonstrieren, wo vom 7. Mai bis zum 3. Juni die V. Tagung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) stattfand. Dieser äußere Eindruck vertiefte sich auf der Konferenz, als die westlichen Delegierten konstruktive Beschlüsse zur gerechten und demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unverhohlen zu verhindern suchten.

Diese Taktik war von Anfang an klar. Die Tagungs-Zeitung „Libra“ schrieb, daß sie auf folgendes hinauslief: nicht die schmutzige Wäsche vor anderen zu waschen, lies: nicht die Differenzen, die sich zwischen den westlichen Ländern auf den früheren Tagungen ergaben, an die große Glocke zu hängen; gemeinsam gegen alle neuen Initiativen auftreten; die Handlungen der „77er Gruppe“ (Entwicklungsänder) gegen die sozialistischen Länder auszurichten.

Damit wurde das Ziel verfolgt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den 127 Entwicklungsländern, die besagter Gruppe angehören, auszunutzen, um die antiimperialistische Kampffront zu schwächen. Dabei sind die sozialistischen Länder die natürlichen Verbündeten der jungen Staaten in diesem Kampf.

Schon auf der ersten Plenarsitzung stellten die Delegierten mehrerer Entwicklungsländer keinen Zusammenhang her zwischen Fragen der Wirtschaftsentwicklung und aktuellen Weltproblemen: Erhaltung des Friedens, Einstellung des Wettrüstens, Ausdehnung der Entspannung auf die ganze Welt. Das paßte dem Westen, mitunter war das sogar von westlichen Delegierten suggeriert, die behaupteten, die UNCTAD müsse „entpolitisiert“ werden. Der Hang der Entwicklungsländer zum „Pragmatismus“ bewirkte, daß die Tagung viel an Wirksamkeit verlor. Zu mehreren wichtigen Tagesord-

nungsfragen konnten in Manila keine konkreten Beschlüsse angenommen werden.

Das betrifft in erster Linie Probleme im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Mitglieder der „77er Gruppe“ überzeugen sich aus eigener Erfahrung: Die Lösung der Entwicklungsfragen ist nicht so sehr in der Zirkulations- wie vielmehr in der Produktionsosphäre zu suchen. Wenn sie freieren Zutritt zu den Märkten der Indu-

strieländer wollen, müssen sie erst marktgerechte Waren erzeugen können. Folglich ist die Industrialisierung, die Entwicklung der Schlüsselsezweige notwendig. Doch wie die indische „Economic Times“ bemerkte, wünschen die kapitalistischen Industrielande nicht eine solche Umstrukturierung der Weltproduktion, würde sie doch „eine radikale Veränderung im Kräfteverhältnis“ bedeuten.

Ebendeshalb stemmten sich die westlichen Delegierten gegen konstruktive Beschlüsse über eine Änderung der nichtgleichberechtigten internationalen Arbeitsteilung und die Übergabe neuer Technologien an die Entwicklungsländer sowie gegen Beschlüsse im Zusammenhang mit der Tätigkeit der multinationalen Konzerne. Diesen liegt es nicht im geringsten daran, die nationale Wirtschaft in den jungen Staaten zu entwickeln, mehr noch, die Multis sind direkt verantwortlich für die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Stellung dieser Staaten, für die Verringerung ihrer Einkünfte aus dem internationalen Rohstoffhandel.

BIOGRAPHISCHES



**Ilie
Verdet**

Geb. am 10.5. 1925 im Kreis Bacău, Arbeitersohn. Schon in der Kindheit Arbeit in einer Grube. Beitreit zur Rumänischen KP 1945, Studium an der Partei- und der Wirtschaftshochschule (Bukarest).

**MINISTERPRÄSIDENT
DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN
IST ILIE VERDET**

Leitende Posten in Wirtschaft und Partei, darunter als 1. Sekretär des Gebietsparteikomitees Hunedoara und als Abteilungsleiter im Apparat des ZK der RKP. Wahl zum Kandidaten des ZK 1955, dann zum Mitglied des ZK 1960. Auf dem IX. Parteitag der RKP (1965) Wahl zum ZK-Sekretär für Industriefragen und zum Kandidaten des Exekutivkomitees des ZK der RKP. Seit 1966 Mitglied des Exekutivkomitees (1974 zum Politischen Exekutivkomitee des ZK der RKP umgebildet) und Mitglied des Ständigen Büros des Politischen Exekutivkomitees.

1965—1967 Stellvertre-

ter, 1967—1974 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der SRR; 1974 Wahl zum ZK-Sekretär für Organisationsfragen und zum Vorsitzenden des Rates für sozialökonomische Organisation. Im März 1978 abermalige Ernennung zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und zum Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees.

Seit 1961 Abgeordneter der Großen Nationalversammlung der SR Rumänien.

Am 30. März wählte die Nationalversammlung Ilie Verdet zum Regierungsoberhaupt.

Die Multis bemühten sich darum, in Manila Beschlüsse zu vereinbaren, die ihre Tätigkeit einschränken könnten. Die Delegierten der Entwicklungsländer waren einer Intensivbehandlung ausgesetzt, nicht nur seitens westlicher Vertreter, sondern auch seitens der Lobbyisten von Monopolkonzernen. In der philippinischen Presse erschienen ab und zu Artikel mit Elogen auf die ach so freigebigen Multis. Unter diesem beispiellosen Druck lehnte die Tagung die von den sozialistischen Staaten eingebrachte Resolution ab, die das für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Entwicklungsländer gefährliche Wirken des ausländischen Privatkapitals betraf.

Das Bestreben der „77er Gruppe“, praktische Resultate in Manila zu erzielen, zeigte sich in der Haltung der Entwicklungsländer zur Idee eines sogenannten gemeinsamen Rohstoff-Fonds. Sie meinen, er müßte dazu beitragen, die Preisschwankungen bei den Rohstoffen zu beseitigen und ihre Exportegänge zu erhöhen. Der Westen unterstützte zum Teil die Idee des Fonds in der Hoffnung, dadurch werde die Aufmerksamkeit von einer Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen abgelebt und es werde ihm gelingen, sich die Entwicklungsländer als Rohstoffanhänger des entwickelten Kapitalismus zu erhalten.

Eine neue Form des Protektionismus der westlichen Länder bestand darin, zusätzliche Verwaltungs- und Verfahrensnormen einzuführen, überhöhte Anforderungen an Standards und technische Bedingungen, an sanitäre Normen usw. zu stellen. Die westlichen Länder verwenden solche Maßnahmen immer häufiger anstatt von Schutzzöllen, was vor allem die Entwicklungsländer trifft, die es mit den westlichen Monopolen nicht aufnehmen können.

Die Vertreter der USA, Japans und der EG gaben zwar die Intensivierung des Protektionismus zu, erklärten jedoch, alle Länder seien daran schuld. Dieser alte Propagandatrück des Neokolonialismus — das Prinzip „gleicher Verantwortung“ — war darauf berechnet, die Entwicklungsländer gegen die sozialistischen Länder aufzubringen, weil sich diese angeblich ebenfalls des Protektionismus befleißigen.

Im Gegensatz zum Westen unterstützen die sozialistischen Staaten entschieden die Forderungen der Entwicklungsländer nach strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft und nach einem besseren Klima im Welthandel. Die sowjetische Delegation erklärte sich bereit, an der Ausarbeitung für alle annehmbarer Empfehlungen mitzuwirken, deren Ziel es ist, jede Art von Diskriminierung, Diktat und Ungleich-

heit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu beseitigen.

Die klare Plattform der sozialistischen Länder, ihre konkreten Vorschläge zur gerechten Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurden von den Delegierten mehrerer Entwicklungsländerstaaten, die nicht dem Druck des Westens nachgaben, nach Gebühr eingeschätzt.

Die sozialistischen Länder, schrieb „Philippines Daily Express“ (Manila), „verpflichteten sich ausdrücklich, die Forderungen und das Programm der „77er Gruppe“ betreffend die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der armen Länder zu unterstützen. Der kapitalistische Block bleibt zwar eine Wirtschaftskraft, der man Rechnung tragen muß, aber die Aussichten auf eine umfassendere Zusammenarbeit zwischen der dritten Welt und den sozialistischen Ländern versprechen breitere und günstigere internationale Handelsbeziehungen und eine raschere Industrialisierung der Staaten, die mit Wirtschaftsschwierigkeiten zu kämpfen haben.“

Wie die Tagung veranschaulichte, gehen die Interessen des Westens und die der Entwicklungsländer weit auseinander. Sie zeigte auch, daß die Entwicklungsländer ihre legitimen Rechte nur durch Solidarität und Konsequenz behaupten können. Erneut bestätigte die Tagung, daß Aktionseinheit der Entwicklungsländer not tut und daß die Versuche, sie einander zu entfremden, nur für den Imperialismus von Vorteil sind.

Zu den konkreten Resultaten: Die UNCTAD-V nahm konstruktive Resolutionen an über die Flucht von Fachkräften aus den Entwicklungsländern, über restriktive Geschäftspraktiken, über Patente und Handelsmarken, über die Notwendigkeit, das wissenschaftlich-technische Potential der Entwicklungsländer zu stärken. Hinzu kamen die Empfehlungen über einen Kodex der Normen für Schiffahrtskonferenzen und über einige Organisationsfragen der Tätigkeit der UNCTAD selbst.

In Manila wurde ferner eine politisch wichtige Resolution über die Hilfe für die nationalen Befreiungsbewegungen angenommen. Alles in allem konnte der Westen trotz seiner Versuche, die UNCTAD zu „entpolitisieren“ nicht die Arbeit dieses wichtigen internationalen Gremiums in die Bahn eines engstirnigen, kurzsichtigen „Pragmatismus“ lenken, mit dessen Hilfe die westlichen Politiker den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bremsen möchten.

NZ STREIFLICHTER

■ BEWEGUNG DER NICHTPAKT- GEBUNDENEN

In Colombo (Sri Lanka) tagte vom 6. bis zum 9. Juni eine Außenministerkonferenz der Länder, die dem Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen angehören. Die Konferenzteilnehmer, die die 25 Büromitglieder vertraten, berieten über die Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder, die im September in Havanna stattfinden wird.

Wie es im Kommuniqué der Konferenz von Colombo heißt, seien Probleme der Abrüstung, der wirtschaftlichen Entwicklung aller Länder und der Weltsicherheit eng miteinander verbunden. Es gelte, alle Kräfte einzusetzen, um die Entspannung zu fördern und auf alle Regionen der Welt auszudehnen. In diesem Zusammenhang wird besonders auf den Fortschritt hingewiesen, den die UdSSR und die USA bei der Vorbereitung von SALT 2 erreichten. Der Beschuß der USA, heißt es im Kommuniqué des weiteren, ihre S. Flotte im Indischen Ozean zu formieren, und die Präsenz der US-Seestreitkräfte im Persischen Golf gefährden die Sicherheit und Stabilität der Staaten dieser Region.

Die Konferenz bekräftigte die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker Südafrikas und unterstrich, daß die Lösung aller Nahostprobleme von der Regelung der Palästinalage und von der Anerkennung der PLO als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes abhängt. Das Büro erörterte und billigte den Entwurf der Tagesordnung für die bevorstehende Konferenz in Havanna.

■ GHANA

Wie Nachrichtenagenturen melden, hat sich die Lage in Ghana, wo am 4. Juni ein Staatsstreich stattfand, in der Hauptsache normalisiert. Am 7. Juni wurde das Ausgehorverbot aufgehoben und der hauptstädtische Flughafen eröffnet. Am gleichen Tag

ABRÜSTUNG: AUFGABE ALLER

Konstantin NIKOLAJEW

Die Abrüstungsproblematik geht alle Länder, geht die ganze Menschheit an. Und ein so bedeutendes europäisches Land wie Frankreich kann dabei natürlich nicht abseits bleiben.

Die französische Haltung zur Abrüstung war lange Zeit zurückhaltend, ja negativ bei den meisten konkreten Fragen. Die gaullistische Militärdoktrin der 60er Jahre wandte sich gegen den Anschluß Frankreichs an diesbezügliche Verhandlungen und Abkommen, wobei auf Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung verwiesen wurde.

Frankreich hat so bedeutende internationale Abkommen und Verträge wie den Vertrag über das Verbot der Kernwaffentests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser, den Atomsperrvertrag (wobei Paris jedoch erklärte, sich an das Abkommen halten zu wollen) sowie den Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen auf dem Meeresboden nicht unterzeichnet. Frankreich lehnte von Anfang an eine Mitarbeit im Genfer Abrüstungsausschuß und bei den Wiener Truppenabbaugesprächen ab. Es hat sich nur einigen internationalen Abkommen angeschlossen, insbesondere dem Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums.

Die Weltöffentlichkeit konstatiert befriedigt, daß in letzter Zeit in Frankreichs Haltung zur Abrüstung und in seiner Einstellung zu einigen konkreten Fragen gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind. Hierbei war der verstärkte Einsatz der Öffentlichkeit, insbesondere in Frankreich, für die Abrüstung von Bedeutung. Immer mehr werden die Prinzipien der Entspannung, wie sie in der Schlußakte von Helsinki niedergelegt sind, fester Bestandteil der internationalen Beziehungen, vertieft sich das Vertrauen in Europa, weiten sich die zwischenstaatlichen Verbindungen aus.

Die positive Entwicklung des fran-

zösischen Standpunktes haben zweifelsohne auch die immer intensivere französisch-sowjetische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, vor allem in der Politik, sowie die Vorschläge der UdSSR bewirkt. Abrüstungsfragen finden stets bei den sowjetisch-französischen Gipfeltreffen besondere Beachtung. Die erzielten Vereinbarungen werden nicht nur in offiziellen Dokumenten fixiert, sondern auch verwirklicht. 1976 wurde das sowjetisch-französische Abkommen über die Verhinderung eines zufälligen oder nicht-sanktionierten Einsatzes von Kernwaffen geschlossen und 1977 die Sowjetisch-Französische Deklaration über die Nichtweitergabe von Kernwaffen angenommen.

Spürbaren Einfluß auf die französische Haltung hat der große Einsatz der progressiven und demokratischen Kräfte Frankreichs, vor allem der Kommunisten. Die FKP spricht sich für eine intensivere Mitwirkung Frankreichs bei der Lösung aller Abrüstungsfragen aus. Das wurde erst kürzlich auf dem XXIII. Parteitag der FKP erneut gefordert.

1977 beschloß die französische Regierung, ihre Abrüstungspolitik zu intensivieren. Präsident Valéry Giscard d'Estaing sagte auf der Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung im Mai 1978, Frankreich wolle „seinen Beitrag zu jeder wichtigen Abrüstungsanstrengung leisten“.

So setzt sich jetzt auch Frankreich für eine Weltabrußungskonferenz ein. Paris nahm an der Abrüstungssondertagung teil, wo es einige Vorschläge unterbreitete. Von positiver Bedeutung ist zweifelsohne die Tatsache, daß seit Januar d. J. ein französischer Vertreter im Genfer Abrüstungsausschuß mitarbeitet. Hierzu äußerte sich der französische Politiker Jules Moch: „Ein politischer Fehler, der vor 17 Jahren gemacht worden ist, wurde korrigiert, und der anhaltende ‚Streik‘ Frankreichs ...“

ist zu Ende.“ Die Teilnahme Frankreichs an den Tagungen in Genf ermöglicht, den Bereich gemeinsamer sowjetisch-französischer Aktionen auszuweiten.

Paris beteiligt sich jetzt an einigen internationalen Maßnahmen, die eine Ausbreitung der atomaren Gefahr verhindern sollen. Frankreich gehört dem „Londoner Klub“ der Exporteure atomarer Rohstoffe, Anlagen und Technologie an. Auf der Abrüstungssondertagung der Vollversammlung — sprach sich Frankreich dafür aus, den Nichtnuklearstaaten in atomwaffenfreien Zonen unter gewissen Bedingungen Garantien — zu geben, und im März d. J. unterzeichnete es das Protokoll I zum Vertrag über ein Verbot der Kernwaffen in Lateinamerika (Tlatelolco-Vertrag). Seit 1976 gibt es in Frankreich einen Rat für nukleare Außenpolitik, der die Kontrakte von Privatfirmen über Nuklearexporte zu kontrollieren hat.

Im französischen Außenministerium wurde kürzlich eine Abteilung für Abrüstung und strategische Fragen gebildet.

Die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung sind ständiges Thema des sowjetisch-französischen Dialogs. Die Seiten sind in ihrer Haltung natürlich noch weit voneinander entfernt, und für eine Annäherung muß noch viel geschehen. Doch befriedigt kann man konstatieren, daß als Folge der Verhandlungen die Möglichkeiten für eine größere sowjetisch-französische Verständigung in Abrüstungsfragen breiter werden.

Das von Leonid Breschnew und Valéry Giscard d'Estaing beim kürzlichen sowjetisch-französischen Gipfeltreffen in Moskau unterzeichnete Programm für die Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich zum Nutzen der Entspannung und des Friedens enthält ein spezielles Abrüstungskapitel. Dort werden nicht nur die Hauptrichtungen der sowjetisch-französischen Abrüstungsverhandlungen, sondern auch konkrete Schritte aufgezeigt.

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit fanden insbesondere jene Punkte des Dokuments, wo von einem Abbau der militärischen Konfrontation und von der Reduzierung der Rüstungen in Europa sowie von SALT die Rede ist. Im Zusammenhang mit der kürzlichen Initiative des Komitees der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten (bei



**Hafisullah
Amin**

Geboren 1927 in der Ortschaft Paghman (Provinz Kabul). Sein Vater war Angestellter. Gehört der Paschtu-Nationalität an. Absolvierte die Universität Kabul. War dann als Mathematiklehrer, Direktor eines Gymnasiums und später im Bildungsministerium tätig.

**PREMIERMINISTER DER DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK AFGHANISTAN IST
HAFISULLAH AMIN**

Wirkte aktiv in der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (PDP) seit ihrer Gründung 1965 mit. 1969 wurde H. Amin in das Unterhaus des afghanischen Parlaments gewählt, wo er die Monarchie scharf kritisierte sowie die Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens forderte. Nahm aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Aprilrevolution von 1978 teil.

Am 30. April 1978 ernannte der Revolutionsrat Amin zum stellvertretenden Premierminister und Außenminister in der ersten Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan. Im Mai wurde er ins Politbüro des ZK der PDP und im Oktober zum Sekretär des ZK der PDP gewählt.

Am 28. März 1979 wurde H. Amin auf einer Sonderversammlung des Revolutionsrates zum Premierminister der DR Afghanistan ernannt.

H. Amin erklärte, als er dem Generalsekretär des ZK der PDP und Vorsitzenden des Revolutionsrates der DR Afghanistan, Nur Mohammed Taraki, den neuen Ministerrat vorstellte, daß die Verwirklichung der Aufgaben, die nach dem Sieg der Aprilrevolution proklamiert wurden, Hauptziel der neuen Regierung ist.

Im Mai 1978 stattete H. Amin der UdSSR einen kurzen Besuch ab. Im Dezember v. J. weilte er in Moskau anlässlich des offiziellen Besuches von N. M. Taraki in der Sowjetunion.

ihrer Tagung in Budapest), die lebhafte Interesse in Frankreich ausgelöst hat, betonte „Le Monde“: Der Vorschlag der sozialistischen Länder für eine Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme der europäischen Staaten, der USA und Kanadas zu Fragen der militärischen Entspannung harmoniert insbesondere mit den Zielen des sowjetisch-französischen Programms.

Ein Hinweis auf die Bedeutung einer Einstellung des strategischen Wettrüsts wurde erstmals in ein sowjetisch-französisches Dokument aufgenommen. Doch das ist im Grunde erst ein Anfang. Frankreich hat, wie seine Führung erklärt, stets interessiert die SALT-2-Verhandlungen verfolgt und sich für deren erfolgreichen Abschluß ausgesprochen. Der Pariser „Figaro“ schrieb, die vor dem Abschluß stehenden SALT-2-Gespräche würden zu einem „vernünftigen Abkommen“ führen.

Kürzlich sagte der französische Außenminister Jean François-Poncet:

„Wir haben der amerikanischen Regierung erklärt, daß Frankreich fest entschlossen ist, die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion fortzuführen, und es deshalb für eine positive Behandlung des SALT-2-Vertrages eintritt. Wir meinen, daß seine Ablehnung einen schweren Rückschlag für die Entspannung bedeuten würde.“

Der Minister verlieh der Überzeugung Ausdruck, daß die Ratifizierung des Abkommens über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen den Weg für weitere Schritte zur Begrenzung und tatsächlichen Reduzierung der strategischen Arsenale beider Länder bahnen werde. Der Außenminister betonte, Frankreich könne sich in Zukunft den sowjetisch-amerikanischen Bemühungen zur Begrenzung der taktischen Atomstreitkräfte in Europa anschließen.

Eine konstruktive und realistische Haltung Frankreichs zur Abrüstung kann von großer Bedeutung für den Weltfrieden sein.

trafen im Militärlager Burma Mitglieder des Revolutionsrates, der die Macht übernommen hat, mit Vertretern politischer Parteien zusammen. Nach dieser Konferenz wurde bekanntgegeben, daß die allgemeinen Wahlen wie geplant am 18. Juni abgehalten werden. Aber die Übergabe der Macht an Zivilpersonen wird „zwecks Abschlusses der Säuberung“ in den Streitkräften mindestens um drei Monate aufgeschoben.

Die Zeitungen „Daily Graphic“ und „Ghanaian Times“ veröffentlichten Dekrete des vom Fliegerhauptmann Rawlings geleiteten Revolutionsrates. Eines davon verpflichtet alle privaten Handelsunternehmen, die Preise auf den von der Regierung festgesetzten Stand zu senken. Wie es heißt, wurde der ehemalige Befehlshaber der Armee, General Odartey-Wellington, getötet. Einer Bekanntmachung zufolge hat sich der ehemalige Regierungschef, General Akuffo, dem neuen Regime ergeben. Das Sekretariat des Ghanesischen Gewerkschaftskongresses rief die Arbeiter auf, nichts zu unternehmen, was den Staat schädigen könnte.

■ EG

Vorläufige Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die in den neun EG-Ländern vom 7. bis zum 10. Juni abgehalten wurden, liegen vor. Nach der Zählung von 80% der Wahlzettel ergab sich folgende Verteilung der 410 Abgeordnetensitze: 112 für die Christdemokraten, 110 für die Sozialisten, 64 für die Konservativen, 44 für die Kommunisten, 35 für die Liberalen, 23 für die „fortschrittlichen Demokraten“; der Rest entfällt auf sonstige Parteien.

In ihren Kommentaren hebt die westeuropäische Presse die niedrige Wahlbeteiligung, besonders der Jugendlichen hervor. Wie die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt, überwogen in den Wahllokalen ältere Leute; die Bedeutung dieser Wahlen sei den meisten Bürgern nicht klar gewesen.

STETE WACHSAMKEIT

Am 11. Juni hat Libyen den neunten Jahrestag des Abzugs der amerikanischen Truppen begangen. An diesem Tag des Jahres 1970 wurde über dem US-Stützpunkt in Wheelus Field die Nationalflagge Libyens gehisst, und der letzte ausländische Soldat verließ das Land. Es war ein wichtiger Erfolg im Kampf des libyschen Volkes für die wahre Unabhängigkeit seiner Heimat.

Die U.S. Air Force durfte das Flugfeld bei Tripolis 1943 nach der Vertreibung der italienischen Kolonialherren benutzen. Doch die Amerikaner waren bemüht, ihre militärische Präsenz in dieser strategisch wichtigen Region auch über die Nachkriegszeit hinaus zu verlängern. 1954 wurde zwischen den USA und der königlichen Regierung Libyens ein Abkommen geschlossen, das die Präsenz amerikanischer Truppenkontingente in Libyen legalisierte. Die USA erlangten das Recht, auf dem von ihnen gepachteten Luftwaffenstützpunkt Wheelus Field uneingeschränkt Truppen und Rüstungsgüter zu stationieren sowie nicht nur eigene Soldaten, sondern auch Militärangehörige aus Drittländern auszubilden. So entstand

hier eine Art NATO-Ausbildungszentrum.

Die beiden ausländischen Militärstützpunkte der USA und Großbritanniens spielten außer der strategischen noch eine „regionale“ Rolle. Sie hatten die Ölinteressen des Westens und die Monarchie, die vor allem im Interesse der ausländischen Monopole lag, zu schützen. Doch konnte das nicht verhindern, daß am 1. September 1969 die Monarchie gestürzt wurde und an ihrer Stelle die Libysche Arabische Republik entstand.

Die neue Führung Libyens setzte sich für die wahre Unabhängigkeit des Landes ein. Sie ging zuerst daran, die militärische Präsenz und die ökonomische Herrschaft des Auslands zu beseitigen. Der Führer der libyschen Revolution, Oberst Muammar Gaddafi, sagte anderthalb Monate nach der Proklamierung der Republik auf einer Kundgebung in Tripolis: „Die Beseitigung der ausländischen Stützpunkte ist die Hauptvoraussetzung für unsere Freiheit. Libyens Freiheit wird so lange eingeschränkt sein, wie noch ein Ausländer einen Teil unseres Territoriums besetzt hält.“ Die Verhandlun-

gen über die Schließung der ausländischen Basen wurden mit Großbritannien und den USA getrennt geführt. Durch die feste und entschlossene Haltung der Libyer mußten die Stützpunkte noch vor Ablauf des Pachtvertrages geräumt werden.

Die libysche Führung begann dann eine Offensive gegen die Positionen der Ölmultis. Jetzt entfallen über 75% des in Libyen geförderten Öls auf den staatlichen Sektor. Mit den gestiegenen Einnahmen aus dem Ölexport hat Libyen seinen wirtschaftlichen Fortschritt forciert vorantreiben können. Schwerpunkte dabei sind Aufschwung der Landwirtschaft, die Entwicklung der Petrochemie und der Baustoffindustrie sowie der Wohnungsbau.

Sozialpolitische Umgestaltungen werden durchgeführt. Im März 1977 wurde die Volksmacht proklamiert und die Libysche Arabische Republik in Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya (Jamahiriya — Staat der Massen) umbenannt. Im September 1978 hat eine Kampagne eingesetzt, die Leitung von Betrieben und Institutionen an Volkskomitees aus Arbeitern und Angestellten zu übergeben. Der private Einzelhandel wird allmählich durch Verkaufsgenossenschaften verdrängt.

Eine große Rolle im politischen Leben spielt weiterhin die libysche Armee. Erst kürzlich fand ein Kon-

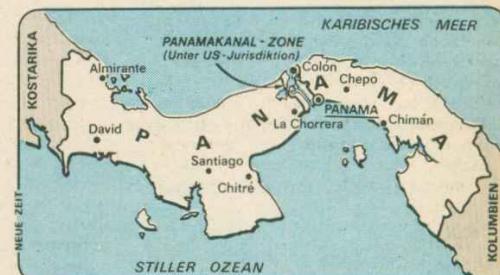
DRUCK AUF PANAMA

Die amerikanischen Gegner einer Übergabe des Panamakanals unter die volle Souveränität der Republik Panama greifen erneut zu allerlei Manövern und Machenschaften, um Geist und Buchstaben der beiden amerikanisch-panamaischen Kanalverträge vom September 1977 zu verändern.

Die Verträge erkennen den Kanal und seine Zone als festen Bestandteil des Territoriums der Republik Panama an und sehen deren phasenweise Übergabe unter panamaische Jurisdiktion bis Ende 1999 vor. Bis dahin dürfen die USA in der Kanalzone ihre Militärstützpunkte behalten. Allerdings mit dem Vorbehalt, daß auch nach dem Jahre 2000 die Neutralität dieses wichtigen Schifffahrtsweges von Panama gemeinsam mit den USA garantiert wer-

den soll. Vereinbarungsgemäß verpflichten sich die USA, die jährlichen Kanalgebühren an Panama anzuheben. Ab 1. Oktober d. J. soll die panamaische Regierung ihre Kontrolle über die ganze Kanalzone errichten — mit Ausnahme der US-Stützpunkte, die einen Sonderstatus erhalten sollen. Die Panamakanal-Gesellschaft wird aufgelöst, und Vertreter Panamas werden sich unmittelbar an der Leitung des Kanals im Rahmen einer hierfür neu zu bildenden Aufsichtsbehörde beteiligen.

Erinnert sei, daß 13 Jahre lang schwierige Verhandlungen über die neuen Abkommen geführt wurden, die das Diktat von 1903 ablösen, dem zufolge



sich die USA einen Großteil des panamaischen Territoriums unter den Nagel gerissen hatten.

Als der US-Senat im Frühjahr 1978 trotz des erbitterten Widerstandes der Anhänger des Kolonialdiktates die Verträge ratifizierte, nahm er jedoch mehrere Änderungen vor, die auch nach dem Jahre 2000 „unter besonderen Umständen“ das Recht der USA auf ein-

greß der „freien Offiziere“ statt, der Organisation, die die Septemberrevolution von 1969 vorbereitet und durchgeführt hat. Insbesondere wurde beschlossen, Revolutionskomitees in der Armee zu bilden. Solche Komitees gibt es bereits im Zivilleben; sie haben die politische Kontrolle über die Tätigkeit der Verwaltungsorgane an der Basis auszuüben.

Neben der regulären Armee werden in Libyen Volksmilizen formiert und die Bevölkerung militärisch ausgebildet. War es ja im Sommer 1977 an der libysch-ägyptischen Grenze zu Zusammenstößen gekommen. Nach dem ägyptisch-israelischen Separathandel hat die militärische Bedrohung Libyens durch das Sadat-Regime noch weiter zugenommen. Die ausländische Presse meldet eine anhaltende ägyptische Truppenkonzentration in Westägypten unweit der libyschen Grenze.

Anfang Juni schrieb das Beiruter Wochenblatt „Al-Kifah al-Arabi“: „Die CIA sowie die Geheimdienste Ägyptens und Israels haben schon seit langem einen Plan für gemeinsame militärische Operationen gegen Libyen vorbereitet. Bereits im März waren die ‚Verbündeten‘ bereit, Operationen gegen Libyen einzuleiten, doch Präsident Sadat bekam Angst vor der zunehmenden Opposition in seinen Streitkräften und war sich des Ausgangs dieser Provokation nicht sicher. Zudem

DIPLOMATEN IN TULA

Noch unlängst war Tula nur für seine Waffen und Samoware bekannt, die sich immer noch großer Beliebtheit in aller Welt erfreuen. So gehen Jagdwaffen aus Tula in 57 Länder. Doch jetzt hat Tula noch viel mehr zu bieten. Die Leiter und Vertreter diplomatischer Missionen in der UdSSR machten sich drei Tage lang auf Einladung der Außenministerien der UdSSR und der RSFSR mit der Geschichte und Gegenwart des Tula-Gebiets vertraut.

Bei einer Begegnung mit den Diplomaten berichtete der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees Tula, Nikolai Sinegubow, wie die Stadt im Herbst 1941 dem Ansturm der hitlerfaschistischen Horden standgehalten und die Faschisten zurückgeworfen hat. Für den Mut und die Standhaftigkeit, die die Verteidiger Tulas dabei heldenhaft gezeigt haben, wurde Tula der Ehrentitel „Heldenstadt“ zuerkannt. Nikolai Sinegubow informierte die Diplomaten ferner über die Wirtschaft von Stadt und Gebiet Tula, über das kulturelle Leben und die Perspektiven der weiteren Entwicklung dieses bedeutenden Industriezentrums.

Die ausländischen Diplomaten sahen sich das Kunstmuseum und die reiche Waffensammlung des Museums an und besuchten ein Konzert der Gebietsphilharmonie. Dann begaben sie sich nach Nowomoskowsk, einer Stadt der Chemiearbeiter. Die Gäste besuchten dort das größte Stickstoffwerk der UdSSR (Ausstoß — 4,5 Mio t Mineraldünger jährlich). Sie interessierten sich für das Werden dieses Betriebes, die vielen Grünflächen und Bäume und für den Umweltschutz in Nowomoskowsk. Auf diese und andere Fragen antwortete der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Stadtsowjets, Pjotr Rutschnow.

Großes Interesse fand bei den Diplomaten auch der Ausflug nach Jasna Poljana, der Heimat des großen Tolstoi. „Jasna Poljana, wo Lew Tolstoi viele seiner menschheitsbewegenden Werke geschrieben hat, werde ich nie vergessen“, sagte der Botschafter Norwegens, Dagfinn Stensefth.

N. MICHAILOW

verstand er, daß ein neuer Konflikt zwischen den Arabern den weiteren Verlauf der ägyptisch-israelischen Verhandlungen bei amerikanischer Vermittlung erschweren würde und alle arabischen Länder Libyen zur Seite stehen würden... Doch der ägyptische Präsident hat diesen Plan nicht aufgegeben und wartet nur

auf den geeigneten Augenblick, um dem progressiven arabischen Regime in Libyen einen Schlag beizubringen.“

In dieser Lage ist das libysche Volk fest entschlossen, seine Heimat zu verteidigen. Libyen war und bleibt wachsam.

W. SERGEJEW

seitige militärische Einmischung in der Kanalzone und Durchfahrtsprivilegien amerikanischer Schiffe festzuschreiben.

Der Abschluß der amerikanisch-panamaischen Verträge von 1977 und ihre Ratifizierung durch den Senat sind trotz allem ein bedeutender Sieg des panamaischen Volkes in seinem Kampf für die wahre nationale Unabhängigkeit seines Landes.

Ebendeshalb versuchen die Vertreter reaktionärer, militaristischer Kreise der USA, mit allen Mitteln die erreichten Ergebnisse zunichte zu machen. Jetzt wollen sie bei der Repräsentantenhausdebatte über die Ausführungsbestimmungen (vor allem die finanziellen Fragen) diese revidieren sowie durch diverse weitere Konkretisierungen und Ergänzungen entstellen.

So besteht der Repräsentantenhaus-Ausschuß für Handelsflotte und Fischerei darauf, die USA müßten in Kriegszeiten das Recht haben, den Kanal einseitig zu besetzen und ihn in Friedenszeiten wie früher vollständig zu kon-

trollieren. Der Ausschuß wandte sich auch gegen einen Punkt, der Panama eine jährliche Zahlung der USA von 50–60 Mio Dollar garantiert. Er verlangte, daß die Höhe dieser Zahlungen regelmäßig überprüft und je nach dem „Verhältnis“ Panamas festgesetzt wird. Eine solche Forderung ist nichts anderes als massiver Druck auf die panamaische Regierung, um sie zu einer Änderung ihres antiimperialistischen außenpolitischen Kurses zu zwingen.

Eine Propagandakampagne läuft auf vollen Touren. Wie der panamaische Politiker Escobar Betancourt über Rundfunk und Fernsehen des Landes enthüllte, hat die US-Botschaft in Panama ein Falschdokument in Umlauf gebracht, dem zufolge das Land kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe. UPI behauptet, die Panamäer könnten nicht den normalen Kanalbetrieb aufrechterhalten und auch nicht die Häfen und die Eisenbahn leiten. Einige US-Presseorgane stampfen die Republik als „Diktatur“ ab.

Während die öffentliche Meinung manipuliert wird, läßt die CIA den reaktionären Kräften in Panama finanzielle und andere Hilfe für verstärkte Umtriebe gegen die Regierung zukommen.

Mit dieser Kampagne soll letztlich der Übergang des Panamakanals unter panamaische Jurisdiktion verhindert werden, sollen zumindest Bedingungen durchgesetzt werden, unter denen die USA de facto weiter diese bedeutende internationale Wasserstraße beherrschen würden.

Der Präsident Panamas, Aristides Rojo, hat im Mai Washington besucht, wo er mit Präsident Carter Fragen der Erfüllung der Verträge erörterte. In seiner kürzlichen Rede auf dem Kongreß der Bürgermeister panamaischer Städte sagte A. Rojo, Panama werde — ganz gleich, ob der US-Kongreß das Gesetz über das Inkrafttreten der Verträge bestätigen wird oder nicht — „in die Kanalzone einrücken“.

W. DOLGOW

WIEDERAUFGNAHME DES DIALOGS

Wladislaw DROBKOW

Vor über zwei Jahren wurden die Gespräche zwischen den Volksgruppen der griechischen und der türkischen Zyprioten unterbrochen. Die Zeit, von der man sagt, sie heile Wunden, hat indes nur die anormale Lage auf Zypern zu einem Dauerrzustand werden lassen. Die Inselrepublik, 1974 Opfer eines von NATO-Geheimdiensten provozierten Putsches und anschließender ausländischer Intervention, bleibt weiterhin künstlich in einen Nord- und einen Südteil getrennt.

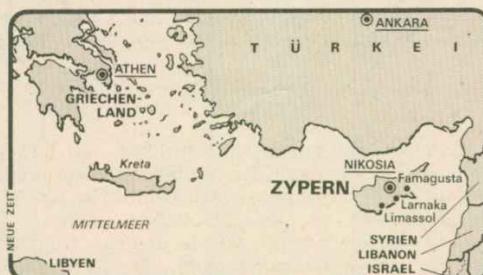
Einige Jahre schon ist die „Zypernkrisis“ ungelöst. Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität der Republik Zypern nehmen starken Schaden. Auf der Insel stehen weiterhin ausländische Truppen. Zyperns Politik der Nichtpaktgebundenheit wird untergraben. Zwischen den beiden zypriotschen Volksgruppen herrscht keine Übereinstimmung in so wichtigen Fragen wie der territorialen und verfassungsmäßigen Ordnung, dem Flüchtlingsproblem (Flüchtlinge sind fast ein Drittel der Bevölkerung der Republik) und vielen anderen Aspekten einer Regelung.

Mit um so größerer Hoffnung wird in Zypern jede Nachricht über eine Möglichkeit aufgenommen, den toten Punkt zu überwinden, bei der Lösung der Krise voranzukommen, günstige Aussichten für einen Wiedereinzug der Gerechtigkeit zu schaffen. Zugleich hat man hier gelernt, erste positive Schritte nicht überzubewerten: Keine der früheren günstigen Perspektiven hat bislang zu realen Ergebnissen bei der Regelung der Zypernfrage geführt.

Ebendeshalb hat das Treffen zwischen dem Präsidenten der Republik, Spyros Kyprianou, und dem Führer der türkischen Volksgruppe der Insel, Rauf Denktash, (am 18. und 19. Mai unter Ägide des UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim) in Zypern eine „gemischte Reaktion“ ausgelöst. Bei diesem Treffen wurden einige Vereinbarungen erzielt, die in den zehn Punkten des am 19. Mai veröffentlichten gemeinsamen Dokuments festgehalten sind. Dort hieß es, daß die Seiten sich darauf geeinigt haben, die Volksgruppengespräche am 15. Juni in Nikosia wiederaufzunehmen.

Die demokratischen Kräfte beider Volksgruppen traten für eine Wiederaufnahme der Gespräche ein. Positiv wurden die Ergebnisse des Treffens von seinen Teilnehmern bewertet. Zugleich verwiesen Kyprianou und Denktash darauf, daß die eigentlichen Probleme noch einer Lösung harren. Eine denkbare Lösung der Probleme der Insel hängt von Fortschritten bei den Gesprächen, von dem Streben und der Fähigkeit ihrer Teilnehmer ab, zu beiderseitig annehmbaren Lösungen zu gelangen.

Der Präsident Zyperns erklärte, er glaube, daß die zehn Punkte tatsächlich die geeignete Grundlage für



eine Wiederaufnahme der Verhandlungen sind. Das bedeutet jedoch nicht, daß mit der jüngsten Vereinbarung und mit den zehn abgestimmten Punkten die Zypernfrage gelöst sei. Bei dem Treffen wurde bekräftigt, daß Meinungsverschiedenheiten zu vielen mehr oder weniger bedeutenden Fragen bestehen.

Der Führer der türkischen Volksgruppe warnte gegenüber Journalisten noch eindrücklicher vor den bevorstehenden Schwierigkeiten. In der Kernproblematik seien die Haltungen der Seiten einander diametral entgegengesetzt.

Differenzen traten bereits gleich nach dem Treffen zutage. In Punkt 5 des gemeinsamen Dokuments geht es um die Besiedelung von Varosha, einem jetzt leerstehenden Teil von Famagusta. Seit 1974 ist dieses Viertel, das die griechischen Zyprioten verlassen haben, abgesperrt und wird bewacht. Dort haben sich weder türkische Zyprioten noch Übersiedler aus der Türkei niedergelassen. Vermutlich wird einigen Tausenden dort früher ansässiger griechischer Zyprioten die Rückkehr in dieses Viertel erlaubt werden, das dann unter die Kontrolle der UNO-Friedenstruppe gestellt würde.

Doch gleich nach den Verhandlungen wurde schon eine unterschiedliche Auslegung nicht nur des Zeitplans und der Bedingungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge deutlich, sondern auch hinsichtlich der genauen Abgrenzung dieses Viertels.

Punkt 8 spricht davon, daß Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und die Politik der Nichtpaktgebundenheit Zyperns gebührend garantiert werden müssen. Dort heißt es, daß der Anschluß ganz Zyperns oder eines Teils von ihm an ein anderes Land, daß Teilung oder Annexion der Insel unzulässig sind. Diese Frage ist von besonderer Bedeutung bei der Regelung. Ihre Lösung hängt in vielem davon ab, wer Garant der Zukunft Zyperns sein wird. Haben doch die der Insel seinerzeit aufgezwungenen „Garantien“ der drei NATO-Länder Griechenland, Türkei und Großbritannien nicht nur die zypriotsche Tragödie nicht verhindert, sondern lösten sie sogar mit aus. Die verschiedene Interpretation des bereits 1977 abgestimmten Prinzips einer „Föderation aus zwei Volksgruppen“ wurde erneut deutlich.

Zugleich fanden viele Punkte des gemeinsamen Dokuments Zustimmung in der Inselrepublik. Die demokratische Öffentlichkeit begrüßte den Hinweis in Punkt 2, daß die Gespräche entsprechend den Prinzipien, die der verstorbene Präsident Zyperns, Erzbischof Makarios, und R. Denktash am 12. Februar 1977 abgestimmt hatten, sowie der Zypernresolution der UNO geführt werden. Auf Zypern meint man, die Erfüllung der Forderungen und Beschlüsse der UNO könne entscheidend zu Fortschritten bei einer Regelung beitragen.

Hier verweist man ferner auf die Bedeutung der in Punkt 7 enthaltenen These über eine Entmilitarisierung der Republik Zypern und der Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen bei den Volksgruppengesprächen. S. Kyprianou sagte auf Fragen von Journalisten, die schnellstmögliche und vollständige Entmilitarisierung der Insel stehe auf der Tagesordnung. Nach Meinung hiesiger Beobachter erstreckt sich die Forderung nach einer Entmilitarisierung auch auf die britischen Stützpunkte auf Zypern. Diese Auffassung wird auch von R. Denktash geteilt.

Die Frage einer Entmilitarisierung der Insel geht alle Zyprioten an. Ist ihnen doch wohl bekannt, daß gerade das Streben des Westens, Zypern in sein strategisches Aufmarschgebiet in unmittelbarer Nähe sozialistischer Staaten und des Nahen Ostens zu verwandeln, allen Intrigen und Verschwörungen gegen die Unabhängigkeit der Republik zugrunde liegt. Ebendeshalb sind die Fortschrittskräfte Zyperns besorgt darüber, daß

westliche Länder die Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche mißbrauchen wollen. Solche Interessen sind den Hoffnungen und Bestrebungen der Zyprioten direkt entgegengesetzt. Gemeint sind Versuche der NATO, mit Gerede von einem „grundlegenden Fortschritt“ in der Zypernfrage ihre Südostflanke intensiver zusammenzufügen, die von den griechisch-türkischen Widersprüchen angrenzt wird. Kaum hatten die Nachrichtenagenturen gemeldet, daß man sich darauf geeinigt hatte, die Volksgruppengespräche auf Zypern wiederaufzunehmen, als Abgeordnete des US-Kongresses überstürzt für weitere Militärhilfe von 50 Mio Dollar an Ankara stimmten. Mit diesen Geldern sollen die Positionen der Amerikaner und der NATO in der Türkei gefestigt werden. Der Druck auch auf Griechenland

wird stärker, um dieses Land in die militärische Organisation des Nordatlantikpacts zurückzuholen, die Athen 1974, empört über die „Zypernpolitik“ der NATO, verlassen hatte.

Die westliche Presse rechnet sich jetzt ungeniert die strategischen Vorteile aus, die die USA und die NATO durch den sich bereits abzeichnenden Fortschritt bei der Lösung der Zypernfrage erhalten könnten. Welch politischer Zynismus! Ist doch bekannt, welch unheilvolle Rolle der Westen bei der Schaffung der Zypernkrise gespielt hat. Gerade in den NATO-Hauptstädten wurden ja Pläne für eine Teilung der Insel und für ihre Umwandlung in einen „unversenkbarer Flugzeugträger“ des Blocks im östlichen Mittelmeer geschmiedet.

Jetzt aber, da sich Möglichkeiten

für eine Annäherung der Positionen beider Volksgruppen bieten, da diese sich auf den angespannten und wichtigen Verhandlungsprozeß vorbereiten, versucht die NATO erneut, den Gang der Ereignisse zu eigenen strategischen Gunsten zu wenden.

... Trotz aller Schwierigkeiten der bevorstehenden Verhandlungen, trotz der Intrigen und der Einmischung von außen sieht das Volk der Inselrepublik hoffnungsvoll der Wiederaufnahme des Dialogs entgegen. Es wird immer deutlicher, daß die demokratischen Kräfte in beiden Volksgruppen gutnachbarliche Beziehungen wiederherstellen wollen. Chauvinismus und Feindseligkeit lassen nach. All das Schwere, das die Republik heimgesucht hat, und die Intrigen der NATO haben das Volk von Zypern vieles gelehrt.

Nikosia—Athen

NIKARAGUA

DIE DIKTATUR AM ABGRUND

Der Kampf der nikaraguanischen Patrioten gegen das Somoza-Regime wird immer erbitterter. Wie die Nachrichtenagenturen am 10. Juni meldeten, rücken an die 20 Kolonnen Aufständische von verschiedenen Seiten auf die Landeshauptstadt Managua zu. Partisanen der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) haben Managua fast völlig abgeschnitten. Am 12. Juni wurde bekannt, daß Kämpfe auch unmittelbar in der Hauptstadt entbrannt sind, wo die Aufständischen Somozas Truppen machtvolle Schläge zufügen. Die Patrioten kontrollieren jetzt die westlichen und östlichen Vororte von Managua.

Wie der Sender der Patrioten meldete, übernahm die FSLN jetzt die Kontrolle über zahlreiche große Ortschaften. Wie Edén Pastora, ein Führer der FSLN, in einem Interview für den Korrespondenten des Fernsehens von Kostarika erklärte, wurde ein großes Gebiet im Süden, das in Händen der Patrioten ist, zur freien Zone erklärt.

Die Führung der Front bedankte sich über Rundfunk bei der Bevölkerung für die aktive Beteiligung an dem Generalstreik. Die FSLN appellierte an die Militärangehörigen, die Waffen niedergelegen und auf Seiten des Volkes überzugehen: „Soldaten! Ihr werdet keinen Platz in den Flugzeugen finden, mit denen die Helferhelfer des Diktators ins Ausland flüchten wollen!“

Somozas Nationalgarde muß schwere Verluste hinnehmen. Verzweifelt versucht sie, den Ansturm der Patrioten

AM ABGRUND

aufzuhalten und verlorene Positionen zurückzuerobern. T-33-Maschinen aus US-Produktion bombardieren Stellungen der Aufständischen und Wohnviertel. Immer neue Verbrechen des Regimes werden publik. Bei „Strafoperationen“ in Diriamba kam es zu Massenerschießungen vermeintlicher „Kontaktpersonen“ von Partisanen.

Von Panik ergriffen, rief Somoza den Belagerungszustand aus. Die Nationalgarde hat jetzt das Recht, jeden „Verdächtigen“ festzunehmen sowie beliebig lange ohne Haftbefehl und Untersuchung im Gefängnis zu halten. „Prophylaktisch“ werden Verhaftungen unter den Führern der Oppositionsparteien und der Gewerkschaften, bei der Presse vorgenommen.

Neben der kürzlich bekanntgegebenen Einberufung der Gardereservisten hat man in Nikaragua begonnen, auch Jugendliche über 13 zu den Waffen zu rufen. Nach Meldungen aus dem Departamento Rivas haben Schergen des Diktators dort viele junge Menschen, die nicht gegen ihr Volk eingesetzt werden wollten, zu Tode gefoltert.

Um einen Sturz Somozas zu verhindern, haben reaktionäre Diktaturen Lateinamerikas eiligst Söldner nach Nikaragua entsandt. Die mexikanische Zeitung „Excelsior“ schrieb, daß an den „Strafoperationen“ gegen die Zivilbevölkerung und an den Kämpfen gegen die Aufständischen neben „Militärberatern“ aus den USA und Israel auch „Berater“ aus Chile, Guatemala, Honduras u. a. teilnehmen. Zu den Besatzungen der fünf Flugzeuge, die die Pa-

trioten abgeschossen haben, gehörten Söldner aus den USA und Südkorea.

Bei den Kämpfen um León nahmen die FSLN-Partisanen einen Oberst der guatemaltekischen Armee gefangen. Im Verhör sagte dieser aus, er habe die Aufgabe gehabt, das Zusammenwirken der Streitkräfte des „Zentralamerikanischen Verteidigungsrates“ im Raum León zu gewährleisten, die nach einem Plan des Pentagon und der CIA zu Somozas Unterstützung eingesetzt werden. Angaben der FSLN zufolge sind im Pazifikhafen Corinto 150 guatemaltekische Soldaten, als Zivilisten verkleidet, eingetroffen.

Washington hängt seine Unterstützung für Somozas nicht an die große Glocke. Doch verbergen läßt sich das nicht mehr. Wie Prensa Latina mit Hinweis auf eine Erklärung der FSLN meldete, ist vor der Küste Nikaraguas ein Kriegsschiff aufgefahren, das die Ortschaft Naranjo unter Artilleriebeschuß genommen hat, wo die Partisanen ein großes Waffenarsenal erobert haben. Die FSLN meint, es sei ein amerikanisches Schiff. Die venezolanische Zeitung „Nacional“ berichtete, daß vom US-Stützpunkt Howard Field in der Panamakanalzone Waffen, Munition und Lebensmittel mit zehn Militärtransportflugzeugen vom Typ „Hercules“ für Somozas Truppen eingeflogen wurden.

Der Diktator, der sich im „Bunker“ verkrochen hat — wie Somozas Residenz in Managua genannt wird —, gab telefonisch ein Interview, in dem er weismachen wollte, er werde die „Lage wieder unter Kontrolle bringen“. Doch die Lage entwickelt sich offenbar nicht zu seinen Gunsten.

W. NESTEROW

PYMS SOUFFLEUR

„Nach den Parlamentswahlen ist weniger als ein Monat vergangen, wir aber prüfen schon eine Vergrößerung unseres Verteidigungsbeitrages“, erklärte kürzlich „stolz“ der neue britische Verteidigungsminister Francis Pym.

Warum diese Hast? Pym hat's halt eilig.

In seiner kurzen Amtszeit hatte er bereits eine „Erleuchtung“: Erstens verfügten die sozialistischen Länder angeblich über ein „bedeutendes Potential, das weit über die Erfordernisse ihrer Verteidigung hinausgeht“. Bemerkenswert, von anderen zu wissen, was sie brauchen oder auch nicht.

Zweitens, fuhr der Toryminister munter fort, gehe von den sozialistischen Ländern eine „Gefahr aus, die keineswegs auf Europa beschränkt ist“.

Schon wieder diese alten Kämme! Übrigens verhehlt Pym nicht, wen er dort nachbetet. „Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Haig, hat uns erst kürzlich gewarnt“, sagte der Minister. Im weiteren wiederhol-

te er wie eine gut gebüffelte Lektion die alte Leier des US-Generals von einer „sowjetischen Bedrohung“. Und als „unwiderleglichen Beweis für die Expansionspläne“ der Sowjetunion nannte Pym deren „Annexion Afghanistans“. Lächerlicher geht's nimmer.

„Die Bedrohung der westlichen Interessen ist offensichtlich“, schreckte der Minister, „und wenn wir das ignorieren, dann auf eigenes Risiko.“ Die britischen Interessen sind tatsächlich gefährdet, wenn Großbritannien so willfährig den aggressiven NATO-Kurs verfolgt. In London sitzen fürwahr Ignoranten — doch nicht einer mystischen „sowjetischen Bedrohung“, sondern der wahren Interessen der britischen Werktagen. Wird ja die britische Wirtschaft durch die riesigen Rüstungsausgaben schwer geschädigt. Und man kann sein Gesicht verlieren, wenn man als britischer Minister so servil die Worte amerikanischer Souffleure im Generalsrang nachspricht.

M. BORISSOW

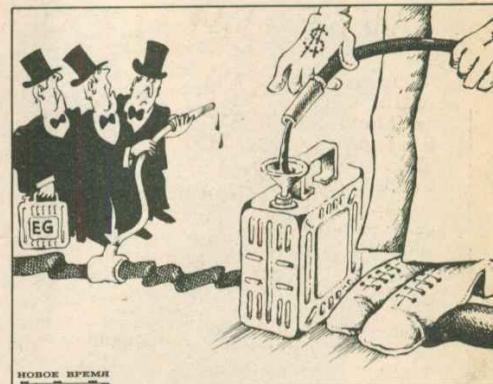
SCHON WIRKLICHKEIT

Die westliche Presse meldet, daß in Pakistan 12 Ausbildungslager für afghanische Konterrevolutionäre eingerichtet wurden. An die 5000 Banditen verüben Diversionsakte in fast allen an Pakistan grenzenden afghanischen Provinzen. Amerikanische Ausbilder und pakistanische Offiziere schleien die Banden. Jetzt haben sich ihnen auch chinesische und ägyptische Berater angeschlossen.

In den USA versuchen einige Presseorgane das so hinzustellen, als würden die amerikanischen Geheimdienste Diversionsakte gegen die rechtmäßige Regierung Afghanistans nur erst erwägen. Eine derartige Version offizierte kürzlich „Newsweek“. Dem Nachrichtenmagazin zufolge werde eine „verdeckte Einmischung“ der USA auf Seiten der Gegner der Regierung Taraki jetzt umfassend erörtert. Mit Hinweis auf das State Department schrieb „Newsweek“, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Brzezinski, und einige CIA-Chargen würden sich besonders dafür stark machen.

Ein verdeckter Krieg gegen das demokratische Afghanistan könnte zweifelsohne nicht ohne die CIA auskommen. Doch was soll hier eigentlich der Konjunktiv?

V. TSCHERNOW



Washingtons Beschuß, die Preise für importiertes Erdöl zu erhöhen, ohne Einfuhrbeschränkungen vorzunehmen. Hauptstädten der Europäischen Gemeinschaft Panik. Westeuropäischen Partner der USA bewerteten diese nur als krassen Egoismus, sondern gar als den Beginn eines erklärten Ölkriges“.

Zeichnung: N. S.

TANZENDE MARION

Bischof Abel Muzorewa, Chef der neuen „vielrassigen“ Regierung in Salisbury, wandte sich über Rundfunk und Fernsehen „an die Nation“. Seine „Botschaft“ strotzte von Ausdrücken, die schlecht zu seiner jetzigen Stellung wie zu seinem „geistlichen Amt“ passen. So versprach er die „endgültige Befreiung von der Kontrolle der Weißen“: Das sei notwendig, „damit kein Idiot zu behaupten wagt, wir seien Marionetten oder Helfershelfer eines weißen Establishment“.

Sehr militant gebärdete sich Muzorewa vor Mikrofonen und TV-Kameras. In seiner Rede klangen bedrohliche Töne gegenüber den patriotischen Kräften im Lande wie gegenüber unabhängigen afrikanischen Staaten an. Kurz zuvor hatte er gedroht, er werde „nicht zögern, die Nachbarstaaten zu strafen“, die sich weigern, seine Regierung anzuerkennen, und die Patriotic Front von Simbabwe unterstützen.

Nur wenige Stunden später, als die Regierung unter deutscher Truppen unter Überall aufmarschierte. Als ob Muzorewa in seinen Worten unverhohlen folgen lassen wollte. Doch die Streitkräfte nicht ihm unterstellt, den gleichen wehrhaften wie früher. Ist es für die Massen der Rassistenregimes, Hintergrund gefestigte Vorteile, wenn ein Premier militärisch schwungt. Wer schon des Rassismus tötigen! Wie er das aggressionsakte reagieren. Sein Bier.

Muzorewa hat Marionette zu tanzen. Könnte er ja seine der Posse „Internationale“ verlieren, derer der ach so beschämte Minister ohne Reichtum“ Ian Smith

WIE IM LOTTO

„Oft irre ich, doch nie zweifle ich“ — das ist das Motto des US-Wirtschaftsprognostikers Michael K. Evans von Chase Econometric.

Was die Fehler angeht, so haben die amerikanischen Prognostiker, und nicht nur Evans, sich in letzter Zeit selbst überboten. Obgleich sie über modernste Computer verfügen, haben sie weder die wirtschaftlichen Kennziffern noch die Inflationsraten vorhersagen können.

Die muntere Aufstellung immer neuer Prognosen bringt fette Profite. Das Busineß mit Wirtschaftsprognosen wird jetzt in den USA auf fast 100 Mio Dollar geschätzt und expandiert schnell. Kein Wunder. Die Konjunktur ist in den letzten Jahren sehr unbeständig. Regierung und Privatwirtschaft wollen

wissen, was sie erwartet, und geizen nicht mit Aufträgen für die Prognostiker.

Man meint wohl, die Prognosen sollten vor allem beruhigend wirken — ob sie nun eintreffen oder nicht. Die Kunden sind weniger an Zahlen interessiert, sagt ein Branchenkenner, sondern daran, welches Bild von der Welt und der US-Wirtschaft gezeichnet wird. Und jeder möchte optimistische Töne sehen. Wen wundert's, daß die Administration ca. 3 Mio Dollar und der Kongreß 500 000 Dollar jährlich für Wirtschaftsprognosen ausgeben.

In den letzten Monaten wurden die Prognostiker mit Aufträgen geradezu überhäuft: Alle Kunden wollten wissen, ob es wieder eine Krise geben werde.

Die Computer wurden gefüttert und konsta-

tieren übereinstimmend: Die Inflation zehrt an der Kaufkraft der Bevölkerung, und die Lohnerhöhungen reichen nur, um sich den steigenden Preisen anzupassen, nicht aber um die Nachfrage zu beleben.

„Die gleiche Lage wie Ende 1973, kurz vor der Rezession der Jahre 1974—1975, zeichnet sich ab“, gesteht „Business Week“. Und wagt auch eine Prognose — natürlich in rosa Tönen: Vielleicht wird es eine „schwache Rezession“? Und nicht schon in den nächsten Monaten, sondern erst zu Jahresende?

Andere Prognosen gelten als tabu. „Die Prognose einer ‚tiefen Rezession‘ ist ein Alptraum für die Politiker“, betont „Business Week“.

Die Krise wird also kommen — so lauten übereinstimmend die Prognosen. Doch das stand auch, schon früher ohne Computer fest.

F. GORJUNOW

Prozentualer Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am Bruttonsozialprodukt der neun EG-Länder 1978.



Vor 20 Jahren, klagt „Die Welt“ (BRD), die dieses Schaubild veröffentlichte, lagen die Steuern und die Abzüge für die Sozialversicherung in keinem Land des Gemeinsamen Marktes bei über 35% des Bruttonsozialprodukts. Heute sind sie in den meisten Ländern der Neunergemeinschaft erheblich höher. L.S.



Auf Privatstation:
„Sie fühlen seinen Puls,
und ich sein Portemonnaie.“

Aus der britischen
Zeitung „Morning Star“
„NEUE ZEIT“ 25.79

UNGESCHMINKT

Der israelische Ministerpräsident Begin erklärte kürzlich auf einer Konferenz der regierenden Herut-Partei, er werde innerhalb von 24 Stunden jeglichen Versuch verhindern, einen unabhängigen Palästinenserstaat im Westjordanland und im Gazastreifen zu bilden. Er versprach, diese Gebiete für alle Zeiten unter israelischer Kontrolle zu halten und dort weitere Siedlungen zu errichten.

So interpretiert also Tel Aviv die „Autonomie“ für die Palästinenser! Begin verhehlt nicht, daß der Plan einer „Selbstverwaltung“ seinerzeit der „Schlüsselkurator“ war, der den Friedensvertrag mit Ägypten ermöglichte. Jetzt, nach Abschluß des Vertrages, braucht man die Schminke einer „Selbstverwaltung“ nicht mehr. Zudem hat man auch keine palästinensischen Quislinen gefunden.

Der Haltung Begins kommt auch die Po-

litik der ägyptischen Regierung sehr nahe. Der ägyptische Staatsminister für Äußeres, Ghali, ließ kürzlich verlauten, ein Scheitern der Gespräche über die „Selbstverwaltung“ werde sich keineswegs auf den ägyptisch-israelischen „Friedensvertrag“ auswirken. Im Grunde bekräftigte er, daß dieses Separatabkommen die Palästinenserfrage, das Kernproblem des Nahostkonflikts, ungelöst läßt. Die „New York Times“ bemerkte hierzu: „Die Politik Israels und die Vorgänge in den besetzten Gebieten“ (d. h. die Proteste der Palästinenser und der Bau neuer Siedlungen) „lassen Camp David zu einem Gespött werden.“ Hierbei haben Begin und seine zionistischen Beschützer in den USA das Lachen, während man in Kairo nur gequält lächelt.

Für die Palästinenser hat der Handel von Camp David nur Tränen und Blut, neue Entbehrungen und Leiden gebracht.

A. STEPANOW

von EUPHORIE zur ENTÄUSCHUNG

Wladimir POTAPOW, Juri DIMOW

„Mit China handeln ist wie Achterbahn fahren. Wenn der Wagen hinaufraust, verschlägt es einem den Atem, dann kommt die steile Talfahrt, bei der einem das Herz tief in die Magengrube sinkt.“ Die Schilderung stammt von einem japanischen Geschäftsmann, der vor kurzem in Peking war. Ähnliches empfanden in letzter Zeit Geschäftslute auch aus den USA, der BRD, aus Großbritannien und Frankreich. Die WeltPresse schreibt nun viel darüber, daß das Steuer des chinesischen Außenhandels erneut umgeworfen werde. Die Titel schreiben: „Ende des chinesischen Booms“, „Euphorie von Pessimismus abgelöst“.

Vor nur einem Jahr machten die Pekinger Führer einen Zickzack-Sprung und gaben bekannt, daß sie der Lösung Mao Zedongs „Stützen auf eigene Kraft“ nicht mehr buchstäblich folgen wollen. Ein noch von Zhou Enlai erarbeitetes Programm der „vier Modernisierungen“ (Industrie, Landwirtschaft, Militärwesen, Wissenschaft und Technik), aufgrund dessen man hoffte, bis Ende des Jahrhunderts ein Rüstungs- und Wirtschaftspotential für die Realisierung der Hegemoniebestrebungen zu schaffen, wurde gebilligt. Die Zeitschrift „Hongqi“, Organ des ZK der KP Chinas, betonte in diesem Zusammenhang: „Wir müssen uns in jeder Hinsicht noch vor Kriegsbeginn vorbereiten. Die beste Vorbereitung ist die Modernisierung nach vier Richtungen.“ In Peking verstand man, daß die Verwirklichung der „vier Modernisierungen“ in kurzer Zeit nur unter breiter Anwendung der neuesten ausländischen Technik und Technologie möglich ist.

Die Handels- und Wirtschaftskontakte zu den kapitalistischen Industrieländern nahmen rapide zu. Eine ganze Reihe chinesischer Delegationen wurde von Stellvertretern des Premiers des Staatsrates bzw. von Ministern geführt. Das Resultat waren große Abschlüsse, darunter

mit der BRD über den Ankauf von Grubenausrüstungen für 8 Md. DM (4 Md. Dollar), über japanische Ausrüstungslieferungen für den Bau des Hüttenkombinats Baoshan bei Schanghai in Höhe von 0,4 Billionen Yen (etwa 2 Md. Dollar).

Sehr verlockend war für die westlichen Staaten das Bestreben der Pekinger Führung, ihren Beziehungen zur kapitalistischen Welt eine langfristige völkerrechtliche Grundlage zu geben. Im Februar 1978 z. B. wurde ein chinesisch-japanisches partielles Handelsabkommen für acht Jahre unterzeichnet, nach dem China Rohöl und Kohle ausführen und von Japan als Gegenleistung Maschinen, Ausrüstungen und das Know-how beziehen soll. Die Lieferungen wurden auf jeder Seite mit 10 Md. Dollar festgesetzt. Ende März d. J. wurde dieses Abkommen bis 1990 verlängert und der Umfang des beiderseitigen Handels auf 40—60 Md. Dollar erhöht. Am 3. April 1978 unterzeichneten Repräsentanten Chinas und der EG ein langfristiges Abkommen über die Meistbegünstigung für China. Ende v. J. kam ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Frankreich zustande, in den ersten fünf Monaten d. J. waren drei weitere perfekt: im März mit Großbritannien, im April mit Italien und im Mai mit Schweden. Ferner wurde im Mai ein Abkommen mit den USA paraphiert, in dem für China wiederum die Meistbegünstigung vorgesehen ist.

Jeder neue Vertrag, jedes Handelsabkommen steigerten die Agitation um das „chinesische Dorado“. Firmen überschlugen schon im Kopf die Gewinne, die ihnen der Zutritt zum „unermeßlichen Binnenmarkt Chinas“ geben könnte.

Koppelgeschäfte

Die Pekinger Führer wußten sich die Wirtschaftsschwierigkeiten der

Kapitalisten zunutze zu machen und heizten die Leidenschaften noch mehr an. Ein Sprecher der chinesischen Botschaft in London erklärte: „Gegenwärtig hat jeder britische Industrielle die Gelegenheit, sich ein Vermögen zu machen.“ Die Pekinger Vertreter widerlegten nicht die phantastisch anmutenden Kalkulationen westlicher Ökonomen, in den nächsten acht Jahren allein werde China Waren für 0,2 Billionen Dollar importieren. Warum sollten sie auch? Sie stachelten die Konkurrenz zwischen Firmen, ja Staaten bewußt an. In dieser knisternden Atmosphäre ging Peking so weit, seine Käufe von Ausrüstungen an die Bedingung des Zutritts zu den neuesten Waffen zu knüpfen. Ein italienischer Industrieller klagte: „Privat sagen sie gerade heraus: Ohne Waffengeschäfte gibt es auch keine anderen Geschäfte.“ Aber auch das war noch nicht alles. Wie die „Neue Ruhr-Zeitung“ schrieb, ließen die Chinesen schon seit einiger Zeit durchblicken, daß Europa sich große Möglichkeiten für den Export nach China böten, wenn Westeuropa zusammen mit Peking im antisowjetischen Fahrwasser sein wollte.

Der Gedanke an die Errichtung eines antisowjetischen Blocks wurde unbedingt bei allen Wirtschafts- und Handelsunterredungen aufs Tablett gebracht. Bei einem Festessen für den französischen Außenhandelsminister Deniau in Peking hob Gu Mu, stellvertretender Premier des Staatsrates Chinas, die Notwendigkeit hervor, ein „europäisches Bündnis gegen den Hegemonismus“ zu schaffen. Beobachter verwiesen auch auf folgende Tendenz: Die Zahl der Handelsabschlüsse Chinas mit einem Land steigt, wenn es vorhat, mit diesem eine große politische Aktion durchzuführen. So gingen der Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Vertrages von 1978, der die antisowjetische Klausel über die „Hegemonie“ enthält, zahlreiche Handelsabschlüsse voraus. Der Ankauf amerikanischer Waren nahm kurz vor der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA merklich zu.

Man kann nicht sagen, daß dieser simple Trick immer zieht. Bundeskanzler Schmidt meinte beispielsweise, die BRD sei natürlich am Ausbau des Handels mit China sehr interessiert, aber in der Wirtschaft gelte die Alternative, entweder mit der einen oder nur mit der anderen

Seite zusammenzuarbeiten, ebenso wenig wie auch sonst in der Politik.

„Die Seifenblase kann platzen“

Die Euphorie dauerte etwa bis Ende dieses Winters. Gewiß, auch früher fragten sich einige Wirtschaftsexperten, woher die Chinesen das Geld nehmen wollen, um die Ausgaben zu decken, die ihnen aus den buchstäblich im Laufe einiger Monate unterzeichneten Verträgen für insgesamt ca. 30 Md. Dollar und außerdem aus den 17-Md.-Krediten erwachsen. Aber im Winter, als sich ein vorläufiges Fazit aus den Außenhandelsgeschäften mit China ziehen ließ, wurde diese heikle Frage immer häufiger und lauter gestellt. Der Handel Chinas mit den kapitalistischen Industrieländern belief sich 1978 auf rund 11 Md. Dollar, wobei sein Einfuhrüberschuß 3 Md. Dollar betrug (Import: 7 Md., Export: 4 Md.). Die Goldreserven des Staates liegen nicht über 2 Md. Dollar, ungefähr ebenso hoch sind die Devisenkonten in den westlichen Banken. Die Handelsexpansion Chinas auf den Märkten der Entwicklungsstaaten, die steigenden Gewinne durch die Ausbeutung von Hongkong und Macao sowie die Devisenüberweisungen von chinesischen Bourgeois aus dem Ausland erlaubten es zwar, das Außenhandelsdefizit im vorigen Jahr um 1,3 Md. Dollar zu senken. Und doch könnte das Handelsdefizit vom Stande 1978 alle Gold- und Valutareserven des Landes in nur drei Jahren dahinschmelzen lassen. Dabei müssen die Lieferungen kostspieliger Industrierausrüstungen das Defizit mit Notwendigkeit weiterhin wachsen lassen. Nach Schätzungen des US-Handelsministeriums wird es bis 1985 über 20 Md. Dollar betragen.

Wo ist der Ausweg? „Le Monde“ (Paris) vertritt die Auffassung, daß sich China „drei Wege eröffnen: sich in Schulden zu stürzen, zu Auslandsinvestitionen Zuflucht zu nehmen oder den Export zu erweitern“.

Was eine Exporterweiterung betrifft, so werden ihre Chancen einmütig als minimal angesehen. Nagelzangen, Schweineborsten, Antiquitäten, Seide, der Maotai-Schnaps und die übrigen traditionellen Waren haben ohnehin viele Länder überschwemmt. Große Hoffnungen wurden auf einen Erdölexport gesetzt, aber jetzt ist die Stimmung umgeschlagen. Die Zeitschrift der US-Geschäftskreise „Fortune“

schrieb: „Der Versuch Chinas, seine Valutaeingänge durch Erdölexport aufzubessern, wird in nächster Zeit wohl kaum nennenswerte Ergebnisse zeitigen. Füdigkeit und Qualität der chinesischen Ölagerstätten sind nicht bekannt. Die Erschließung und Organisation der Förderung wird nicht wenig Zeit und Geld erfordern. Aber selbst dann könnte der eigene wachsende Erdölbedarf China daran hindern, ein großer Exporteur zu werden.“ Zudem begrenzt der hohe Gehalt an Paraffin und Salzen die Möglichkeiten, das chinesische Erdöl zu hochwertigen Erdölprodukten zu verarbeiten. Japanische Fachleute haben errechnet: Um 40 Mio t chinesisches Erdöl zu verarbeiten, braucht das Land 20 neue Krackanlagen, Kostenpunkt: 11 Md. Dollar. Schon heute weigern sich die Japaner, chinesisches Erdöl in dem Umfang, der im Handelsabkommen von 1978 festgesetzt ist, und zu dem Preis, den Peking fordert, zu nehmen.

Neben dem Erdöl gedenkt China, große Mengen Kohle, Textilien und Agrarerzeugnisse zu exportieren. Aber schon kaufen die japanischen Firmen eine beinahe maximale Kohlenmenge, den westeuropäischen Ländern und den USA liegt an diesem Brennstoff überhaupt nichts, zumal er über große Entfernung transportiert werden müßte. An

Textilien und Nahrungsmitteln sind die westlichen Partner Chinas ebenfalls wenig interessiert. Die USA beispielsweise verlangen von China den Abschluß eines Sondervertrages, der die Einfuhr chinesischer Textilien einschränken soll, und drohen damit, andernfalls den paratierten Handelsvertrag nicht dem Kongreß vorzulegen. Was die Entwicklungsländer betrifft, so wächst dort die Empörung darüber, daß die einheimischen Konsumgüter und Nahrungsmittel durch ähnliche, aber praktisch zu Schleuderpreisen verkauften chinesischen Waren verdrängt werden.

Die westlichen Monopole hofften sehr, Peking werde ausländische Investitionen zulassen, d. h. den zweiten der von „Le Monde“ genannten Wege wählen. Zuerst schien die Hoffnung auch in Erfüllung zu gehen. Chinesische Vertreter verhandelten über Konzessionen und Gesellschaften in gemeinsamer Regie. Im vorigen Dezember erklärte Außenhandelsminister Li Qiang, Ausländer dürften ihre Firmen in China bzw. Betriebe mit gemischem Kapital gründen, und andere offizielle Vertreter prüften allen Ernstes Offerten der General Motors, der Deere and Co., der Gnesco und anderer amerikanischer, japanischer und westeuropäischer Gesellschaften auf die Möglichkeit

FLUG DER HUMANITÄT

In einem Sondereinsatz brachte eine sowjetische AN-12-Maschine nach der Hauptstadt Sambias, Lusaka, eine Gabe der sowjetischen Massenorganisationen (große Partien von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Kleidungsstücken und warmen Decken) für die Kinder aus Simbabwe, die in Sambia aufgenommen wurden. Auf der Flucht vor Verfolgungen und Repressalien der rhodesischen Rassisten mußten nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder ihre Heimat verlassen und in den benachbarten afrikanischen Staaten ein Asyl suchen. In Sambia allein befinden sich gegenwärtig 11 000 Kinder aus Simbabwe.



Auf einer Kundgebung, die bei der Übergabe der Spenden stattfand, erklärte der Leiter der sowjetischen Delegation Shuganow, Sekretär des ZK des Komsomol, daß sich die Sowjetbürger mit der gerechten Sache der Patrioten Simbabwes solidarisieren, die für die wahre Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen, und sie nach wie vor auf jede Weise unterstützen werden.

Foto
des NZ-Korrespondenten
S. PETUCHOW

hin, gemeinsame Unternehmen zu gründen. Wie gemeldet wurde, sind die westdeutschen Banken bereit, China eine Anleihe von 28 Md. DM für den Bau von Hüttenwerken zu gewähren. Die „New York Times“ erwähnte die Pläne Chinas, Gesetze zu verabschieden, die die Rechte der ausländischen Investoren garantieren würden.

Im Westen reagierte man mit Genugtuung auf diese Gesten und Versprechungen der chinesischen Vertreter. Zugleich aber verbreitete sich unter den Industriekapitänen die Meinung, Investitionen in der Wirtschaft Chinas seien unsicher. Die politische Labilität im Lande, die unaufhörlichen Machtkämpfe in der neuen Pekinger Führung machten die Lage immer bedenklicher. Man munkelte über eine mögliche Schwächung der Positionen jener Führer, die die Heranziehung westlicher Kapitale besonders eifrig befürworteten. Kennzeichnend für solche Stimmungen war der April-Beitrag des Kolumnisten der „Washington Post“. Er schrieb u. a.: „Die amerikanischen Geschäftskreise sind sicher, daß in der obersten Pekinger Führung der Handel, die industrielle Entwicklung und die damit zusammenhängenden Probleme umgewertet werden.“

Bleiben also Kredite und Anleihen der kapitalistischen Industrieländer zur Finanzierung des Imports aus ihnen. Das ist nichts Ungewöhnliches: Kreditierung der Außenhandelsgeschäfte ist im internationalen Handelsumsatz bei kapitalistischen und sozialistischen Ländern weit verbreitet. Aber jeder Kredit, jede Anleihe wollen einmal zurückgestattet werden, und zwar mit Zinsen. Die meisten Experten sind sich darüber einig, daß China, falls es ab 1979 zur Beseitigung des Außenhandelsdefizits jährlich 5–6 Md. Dollar anleiht, bereits 1984 jährlich 4–5 Md. Dollar an Tilgungsräten und Zinsen zahlen muß. Westliche Wirtschaftsfachleute sind der Ansicht, daß China nur dann zu Krediten Zuflucht nehmen dürfte, wenn seine jährlichen Tilgungsräten nicht mehr als 20% der Exporteinnahmen ausmachen. Folglich müßte der Export in nur fünf Jahren 20–25 Md. Dollar erreichen (gegenüber ca. 10 Md. im vergangenen Jahr). Da aber, wie bereits gesagt, die Möglichkeiten einer Exporterweiterung beschränkt sind, ist auch die Möglichkeit einer weitgehenden Nutzung westlicher Kredite sehr zweifelhaft. Peking hat bereits bei den westlichen Ländern Kredite und

Anleihen aufgenommen und wird es sicherlich auch weiterhin tun, aber kaum jemand zweifelt daran, daß die Entwicklung Chinas „nicht vollständig aus Auslandsanleihen finanziert werden kann“ („Le Monde“).

Schon diese kurze Analyse der Probleme des chinesischen Außenhandels zeigt also, daß die Hoffnungen westlicher Unternehmer auf rekordmäßige ansteigende Absätze in China von Anfang an auf Sand gebaut waren. Fast hellseherisch schrieb „New Nation“ (Singapur) schon Anfang Januar d. J.: „Die chinesische Blase kann platzen.“

Platzt sie!

Ende Februar wurden etwa 20 japanische Firmen, mit denen Verträge über die Lieferungen von Ausrüstungen für das Hüttenkombinat Baoshan sowie von petrochemischen Anlagen und Ausrüstungen zur Kunstdüngerproduktion geschlossen waren, davon in Kenntnis gesetzt, daß sie storniert würden. Die japanische Presse nannte das Ganze einen Schock und brachte damit die Stimmung der Geschäftswelt zum Ausdruck. Es geht nicht nur um die aufgehobenen Abkommen, obwohl sie sich insgesamt auf 2,8 Md. Dollar bemessen, was selbst für große Konzerne nicht wenig ist. Es geht darum, daß die Hoffnungen der japanischen Geschäftswelt, den Großteil der erwarteten Aufträge im Rahmen der „vier Modernisierungen“ zu erhalten — Aufträge für viele Milliarden Dollars! — zu Wasser wurden.

Überraschungen gab es nicht nur für Japan. Recht bald stellte sich heraus, daß Peking die meisten von chinesischen Organisationen signierten Verträge und Abkommen nicht als finanzielle Verpflichtung, sondern bloß als „Vorprotokoll“ betrachtet. So blieb der Kontrakt mit der U. S. Steel für eine Milliarde Dollar (Bau eines Hüttenwerks in der Provinz Liaoning), für den eine lärmreiche Reklame gemacht worden war, in der Luft hängen. Zwei große Aufträge für amerikanischen Weizen wurden annulliert.

Es ist wichtig, die Ursachen für einen solchen Zickzackkurs in der Außenwirtschaftspolitik Pekings zu verstehen. Das Nächstliegende wäre: Die Pekinger „Planer“ haben endlich die horrende Summe der übernommenen Handelsverpflichtungen errechnet und mit den schmalen

Mitteln verglichen, über die sie verfügen. Das Ergebnis dürfte unmißverständlich gewesen sein. Vielleicht trat zutage, daß einige Großprojekte wenig durchdacht waren. Vor kurzem erfuhr man, daß die Leute, die das Kombinat von Baoshan planten, sich keine Gedanken darüber gemacht hatten, woher sie den Strom nehmen sollen; auch kümmerten sie sich wenig darum, daß es in der Nähe keinen gentigend tiefen Hafen gab, obwohl das Erz aus Brasilien und Australien importiert werden müßte. Genannt wird ein weiterer Grund: Die Aggression gegen Vietnam war sehr kostspielig und wirkte sich auf die gesamte Wirtschaft Chinas, darunter auf den Außenhandel, aus.

Aber der Hauptgrund ist am ehesten die fundamentale Umwertung der Wirtschaftspolitik, die, nach der chinesischen Presse zu urteilen, in den letzten Monaten vor sich geht. Vorläufig sind nicht alle ihre Aspekte klar. Bestimmteres wird man erst nach der erwarteten Tagung des Nationalen Volkskongresses sagen, die, wie es heißt, an den Plänen ernste Korrekturen vornehmen und das Programm der „vier Modernisierungen“ überprüfen soll. Vornehmlich auf Meldungen der chinesischen Presse gestützt, meinen ausländische Experten, China werde sich vom Bau von Schwerindustriebetrieben auf die Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie umstellen. Man spricht von einer möglichen Senkung der Planauflagen für das Wachstumstempo der Produktion. Infolgedessen soll das ganze Importprogramm überprüft werden; das geschieht bereits. Die „Renminribao“ schrieb vor wenigen Tagen über die neue Außenhandelspolitik: Es gelte, nicht nur von Bedürfnissen, sondern auch von objektiven Möglichkeiten auszugehen und in Rechnung zu ziehen, daß „die wirtschaftliche Basis unseres Landes noch sehr schwach ist, die finanziellen und materiellen Ressourcen begrenzt, das technische Potential und das Verwaltungsniveau nicht sehr hoch sind, weshalb ein Zuviel an Import vielleicht unverdaulich wäre“.

Natürlich kann ein so großes Land wie China nicht auf die bankrote Mao-Politik des berüchtigten „Stützens auf eigene Kräfte“ zurückgreifen, das will es offenbar auch nicht. Aber es gibt auch keine Rückkehr zum „chinesischen Boom“, durch den Peking seine Ziele zu erreichen suchte.

GESUNDHEIT- RECHT FÜR ALLE



Wie kann man erreichen, daß allen Menschen der Erde eines der wichtigsten Menschenrechte gewährleistet wird: das Recht auf den Schutz der Gesundheit? Dieser Frage galt das Internationale Seminar für erste medizinische und sanitäre Hilfe, das im Mai in Frunse, der Hauptstadt der Kirgisischen SSR, abgehalten wurde. An ihm nahmen Vertreter von 76 nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes der jungen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas teil, ebenso Delegationen aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern sowie von internationalen Organisationen — der Weltgesundheitsorganisation, dem UNICEF und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes.

Die besondere Aufmerksamkeit galt den Problemen der ersten medizinischen und sanitären Hilfe. Denn gerade davon, wie diese Arbeit organisiert ist, hängt weitgehend der allgemeine Erfolg des Kampfes für die Gesundheit und das Leben der Menschen ab.

Besonders leiden unter ungenügender medizinischer Hilfe die Bewohner der Entwicklungsländer, die sich lange unter dem Kolonialjoch befanden.

„Bei uns“, erklärte die Vertreterin des Roten Kreuzes von Guinea-Bissau, C. da Silva, „gibt es eine hohe Kindersterblichkeit. Von 1000 Neugeborenen sterben 450, Epidemien sind häufig. Um dagegen anzukämpfen, reicht bei uns weder das medizinische Personal noch die Ausstattung der medizinischen Einrichtungen.“

Es ist ungeheuer schwer, die aus der Vergangenheit ererbte Rückständigkeit zu überwinden. Aber es ist möglich, nur kommt es darauf an, an diese Aufgabe so heranzugehen, wie es im Sozialismus geschehen ist.

Daß dieses Ziel wirklich erreicht werden kann, bestätigt u. a. die Erfahrung Kirgisiens, wo das Seminar stattfand. Bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war sein Volk vom Aussterben bedroht. Hunger und endlose Epidemien forderten jährlich Tausende Menschenleben. Medizinische Hilfe gab es im Grunde nicht. In ganz Kirgisstan gab

es nur 15 Ärzte und im Durchschnitt kam auf 60 000 Einwohner ein Arzt. In historisch kürzester Zeit gelang es dort, die schweren Aufgaben des Gesundheitsschutzes zu lösen. Im Vergleich zur vorrevolutionären Zeit sank die Sterblichkeit auf weniger als ein Viertel, und das durchschnittliche Lebensalter stieg auf das 2,5fache.

Dank der Sowjetmacht entstand in Kirgisien, wie auch im ganzen Land, ein Gesundheitswesen, das fähig ist, verschiedene Krankheiten zu verhüten und zu heilen. Heute kommen in der Republik auf 10 000 Einwohner 26 Ärzte. Ist das viel oder wenig? Diese Frage können folgende vergleichende Angaben beantworten helfen; in den USA kamen z. B. auf die gleiche Einwohnerzahl 1974 nur 21 Ärzte, in der BRD 22. Hinzugefügt sei, daß der Pflegesatz in den USA sich alle 5 Jahre verdoppelt. Die Kosten für den Krankenhausaufenthalt sind seit 1950 um das 12,5fache gestiegen, eine Operation kostet 2500—10 000 Dollar. Bestimmt nicht jeder US-Bürger kann sich das leisten.

Nach den sowjetischen Gesetzen haben alle Bürger die gleichen Möglichkeiten einer kostenlosen, allen zugänglichen, hochqualifizierten medizinischen Betreuung. Für das Gesundheitswesen ist der Staat zuständig und unterhält es auf seine Kosten. Allein in den letzten 7 Jahren stiegen die einschlägigen Aufwendungen aus dem Staatsetat um 33,7%.

Das Gesundheitswesen in der UdSSR wird vom Roten Kreuz der UdSSR, das über 100 Mio Mitglieder zählt, tatkräftig unterstützt. Über die Arbeit seiner Aktivisten berichtete auf dem Seminar W. Baltijski, Vorsitzender des Exekutivkomitees des Verbands der Rotkreuzgesellschaften und des Roten Halbmondes der UdSSR.

Die Seminarteilnehmer hatten die Möglichkeit, mit der Tätigkeit des Roten Kreuzes der Kirgisischen SSR bekannt zu werden. Im Laufe von zwei Tagen besichtigten sie Betriebe, medizinische Einrichtungen und Lehranstalten. Sie besuchten auch entlegene Kolchosen und Sowchosen der Republik.

„Nachdem wir einige Objekte aufge-

sucht haben“, erklärte der Präsident des Roten Halbmondes von Bangladesh, Sh. Ahmed, „bin ich der Ansicht, daß im Sozialismus sanitäre und medizinische Kenntnisse unter der ganzen Bevölkerung verbreitet werden. Die Tätigkeit des Sowjetischen Roten Kreuzes kann anderen Ländern als Beispiel dienen.“

„Die Gesundheit ist auch von sozialen und politischen Problemen abhängig“, sagte der Vertreter des Roten Kreuzes Spaniens, Dr. A. Somosa. „Hier in Kirgisien haben wir gesehen, wie das politische System des Sozialismus am allermeisten den Gesundheitsschutz fördert.“

„Wir besuchten eine Schule, eine Konfektionsfabrik, ein Krankenhaus, eine Unfallstation und eine Kolchose“, berichtete der Vertreter des Roten Kreuzes von Peru, C. Salazar. „Überall haben wir gesehen, daß der Staat sich um die Gesundheit ausnahmslos aller Bürger kümmert. Das Gesundheitswesen in Ihrem Land steht im Dienst des Volkes. Es ist für alle da, angefangen bei den Säuglingen.“

Bei Presseinterviews betonten viele Forumsteilnehmer, daß Friede und Gesundheit ebenso wie Krieg und Leiden un trennbar Begriffe sind.

„Vor kurzem fiel unser Land einer neuen Aggression zum Opfer. Dabei kamen Frauen, Greise und Kinder um, wurden Städte, Dörfer, Krankenhäuser und Kindergärten zerstört. Trotz dieser schwierigen Lage sind wir hierher gekommen, um wichtige Probleme der ersten medizinischen Hilfe zu erörtern“, erklärte der Präsident des Roten Kreuzes von Vietnam, Nguyen Van Thu.

„Jetzt kann von einer medizinischen Betreuung unseres Volkes keine Rede sein“, sagte auf dem Seminar tiefbekümmert die Vertreterin des Roten Kreuzes von Namibia, Mrs. M. Amaghul. „Gegenwärtig kommen Kinder und Frauen Namibias um. Das Rassistenregime läßt nicht zu, daß alles, was der übrigen Bevölkerung zugute kommt, auch für die Schwarzen da ist, und nur, weil sie schwarz sind.“

Beim Treffen in Frunse wurde einstimmig ein Schlußdokument angenommen, in dem die Schwerpunkte der Tätigkeit der nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes zur Erweiterung der nationalen primären medizinischen und sanitären Hilfe festgelegt sind. Darin heißt es, das Rote Kreuz könne seine Mission nicht unter den Bedingungen des Wettrüstens, sondern nur unter denen des Friedens, der Abrüstung und der internationalen Entspannung erfüllen.

A. WOROPAI,
S. SUBAREWA

BUMERANG WETTRÜSTEN

Leonid MEDWEDKO

Die Lage im Nahen Osten hat sich nach Abschluß des israelisch-ägyptischen Separatvertrages unverkennbar zugespitzt. Das mußte auch kommen. Kann denn mit Stabilität und Dauerhaftigkeit eines Friedens gerechnet werden, wenn er mit Hilfe von US-Waffen errichtet wurde und der Nahostbrand noch schwelt?

Für alle Entwicklungsländer, auch die nahöstlichen, birgt das Wettrüsten nicht wenig Gefahren in sich. Es zieht an ihren Ressourcen, verstärkt ihre Abhängigkeit vom Neokolonialismus und droht mit Einbeziehung in Militärkonflikte.

Bis zuletzt waren Iran, Israel und Saudi-Arabien Rekordler im Aufrüsten. Nach der iranischen Revolution und dem Abschluß des Separatvertrages strebt Kairo dannach, Teherans Platz einzunehmen.

Die Militärtechnik wird in erster Linie von den USA geliefert. Neben kommerziellen Waffenabschlüssen planen die USA, 1980 allen ihren Kunden 4,3 Md. Dollar als nichtrückzahlbare Militärhilfe bereitzustellen; mehr als 70% davon sind für die Nahostländer, vor allem für Israel und Ägypten, bestimmt.

Einmal profitieren die imperialistischen Monopole vom Wettrüsten im Nahen Osten, wie auch in anderen Regionen. Zum anderen hilft es dem Imperialismus, seine militärpolitischen Positionen in den Entwicklungsländern zu festigen und deren politischen Kurs mitzubestimmen. Deshalb wird der US-Plan für die Nahostregelung nicht an die Garantien einer wahren Sicherheit geknüpft, sondern an „ausbalancierte“ US-Verpflichtungen, Israel, Ägypten, Nordjemen, Sudan und einigen anderen Nahoststaaten neue Waffen zu liefern. Selbstverständlich rückt eine solche Haltung die wahre Regelung in diesem Raum in weite Ferne.

Warum Tel Aviv einen solchen militaristischen Eifer entwickelt und Washington es dabei so sehr fördert, ist leicht zu verstehen, besonders

angesichts der von langer Hand vorbereiteten „Pax americana“ für den Nahen Osten, die vor allem im Interesse der israelischen Expansionisten läge.

Nur nach veröffentlichten Überblicken sollen Israel zusätzlich 75 F-16-Flugzeuge, mindestens 200 Panzer, 800 Schützenpanzerwagen, 200 Artilleriegeschütze und über 1000 Raketen, insgesamt für 2,2 Md. Dollar, geliefert und 800 Mio Dollar für den Bau zweier Luftstützpunkte bereitgestellt werden.

Die enormen Militärausgaben Israels werden hauptsächlich aus amerikanischen Krediten und Subventionen sowie aus Spenden der zionistischen Organisationen gedeckt. Diese Beträge erreichen 3 Md. Dollar im Jahr.

Übrigens ist Israel nicht nur Waffenimporteur, sondern auch -produzent, ja heute sogar schon bedeutender Rüstungsexporteur (mehr als 1 Md. Dollar im Jahr).

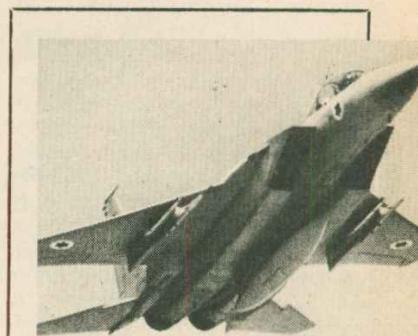
Somit benutzen die herrschenden Kreise Israels das Wettrüsten, um von den USA und internationalen zionistischen Organisationen zusätzliche Mittel zu erhandeln, zugleich aber auch als einen Knüppel gegen die arabischen Staaten und als Quelle großer Eingänge aus dem Export.

Recht große US-Waffenlieferungen — für ca. 1,5 Md. Dollar — sind in Form von Hilfe auch Ägypten versprochen worden. Wie vier ehemalige prominente ägyptische Staatsmänner, Mitstreiter Gamal Abdel Nasses, in ihrem Offenen Brief über die Abkommen von Camp David betonten, wird Ägypten die Militärtechnik mit seiner nationalen Souveränität und dem Blut seiner Soldaten bezahlen müssen, die das Sadat-Regime um der Interessen des Imperialismus willen bei verschiedenen bewaffneten Konflikten einsetzen wird.

Den anderen Nahostländern, besonders den erdölfördernden, werden die westlichen Waffen auf völlig anderer finanziell-wirtschaftlicher

Grundlage, nämlich gegen Barzahlung, geliefert. Die imperialistischen Monopole bringen, indem sie ihre Militärtechnik verkaufen, einen bedeutenden Teil der Gelder für das Erdöl dieser Staaten wieder herein. Iran z. B. gab zur Zeit des Schahs in den letzten Jahren fast die Hälfte seiner Einkünfte aus dem Erdöl (1977: 22 Md. Dollar) für militärische Zwecke aus. Bei Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman ist dieser Ausgabeposten ebenfalls immens.

Senator Edward Kennedy nannte ein solches hemmungsloses Wettrüsten „ein gefährliches Spiel am Persischen Golf“; in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ schrieb er im



Die US-Maschine F-15, die Israel für seine Luftwaffe kauft.

Die Hüllen amerikanischer Kaschettbomben, die israelische Flugzeuge auf die palästinensischen Flüchtlingslager in Libanon abwerfen.

Fotos: TASS



vorigen Jahr, die starke Orientierung der dortigen Regimes auf Waffen und Armee werde die „Forderungen nach radikalen Umgestaltungen“ trotzdem nicht niederhalten und in letzter Instanz in eine Katastrophe für die Machthaber ausarten.

Ungefähr im gleichen warnenden Ton äußerten sich auch die im Waffenbusines bewanderten Autoren politisch gefärbter Science-fiction-Bücher, die im Westen einigen Staub aufwirbelten. In nachgerade apokalyptischen Bildern werden die möglichen Folgen der hemmungslosen Waffenlieferungen an den Nahen und Mittleren Osten z. B. in dem Buch der amerikanischen Finanziers P. Tonous und P. Rubinstein „Die Petrodollars führen“ und des schweizerischen Geschäftsmannes P. Erdman „Der Zusammenbruch '79“ geschildert.

Die Autoren prophezeien sämtlich, die westliche Politik des Wettrüstens im Nahen und Mittleren Osten könnte schon 1979 zu einem Desaster führen. Sie haben aber nicht erwartet, daß dieser kurzsichtige Kurs für die Imperialisten so schwere Folgen nach sich ziehen wird wie den Sturz des Schahs von Iran, die Ausweisung Tausender amerikanischer und sonstiger westlicher Militärexperten aus diesem Land, die Kündigung vieler Verträge für den Waffenankauf durch Teheran sowie den völligen Zerfall der CENTO. Zwar ist der von P. Erdman vorausgesagte „Zusammenbruch '79“ nicht zu einer Kernkatastrophe geworden, aber die Gefahr bleibt bestehen. Davon zeugt u. a. die Tatsache, daß das Pentagon in diesem Frühjahr amerikanische kernwaffenbestückte Kriegsschiffe an die Küste des Persischen Golfes entsandte.

Auch die nicht abreißenenden bewaffneten Provokationen Tel Avivs gegen Libanon, die nach Camp David noch frecher gewordene Expansionspolitik Israels gegenüber den Arabern gefährden Frieden und Sicherheit. All das beweist: Jedes neue Abkommen über amerikanische Waffenlieferungen an Israel und jedes Zugeständnis an diesen Staat im Rahmen der ägyptisch-israelischen Abmachung machen es, wie einige US-Presseorgane zugeben, immer weniger möglich, „einen beseitigenden Einfluß auf das Vorgehen Tel Avivs auszuüben“. Nicht von ungefähr prahlen die israelischen Generale von Zeit zu Zeit, daß Israel, das gegenwärtig in militärischer und wissenschaftlich-techni-

nischer Hinsicht den arabischen Ländern voraus ist, imstande sei, selbständig, ohne jegliche Unterstützung durch die USA, einen mehrmonatigen Krieg zu führen; die wenigen Monate würden ihm durchaus reichen, um das Remis des Oktoberkrieges von 1973 umzuändern. Der israelische Verteidigungsminister Weizmann schreibt in seinem autobiographischen Buch: „Ich höre deutlich das Dröhnen des künftigen Krieges, der penetrant nach Erdöl riechen wird.“

Die Kräfte, die in all diesen Jahren Israel intensiv mit Rüstungen versorgten, erwägen in der Tat, ob ihm nicht die „Handlungsfreiheit“ zu gewähren sei. Die dem Staats-

als psychologisches Einschüchterungsmittel dienen, sondern auch die nahöstlichen und afrikanischen Länder real gefährden.

Wenn die Anhänger des Wettrüstens sich den Nahostfrieden wie eine „ausbalancierte“ Riesenschüssel mit Erdöl, die auf einem Pulverfaß steht, vorstellen, gehen sie wohl von der folgenden Erwägung aus: Sollte Israel die „strategische Autonomie“ erlangen, so werden die in wissenschaftlich-technischer Hinsicht viel rückständigeren arabischen Staaten, wie Ägypten, Saudi-Arabien oder die Emirate am Persischen Golf, infolge der zunehmenden Lieferungen moderner US-Waffen in eine noch größere militärpolitische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA geraten.

Zwischen 1971 und 1979 stiegen die Aufträge der Nahostländer für US-Militärforschung fast auf das Niveau. Auf diese Länder entfielen im Finanzjahr 1978 mindestens 80% aller ausländischen US-Lieferungen, die nach Angaben amtlicher amerikanischer Quellen über 15 Md. Dollar betrugen.

departement nahestehende US-Zeitschrift „Foreign Policy“ forderte unlängst ein politisches „Desengagement“ der USA gegenüber Israel. Aber nicht etwa, um es unter Druck zu setzen, vielmehr dazu, Tel Aviv, wie die Zeitschrift sich ausdrückt, aus den „strategischen, diplomatischen und politischen Zeitplänen der US-Präsidenten zu streichen“, d. h. es gewähren lassen.

Prof. E. Ravenal schreibt in dieser Zeitschrift: Nebenprodukt eines solchen amerikanischen Desengagements wäre die strategische Autonomie Israels, welches „in einem Krieg gegen eine beliebige Kombination arabischer Länder, mit oder ohne Ägypten, siegen könnte“. Mehr noch: Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, fordert der Autor Tel Aviv auf, im neuen Krieg selbst die bestehenden oder potentiell möglichen Nuklearkräfte einzusetzen, „um den Russen“ (?) „eine strategische Einflußnahme auf Israel zu verwehren“. Wie westliche Experten schätzen, besitzt Israel heute die Produktionskapazitäten für etwa 20 Atombomben. Ein solcher „Atomknüppel“ in den Händen der israelischen Expansionisten kann unter bestimmten Umständen nicht nur

In den militärischen Kreisen der USA glaubt man wohl, daß die arabischen Länder, insbesondere Saudi-Arabien, nach Sadats Kapitulation nicht imstande sein werden, eine neue israelische Aggression abzuwehren, und dann würden die Amerikaner sich als ihre „Verteidiger“ bzw. als „Friedensstifter“ aufspielen. War das vielleicht der Zweck der Übung, als das Pentagon, wie die „Washington Post“ Ende Mai meldete, einen Plan für die Verstärkung der „militärischen Präsenz“ der USA im Nahen Osten erarbeitete? Laut diesem Plan soll nicht nur eine 5. US-Flotte formiert werden und ständig vor der arabischen Küste kreuzen, sondern auch eine große Reservegruppe der US-Truppen bis zu 100 000 Mann aufgestellt werden, die auf Abruf auf dem Luftwege nach dem Nahen Osten verlegt werden könne.

Wem der Frieden etwas bedeutet, muß angesichts solcher Pläne Be- sorgnis empfinden.

Selbst die arabischen Monarchien, die als treue Bündnispartner Washingtons im arabischen Osten galten, sehen allmählich, wie gefährlich solche Pläne sind und wie sinnlos die Politik des Wettrüstens und der Militarisierung ist.

Die UdSSR kämpft konsequent und aktiv dafür, daß die Entspannung in jeder Hinsicht erstarkt und sich auf alle Regionen der Welt, auch auf den Nahen Osten, ausdehnt. Sie wendet sich gegen das weitere Wettrüsten in diesem explosiven Raum, unterstützt aber zugleich den gerechten Kampf der arabischen Völker.

PSYCHOLOGIE DES „REVOLUTIONÄREN ABENTEURERTUMS“

Prof. Juri SCHERKOWIN

In der Kriminalchronik bürgerlicher Zeitungen sieht man immer häufiger Fotos junger Burschen und Mädchen. In der Regel zeigt keines dieser Gesichter düstere Stumpfesinnigkeit oder herausfordernde Aggressivität, jene Züge, mit denen Lombroso einst seine berüchtigte Theorie vom geborenen Verbrecher zu begründen suchte. Im Gegenteil, die Fotos lassen eher an Universitätsstudenten oder auch junge Arbeiter denken, auf keinen Fall an Typen aus dem Verbrecheralbum. Und doch wird nach ihnen gefahndet.

Sie gehören ultralinken Terroristengruppen diverser ideologischer Richtungen an. Aber die Frage nach ihrer genauen ideologischen Orientierung sei diesmal beiseite gelassen. (Daraüber wurden schon viele ernste Arbeiten geschrieben, tief schürfende Analysen der sozial-klas senmäßigen und politischen Faktoren, welche in dem einen oder anderen Maße das Aufkommen des modernen ultralinken Terrorismus bedingt haben.) Ob Anarchisten oder Trotzkisten, Maoisten oder Separatisten, sie stehen sämtlich negativ zum Wert Menschenleben — ein Ausdruck nicht nur ihrer Konflikte mit der Gesellschaft, sondern auch ihres eigenen, inneren Konfliktes.

Von Zweikampf zu Zweikampf

Ohne sich über diesen Konflikt klarzuwerden, kann man schwerlich die Ursachen des ultralinken Terrorismus als Phänomen erkennen. Zwar hat die britische **Times** recht, wenn sie schreibt, daß „die Erforschung des Bewußtseins der modernen Terroristen und ihrer Handlungsmotive genau so wenig ange nehm ist wie die einer Krebsge schwulst im menschlichen Organismus“, doch ist es notwendig,

Auf die Notwendigkeit, sich über die Mentalität des ultralinken Terrorismus klarzuwerden, verwies schon Lenin. In dem Artikel „Revolutionäres Abenteuertum“ (1902) warnte er vor der Gefahr, welche darin besteht, daß das aufgegergte Bewußtsein der Terroristen die Wirklichkeit inadäquat abbildet. Lenin zeigte, daß für ihre Mentalität „hanebüchene Behauptungen“, „völliges Nichtverstehen“ der Massenbewegung, der „Unglau be an sie“ und „Naivität“ kennzeichnend sind. In derselben Arbeit fällt er ein vernichtendes Urteil über die politische

Nutzlosigkeit des exzitierenden Terrors (wie bei einer Diagnose gebrauchte Lenin diesen lateinischen Terminus) für die Geschicklichkeit der revolutionären Bewegung.

Mit größter Feinheit zeigte Lenin die sozialpsychologische Wirkung der Terrorakte auf den Zustand des gesellschaftlichen Bewußtseins auf. Solche Akte, schrieb er, „gerade insoweit sie ... Zweikämpfe bleiben, rufen unmittelbar nur eine rasch vorübergehende Sensation hervor, während sie mittelbar sogar zur Apathie, zum passiven Abwarten des nächsten Zweikampfes führen“.

Die von Lenin aufgezeigte Gesetzmäßigkeit ist bis heute wirksam, sie äußert sich in den zahllosen „Zweikämpfen“, von denen mehrere westeuropäische Länder erfaßt sind. Sie realisiert sich in der Eskalation sinnloser Gewaltakte — man denke z. B. an die Explosion vom 14. Mai 1979 in Rom, die die Wasserleitung beschädigte, ein ganzes Stadtviertel unter Wasser setzte, das Stromnetz ausschaltete und darüber hinaus die Regierung beschließen ließ, Tausende Soldaten zum Schutz kommunaler Objekte einzusetzen, damit sich die Polizei der Bekämpfung der „ultralinken Radikalen“ widmen konnte. Die Verantwortung für diese Explosion nahm eine Gruppe auf sich, die sich „revolutionäre Volksbewegung“ nennt, eine weitere Terroristenorganisation, man weiß nicht genau, ob ultralinks oder extrem rechts.

Die Mentalität des ultralinken Terrorismus entstand auf einer ganz bestimmten Basis. Sie geht aus dem alltäglichen Bewußtsein der Jugend in der kapitalistischen Gesellschaft von heute hervor. Dieser Boden ist mit der „Lebensphilosophie“ der Enttäuschung und mit zahlreichen kleinbürgerlichen ultrarevolutionären Konzeptionen gedüngt, die, wie Lenin schrieb, die psychologische Eigenschaft haben, „schnell in Unter-

würfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen „Modeströmung bis zur ‚Tollheit‘ fortreißen zu lassen“.

Zu solchen Konzeptionen entwickelte sich Marcuses Taktik des „großen Verzichtes“, in der den rebellischen „Außenseitern“ die Rolle der Erstürmer des Kapitalismus zugeschrieben war, der traurig berühmte „uferlose Realismus“ von Garaudy und der vulgäre Soziologismus des bürgerlichen Philosophen Adorno, der forderte, die „Utopie“ von Marx aufzugeben. Daher röhrt die exzentrische, bohemehafte Lebensweise, die als eine Art moralischen Protests gegen die bürgerliche Wohlstandigkeit entstand, daher die bewußte nachlässige bis abstoßende Mode, das betont regelwidrige Verhalten, der Sexkult, die Rauschgift- und Trunksucht.

Nach eigenen „Wer vorstellungen“

Jede der zahllosen ultralinken Gruppen hat ihre eigene, ungeheuerlich verzerrte und von der Wahrheit weit entfernte Vorstellung von revolutionärem Geist und Demokratie, von den Zielen der Tätigkeit und den Kriterien zur Einschätzung ihrer Resultate. Sehr oft ist die „revolutionäre“ Tätigkeit den Mitgliedern solcher Gruppen ein Nervenkitzel, und sie lassen davon ab, sobald sie ihrer überdrüssig sind. Selbst wenn sich der Überdruß noch nicht eingestellt hat, können sie ihre „Kampfhandlungen“ ohne Bedenken links liegen lassen, um übers Wochenende zu den Eltern ins Grüne hinauszufahren oder Weihnachten bei Freunden draußen zu verbringen. Sehr oft ist es auch so, daß solche Gruppen, die ihren Mitgliedern schrecklich „revolutionär“ scheinen, zuerst voller Eifer sind, der jedoch bei der Konfrontation mit dem Alltag in Mutlosigkeit und mit Repressalien gar in Enttäuschung über die „Revolution“ umschlägt.

Die in den 60er Jahren entstandenen „Protestaktivitäten“ der Ultralinken steigerten die psychische Spannung. Diese ihrerseits bewirkte, daß die Lebenssituationen im Bewußtsein der Teilnehmer eine stark veränderte Widerspiegelung erfuhren. Die Spannung verzerrte in hohem Maße die Festlegung der Methoden zur Erreichung der Ziele, Grausamkeit und Verfremdung, ein Gefühl der Überlegenheit über die „Menge“ und die Überzeugung, mit dem Leben anderer Menschen nach eigenem Gutdünken umspringen zu dürfen, entwickelten sich allmählich zu psychologischen Charakteristiken

der Mitglieder der ultralinken Gruppen.

Der Schaum des ultralinken Radikalismus auf der Woge des sozialen Protestes der Jugend gegen die „bleiernen Scheuflüchtlings“ des Kapitalismus brachte einige junge Vertreter der Mittelschichten an die Oberfläche, die unverzügliche radikale Aktionen verlangten. Die Tatsache, daß sie an Terrorakten teilnehmen, ist vielen von ihnen subjektiv weit wichtiger als das Ziel der politischen Handlungen, das nur unklar gedacht ist bzw. von den Führern vage formuliert wird. Viele gefallen sich darin, im Mittelpunkt der Massenmedien zu stehen, Gegenstand von Parlamentsdiskussionen und spießbürgerlichem Geplatsche zu sein. Gewisse junge Menschen, die besonders stark unter der Ver fremdung leiden, suchen in einer viel größeren sozialen Gemeinschaft die Sicherheit, die ihnen in der bürgerlichen Gesellschaft sonst zu fehlen schien und auch wirklich verwehrt war. Daher die praktische Solidarität mit den Armen und Unterdrückten, mit schwarzen Amerikanern, algerischen Arbeitern, „versetzten Personen“, mit dem „Vietcong“ und verbale Proteste gegen den Imperialismus. Eine solche Solidarität äußerte und äußert sich jedoch nicht als Folge der Erkenntnis der Klasseninteressen, sondern als Resultat oberflächlicher, flüchtiger Sympathien, die, wie Lenin beobachtete, der Mentalität „eines aus dem Geleise geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariers, aber nicht des Proletariers“ eigen sind.

Der politische und moralische Protest hat zusammen mit dem Pluralismus des ultralinken politischen Denkens die Zersplitterung der Terrorstengruppen bedingt. Hierzu einige Tatsachen. In Großbritannien bestehen etwa 100 einander befriedende Anarchistengruppen. In Frankreich gibt es neben der „revolutionär-anarchistischen Organisation“ zahlreiche Gruppen, die sie nicht anerkennen. Nach Schätzungen wirkten in 55 Städten der BRD vor ein paar Jahren etwa 70 diverse Anarchistengruppen mit durchschnittlich 10–20 Mitgliedern.

Je weiter links, um so weiter rechts

Die ideologisch-politischen Differenzen zwischen den Revoluzzern bewirken Rivalität und das Bestreben, die Aufmerksamkeit um jeden Preis auf sich zu lenken. Die Machtkämpfe zwischen den Gruppierungen und ihren Anführern bringen schon an und für sich die „revolutionären“ Leidenschaften in den Gruppen zum Sieden und erhitzen

die Atmosphäre um sie herum. Unter einem solchen Einfluß werden nicht nur psychische Abweichungen emotional zugespitzt, sondern auch die normalen Züge der jugendlichen Psyche: soziale Aktivität, der Hang zum Mitgerissenwerden, die kritische Einstellung zu allem, was sich nicht mit dem gängigen Ideal deckt, eine romantische Heftigkeit, die die Jungen mitunter zu verbalem Radikalismus und überstürzten Handlungen verleitet. Solche Züge werden bis zur Unkenntlichkeit entstellt und richten sich nicht gegen das System, das die antagonistischen Klassengegensätze hervorbringt. Kein Wunder, daß eine solche Ausrichtung den reaktionärsten Kreisen der kapitalistischen Staaten letztendlich durchaus paßt.

So fanden sich buntscheckige ultralinke Gruppierungen in Chile im selben Lager wie die Kräfte, die gegen die Unidad Popular auftraten. Am Vorabend des faschistischen Putsches, dem 31. August 1973, forderte die Zeitung der chilenischen Trotzkisten „Lucha obrera“ die Absetzung der Regierung Allende. Mit ihren verantwortungslosen provokatorischen Aufrufen zum Bürgerkrieg halfen die Ultralinken der chilenischen Reaktion, unter dem Vorwand, „im Lande Ordnung schaffen zu müssen“ und „der Bedrohung durch die Extremisten vorbeugen zu wollen“, ein Blutbad anzurichten.

Auch die Anarchisten in der BRD erwiesen den demokratischen Kräften ihres Landes einen Bären Dienst. Selbst „Der Spiegel“ gab im Oktober 1977 zu, daß die Ausfälle der Terroristen es der Reaktion erleichterten, eine Hetze gegen die Fortschrittskräfte zu starten, da sie die Gelegenheit ergriff, alle Gegner der Ausnahmegesetze als „Sympathisanten des Terrorismus“ einzustufen. Gegen die demokratischen Kräfte wurde eine Kampagne unter dem Motto „Der Sympathisant ist Mittäter“ entfesselt.

Man muß auch folgendes hervorheben. Die Ausschreitungen der Ultralinken sind keineswegs dazu angetan, die soziale Basis der antikapitalistischen Bewegung zu erweitern, im Gegenteil, sie schrecken eventuelle neue Mitglieder ab. Enrico Berlinguer, Generalsekretär der Italienischen KP, verwies auf diesen Aspekt und stellte fest: Die ultralinken Elemente „gehen auf eine Weise vor, die zur Schaffung eines reaktionären Blocks beiträgt, und drängen selbst jene Bevölkerungsschichten, die dem Faschismus fernstehen, nach rechts ab“.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts schrieb Lenin, daß „in der Niedergeschlagenheit des Opportunismus wie in der Verzweiflung des Terroristen ein und dieselbe psychische Wesensart, ein und dieselbe

spezifische Klassennatur, z. B. des Kleinbürgertums, zum Ausdruck kommt“. Kein Wunder, daß in den letzten Jahren der ultralinke Terrorismus in der politischen Strategie des Imperialismus einen immer wichtigeren Platz einnimmt. Der rechte wie auch der linke Terrorismus manipuliert die Gefühlswelt und gibt Schwächeren die Gelegenheit, ihre „Härte“, „Erbarmungslosigkeit“ und „Unversöhnlichkeit“ hervorzukehren, kurz den Superman zu spielen. Andererseits führt die Gewaltpsychose, kultiviert von den bürgerlichen Regierungen und den Massenmedien — den hinter den Kulissen manipulierenden Spannungsantreibern, wie der IKP-Vorsitzende Luigi Longo sie nach dem Mord an Aldo Moro im Mai 1978 nannte —, zur Entstehung einer Atmosphäre der Angst, und gerade das braucht die Reaktion. Ebenso vorsätzlich steigerten die Ultralinken und Extremrechten die Angst und Spannung im Mai 1979, kurz vor den allgemeinen Wahlen in Italien vom 3. und 4. Juni. Die Unterschiede in ihrem politischen Vokabular hinderten sie nicht, bei der Wahl der Opfer der Terroraktionen konform zu gehen.

In dem gemeinsamen Kommunique über den UdSSR-Aufenthalt Enrico Berlinguers im Oktober 1978 verurteilten die führenden Politiker der KPdSU und der IKP die Aktivitäten der Gruppierungen, „mit deren Hilfe die reaktionären Kräfte durch das Einfädeln von Terrorakten versuchen, die Entwicklung der demokratischen Errungenschaften der Werktagen und des italienischen Volkes zu verhindern“. Sie charakterisierten solche Aktivitäten als etwas, was den Interessen der demokratischen und Arbeiterbewegung diametral entgegengesetzt ist.

Der ultralinke Extremismus ist nur ein Ersatz des revolutionären Geistes und hat eine Logik, die im schreienen Gegensatz zur Logik des objektiven historischen Prozesses steht. Allmählich sehen das auch Vertreter der ultralinken Bewegungen ein, in ihrer Mitte kommt es zu einer merklichen Differenzierung von Anschauungen, Meinungen und politischen Orientierungspunkten. Es ist wohl kein Zufall, daß die Führer der früher pekingfreundlichen ultralinken Gruppierungen in Chile, Peru, Brasilien, Ekuador und Honduras antimaistische Erklärungen abgeben. Das ist gesetzmäßig.

Doch wäre es naiv anzunehmen, die Dogmen des ultralinken Radikalismus seien endgültig überholt. Sie leben noch weiter, man muß sie erforschen und analysieren, weil die auf ihrer Grundlage erfolgenden Handlungen die moderne revolutionäre Bewegung in ihrer Entwicklung weiterhin stören.

DESAI ÜBER SEIN LEBEN

Vor kurzem ist der dritte Band der „Geschichte meines Lebens“ von Morarji Desai, Ministerpräsident Indiens, in Delhi erschienen. Das ist ein Werk nicht nur über das Leben und Schaffen des Autors, sondern es behandelt auch viele Ereignisse aus der indischen Geschichte der letzten Jahrzehnte. Zusammen mit den beiden bereits erschienenen Bänden interessiert es die Öffentlichkeit besonders.

Morarji Desai ist am 29. Februar 1896 im Dorf Bhadelhi (heutiger Staat Gujarat) in der Familie eines Lehrers geboren. Seine Studentenjahre verbrachte er in Ahmedabad und Bombay. 1918–1930 war er in der britischen Verwaltung, insbesondere in Ahmedabad, tätig. Bei Reisen durch das Land lernte er die Not der Volksmassen kennen und kam zu dem Schluß, daß aktiv für die Unabhängigkeit seiner Heimat gekämpft werden muß.

1930 scheidet M. Desai aus dem britischen Verwaltungsdienst aus und tritt der Gujarat-Organisation des Indischen Nationalkongresses (INC) bei. Unverzüglich schaltet er sich in die Salzkampagne unter Mahatma Gandhi ein. Diese Kampagne beinhaltete den Verzicht der Bevölkerung auf den Kauf von hochbesteuertem Salz und seiner primitiven Gewinnung aus Meeresswasser. Wegen aktiver Teilnahme an der Kampagne wird M. Desai im Herbst 1930 in Ahmedabad eingekerkert, wo er noch vor kurzem ein angesehener Beamter war. Insgesamt wurde er viermal von den Engländern inhaftiert.

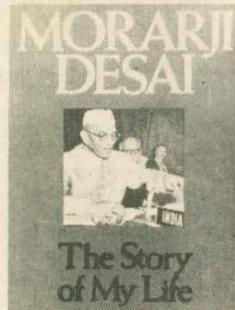
Als 1935 in Britisch-Indien provinzielle Machtorgane mit überaus eingeschränkten Funktionen geschaffen werden, wird M. Desai im Auftrag des INC Landwirtschafts-

minister in der Regierung Bombay. Jetzt geht er an die Wirtschaft der Provinz aus neuer Sicht heran und beteiligt sich an Reformen zur Verbesserung der Lage der Bauern. Allerdings geschieht das alles in sehr begrenztem Rahmen, weil es auf starken Widerstand der britischen Kolonialisten und einheimischen Feudalherren stößt.

Nach der Proklamierung der Unabhängigkeit Indiens wird M. Desai Innenminister in der Provinzregierung Bombay und später, 1952, Chefminister des Staates Bombay. In dieser Zeit leistet er Gewaltiges zur Verhütung und Regelung religiöser und Gemeindekonflikte, im Kampf gegen den Hunger, zur Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens in der wichtigen Region Indiens. In den Schlußkapiteln des ersten und den Anfangskapiteln des zweiten Bandes über diese Periode berichtet der Autor ausführlich von seinen Beziehungen mit führenden indischen Politikern, besonders über seine Verehrung für Mahatma Gandhi.

Wie aus mehreren Abschnitten hervorgeht, stand M. Desai Jawaharlal Nehru kritisch gegenüber. M. Desai anerkennt die großen Fähigkeiten und Verdienste des ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Indiens, mißbilligt aber einige innen- und außenpolitische Maßnahmen dieses Politikers, mit denen er nicht einverstanden ist. Gleichzeitig betont Desai, daß er gerade auf Nehrus Veranlassung Handels- und Industrieminister in der zentralen indischen Regierung wurde.

Im elften Kapitel des zweiten Bandes „Handels- und Industrieminister“ legt der Autor seinen Standpunkt zur Entwicklung der indischen Wirtschaft dar. Er lehnt die Behauptung ab, Indien brauche keine Schwerindustrie und müsse hauptsächlich die Heimindustrie,



Manufaktur und Gewerbeproduktion entwickeln, kategorisch ab. Desai erklärt: „Die Industrialisierung des Landes ist lebensnotwendig, um der Armut ein Ende zu setzen.“ Gleichzeitig ist der Autor dagegen, daß sie auf Kosten der landwirtschaftlichen Entwicklung vollzogen wird. Desai war beteiligt an der endgültigen Fassung des zweiten und der Aufstellung des dritten Fünfjahrplans zur Entwicklung der indischen Wirtschaft, an der Aufbietung der inneren Reserven und dem Ausfindigmachen von Außenquellen zur Finanzierung dieser Pläne ohne wesentliche Zugeständnisse an die westlichen Monopole. In seinen Memoiren erzählt er, wie er gegen die Versuche der bekannten transnationalen Monopsgesellschaft „Lever Brothers“ und der amerikanischen Firma „Singer“ ankämpfte, den indischen Markt zu beherrschen. Große Beachtung schenkt M. Desai den chinesisch-indischen Beziehungen. Er meint, Jawaharlal Nehru habe das Hegemoniestreben Chinas unterschätzt und den Friedensbeteuerungen seiner Führer geglaubt.

Im 27. Kapitel des zweiten Bandes „Die chinesische Invasion“ schreibt der Autor ausführlich über die Aktivitäten der Maoisten, die sich, getarnt durch die Prinzipien der „Pancha Shila“ und durch Freundschaftsbeteuerungen, seit 1950 allmählich an indische Gebiete „heranmachten“ und 1957 insgeheim mit dem Bau einer strategischen Chaussee durch das indische Territorium Aksai Chin in Ladakh begannen.

Desai berichtet über den Delhi-Besuch Zhou Enlais von 1960, schildert seine lange Unterredung mit dem chinesischen Premier, bei der er die Regierung der VRCh direkt beschuldigte, gegen ihre feierlichen Versprechungen, Indien gegenüber eine freundschaftliche Politik zu betreiben, zu verstößen. Desai erinnert an die chinesische Okkupation von 36 000 km² indischen Territoriums im Gebiet Ladakh und an die Invasion in die Nord-Ost-Grenzagentur (heute Union Territory Arunachal Pradesh) vom Oktober 1962. Der Autor erwähnt, daß er damals aktive Gegenmaßnahmen zur Verjagung des Aggressors forderte.

Bedeutenden Raum widmet der Autor auch den sowjetisch-indischen Beziehungen. Er erzählt über seine erste Reise in die Sowjetunion von 1960 als Finanzminister, bei der er in Moskau, Leningrad, Sverdlowsk, Wolgograd und Baku weilte. M. Desai betont, daß die sozialen und wirt-

Morarji Desai. *The Story of My Life*. Vol. I–II, Delhi, 1977; Vol. III, Delhi, 1979.

RASSISMUS, APARTHEID UND KOLONIALISMUS AUSMERZEN

Dokumente des internationalen Seminars in Alma-Ata

Vom 28. bis 31. Mai fand in der Hauptstadt der Kasachischen SSR Alma-Ata ein internationales Seminar zum Thema „Die Rolle der Öffentlichkeit bei der Unterstützung des Kampfes der Völker des südlichen Afrikas gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus“ statt, das vom Sowjetischen Solidaritätsausschuß der Länder Asiens und Afrikas und vom Afrika-Institut der AdW der UdSSR in Zusammenarbeit mit der UNO-Sonderkommission für Apartheid-Fragen durchgeführt wurde. Es nahm zwei Dokumente gegen die Apartheid an: einen Appell an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim und eine Solidaritätsbotschaft für die nationalen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrikas.

schaftlichen Erfolge der UdSSR ihn tief beeindruckt haben. Er beschreibt die erspielbaren Verhandlungen in Moskau über die sowjetisch-indische wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Verwirklichung des dritten Fünfjahrsplans Indiens. In dem Abschnitt „Gespräch mit Kossygin“ äußert er sich positiv über seine Begegnung mit dem sowjetischen Regierungschef im Januar 1968 in Indien. Desai war damals stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in der Regierung Indira Gандhis.

Das zweite Mal besuchte M. Desai die Sowjetunion im Oktober 1977 bereits als Ministerpräsident Indiens. Seine Unterredungen mit L. I. Breschnew und die unterzeichnete Gemeinsame Erklärung leiteten eine neue wichtige Etappe in der Entwicklung der vielseitigen sowjetisch-indischen Zusammenarbeit ein.

Im März 1979 war der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR Alexej Kossygin zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Indien. Die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Morarji Desai trugen zum weiteren Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern bei.

M. Desai, der vor kurzem der UdSSR einen Besuch abstattete, wurde von der sowjetischen Öffentlichkeit herzlich empfangen.

Bei einem Empfang am 11. Juni im Kreml betonte M. Desai das Bestreben der indischen Regierung, „eine Politik der weiteren Vertiefung und Bereicherung unserer Beziehungen mit der Sowjetunion“ durchzuführen. Zu seinem Aufenthalt im asiatischen Teil der UdSSR vor seiner Ankunft in Moskau sagte der Ministerpräsident Indiens: „Das erinnerte mich an unsere historischen Verbindungen mit Mittelasien und ließ mich noch besser erkennen, daß die Sowjetunion ein echter Freund ist, der zu tiefst an der Beständigkeit und dem Wohlergehen seiner Freunde interessiert ist.“

Prof. G. BONDAREWSKI

Im Appell heißt es, die Diskussion über das Internationale Jahr des Kampfes gegen die Apartheid auf dem erwähnten Seminar ermögliche es, ein besseres Bild über die wirkliche Lage im südlichen Afrika zu erhalten. Die von den Regimes in Pretoria und Salisbury betriebene Politik widerspricht den Hauptbestimmungen der UNO-Charta sowie den Resolutionen und Beschlüssen, die von der UNO und von anderen internationalen Organisationen angenommen wurden. Das aggressive Wesen dieser Regimes, ihre Anstrengungen zur Vergrößerung des Militärpotentials einschließlich des beharrlichen Strebens der RSA-Rassisten nach Nuklearwaffen, ihre aggressiven Ausfälle gegen die unabhängigen Anrainerstaaten — all das birgt die Gefahr von Konflikten in sich, die den lokalen Rahmen sprengen können. Im südlichen Afrika entsteht eine besorgniserregende Situation, die die Erfüllung der Hauptaufgabe der UNO — Erhaltung und Konsolidierung des Weltfriedens und der Sicherheit — gefährdet.

Und weiter: „Wir Teilnehmer des internationalen Seminars bekunden die Entschlossenheit, uns nach wie vor für die Ausrottung des Rassismus, der Apartheid und des Kolonialismus einzusetzen; wir bestätigen unsere Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrikas. Wir treten empört gegen jegliche Versuche auf, den unterjochten Völkern Südafrikas, Namibias und Simbabwes beliebige neokolonialistische Marionettenregimes aufzuzwingen. Wir sind der Ansicht, daß ein allseitiger Boykott und die völlige Isolierung der rassistischen Regimes der wirksamste Beitrag der internationalen Völkergemeinschaft dazu ist, daß die Völker im Süden Afrikas baldigst befreit werden und daß sie eine wirkliche

Unabhängigkeit erlangen. Wir bestehen darauf, daß jegliche Aktivitäten zur Unterstützung der Rassisten aufgegeben werden. Wir rufen die UNO auf, noch entschiedenere Maßnahmen zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen zu ergreifen, die vom Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas, von der Volksorganisation Südwestafrikas und der Patriotischen Front Simbabwes geführt werden. Wir fordern, daß mit der Politik der Repressalien, des Terrors und der Morde gegenüber der afrikanischen Bevölkerung Südafrikas, Namibias und Simbabwes Schluß gemacht wird, daß alle politischen Häftlinge in diesen Ländern auf freien Fuß gesetzt werden, daß alle Aggressionsakte gegen die „Frontstaaten“ unverzüglich aufhören“.

In der Botschaft an die nationalen Befreiungsbewegungen grüßten die Teilnehmer des Seminars herzlich die Patrioten des südlichen Afrikas. Sie brachten ihre Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf zum Ausdruck, den die echten Vertreter des Volkes — die Patriotische Front Simbabwes, die SWAPO und der ANK — anführen.

In der Solidaritätsbotschaft wird festgestellt: „Der Kampf der Völker des südlichen Afrikas für Freiheit und Unabhängigkeit ist in eine entscheidende Phase getreten. Die Rassisten, die sich auf die Regierungskreise einiger westlicher Staaten und in erster Linie der NATO-Staaten und ihrer Handlanger stützen, versuchen, die internationale öffentliche Meinung irrezuführen, indem sie versuchen, durch verschiedene Manöver die in Namibia, Simbabwe und in Südafrika bestehenden Zustände aufrechtzuerhalten. Sie wollen den Ansturm der Befreiungsbewegung aufhalten und in eine Gegenoffensive übergehen, um die nationale Befreiungsbewe-

gung zu schwächen und eine falsche, neokolonialistische Lösung des Problems der Befreiung Namibias und Simbabwes aufzwingen zu können.

Die Regierungskreise der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der BRD, Israels und anderer imperialistischer Staaten verletzen die zahlreichen Resolutionen der UNO und anderer internationaler Organisationen, sie treten die UNO-Charta und die elementaren Völkerrechtsnormen mit Füßen und lassen den Regimes Südafrikas und Rhodesiens nach wie vor eine politische, militärische und ökonomische Unterstützung zukommen. Die imperialistischen Staaten, vor allem die USA und Großbritannien, versuchen, den Völkern Namibias und Simbabwes volksfeindliche Marionettenregimes aufzuzwingen, die ihren Herren — den Rassisten, dem internationalen Imperialismus und den supranationalen Korporationen — hörig sein würden.

Die wichtigste und dringlichste Aufgabe ist unter diesen Umständen die größtmögliche Erweiterung und Verstärkung der moralisch-politischen und materiellen Hilfe an die nationalen Befreiungsbewegungen, die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten in der ganzen Welt für die Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker des südlichen Afrikas...

In der internationalen Bewegung der Solidarität mit den südafrikanischen Patrioten spielen die Völker der sozialistischen Ländergemeinschaft, der unabhängigen Afrikaländer und vor allem der „Frontstaaten“ sowie die fortschriftliche Weltöffentlichkeit, die einen großen Beitrag für die Unterstützung der Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas geleistet hat, eine wichtige Rolle.

Es ist Zeit, daß die UNO und andere internationale Organisationen neue und wirksame Maßnahmen ergreifen, damit Resolutionen, die zu Problemen des südlichen Afrikas verabschiedet wurden, sowie die legitimen Rechte der Völker dieser Region auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verwirklicht werden.

Den vereinigten Bemühungen der imperialistischen Kreise und ihrer rassistischen Handlanger muß man weitere intensive und einheitliche Aktionen der Weltöffentlichkeit, die gegen den Rassismus und das unmenschliche System des Kolonialismus und der Apartheid auftritt, entgegenstellen.

Zum Schluß brachten die Seminarteilnehmer ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Völker Namibias, Simbabwes und des südlichen Afrikas in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit den vollen und endgültigen Sieg davontragen werden.

BACKGROUND STORY

Lockheed übertrumpft

Irina STEPANOWA

Anfang Juni gab Pieter Botha, Ministerpräsident der RSA, bekannt, daß Präsident Vorster zurücktritt. Der Entschluß wurde gefaßt, gleich nachdem die Ergebnisse der Untersuchung publik gemacht worden waren, die Gaunereien hochgestellter Politiker Pretoriás zutage gefördert hatte. In früheren diesbezüglichen Berichten war peinlichst verschwiegen worden, daß der langjährige Führer des rassistischen Regimes in die unsaubersten Machenschaften eines Regierungsamtes verwickelt war. Dieses Mal konnte das nicht verschwiegen werden.

Als Vorster im vergangenen September aus dem Sessel des Ministerpräsidenten in den des Präsidenten hinüberwechselte, welches Amt nicht minder ehrenvoll, aber mit keinen realen Machtbefugnissen verbunden ist, tat er es angeblich aus Gesundheitsrücksichten. Jetzt ist Licht in die Sache gebracht worden.

Die Ursache von Vorsters Rücktritt ist also ein politischer Skandal, der Pretoria seit Monaten in Aufregung hält.

Ramschhändler

Als sich das anrüchige Regime 1974 immer mehr isoliert sah, wurde das Informationsministerium beauftragt, Sympathie für die Apartheid zu erwecken. Mulder, sein Minister, faßte das so auf: „Um jeden Preis erreichen, daß die Weltöffentlichkeit die RSA recht versteht.“

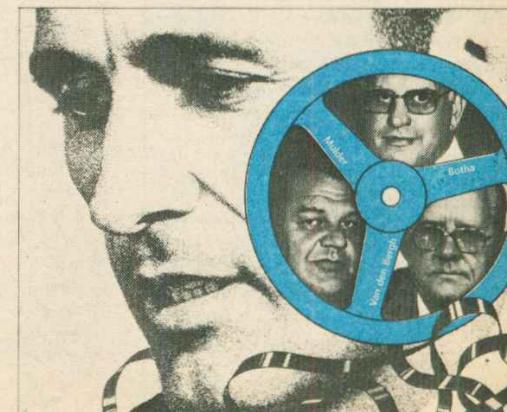
Wieviel Wert Vorster auf die Tätigkeit dieses Amtes legte, das übrigens mehr Befugnisse als das Außenministerium hatte, das erkennt man am Steigen der Bewilligungen dafür zwischen 1969 und 1977/78 von 4 Mio Rand auf 15 Mio (1 Rand = 1,2 US-Dollar). Außerdem bekam es über das BOSS (Büro für die Staatssicherheit) für einen Geheimfonds vom

Verteidigungsministerium 64 Mio Rand.

„Freunde“ warb ein gutes Dutzend Organisationen, die die Regierung der RSA in Europa und Amerika aufgezogen hatte. Agenten der RSA bildeten in London eine Verlegergruppe zur Herausgabe und zum Vertrieb antikommunistischer Schriften. Der britische „Guardian“ berichtet, Pretoria habe einige Mitglieder des britischen Parlaments jahrelang dafür bezahlt, daß sie Propaganda für die Politik der Rassisten trieben und aktive Mitglieder von Organisationen bespitzelten, die gegen die Apartheid auftreten.

Jedes Jahr zahlte Mulders Amt der amerikanischen Werbefirma Sydney Baron Information 650 000 Dollar für Versuche, den über die Rassisten verhängten internationalen Boykott zu durchbrechen. So versammelten sich auf Einladung der Firma im Juni 1977 in Ray (Staat New York) etwa 350 Geschäftsleute. Unter sie wurden Heftchen über die Bodenschätze der RSA und über deren strategische Bedeutung als „wichtigstes Blutgefäß des Westens“ verteilt. Ferner die Werbezeitschrift „South African Digest“ mit einer Schilderung der Südafri-

Von allen seinen Geheimverhandlungen mache der „Playboy“ Rhodie heimlich Tonbandaufnahmen. Das brachte den Karikaturzeichner von der „Newsweek“ (USA) auf die Idee, auf den Spulen die Fotos der Schlüsselfiguren des Muldergate-Skandals — Bothas, Mulders und Van den Berghs — einzumontieren.



kareise des Präsidenten der Firma Ford und Beiträgen zu dem Thema „Warum ich mich entschlossen habe, mein Geld in der RSA zu investieren“. Unter den Rednern war sogar der Ex-Finanzminister der USA William Simon. Über diese Firma bestachen die Rassisten Politiker in Form von Honoraren für Vorträge. Nach einem Kolloquium in Texas wurden z. B. 10 000 Dollar an Gerald Ford überwiesen, der dort gesprochen hatte.

Einer anderen amerikanischen Werbefirma, Colliers, Shannon, Reals & Edwards, flossen von Mulders Leuten jährlich 150 000 Dollar zu. Wofür? Für die Anknüpfung von Kontakten mit Kongreßleuten und Regierungsbeamten, um Washingtons Kurs zugunsten der RSA zu ändern. Beide Firmen sollten das Image einer „gesunden, gedeihenden, krisenlosen Republik“ entwerfen.

Die rege Werbung des Informationsministeriums im Ausland bereitete das Terrain auch für persönliche Kontakte vor. Vorgeschnickt wurde der junge Beamte Eschel Rhoodie, ein Vertrauensmann Mulders, Abteilungsleiter im Informationsministerium. Er führte das Leben eines Playboys, bezahlte aus einem Geheimfonds Zimmer in den teuersten Hotels und erschien bei internationalem Sportwettkämpfen in den Zuschauerlogen.

In Wirklichkeit war Rhoodie ein Werkzeug Vorsters bei seiner Politik eines „Dialogs“ und einer „Entspannung“ den unabhängigen Ländern Afrikas gegenüber. Man sah ihn in Zaire kurz vor der Einmischung der imperialistischen Mächte in die unvergessenen Ereignisse von 1977. Er machte öfter Abstecher nach Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, wo er versuchte, im „Dialog“ mit dem unabhängigen Afrika Bundesgenossen zu finden. Diese endlosen Reisen ebneten den Boden für die Verhandlungen Vorsters mit dem Präsidenten dieses Landes. Mehr als zwölfmal besuchte Rhoodie Israel und bereitete dort den offiziellen Besuch des rassistischen Regierungschefs von 1976 vor.

Diese ganze Betriebsamkeit hatte jedoch nicht die erwarteten Resultate. Die RSA blieb isoliert. Wie der Londoner „Observer“ schrieb, haben die südafrikanischen Politiker „Unverkäufliches nicht verkaufen können“.

„Muldergate“

Vorsters großspuriges Gerede von einem „Dialog“ mit dem unabhängigen Afrika, seine Versprechungen,

die Wirtschaft zu stabilisieren und Auslandskapital ins Land zu holen, war eigentlich nur Bluff.

Die RSA steckt in einer Wirtschaftskrise, u. zw. in einer der schwersten ihrer Geschichte. Arbeitslos sind nicht nur Afrikaner, sondern auch Weiße.

Viele Großunternehmer teilen die Ansicht des „Diamantenkönigs“ der RSA, des Milliardärs Harry Oppenheimer, der gesagt hat: „Die Apartheid? Ein langer Marsch in den Selbstmord.“ Der lange Marsch scheint seinem Ende nahe zu sein.

Eine rege politische Betriebsamkeit beginnt die Progressive Föderalpartei zu entwickeln. Sie will keine einschneidenden Veränderungen an der Apartheidspolitik, sondern ein paar Zugeständnisse an die afrikanische Stammbevölkerung, ja sie schlägt sogar einige politische Rechte für diese Bevölkerung vor. Von einer Mehrheitsregierung will sie natürlich nichts wissen. Im Kampf um Einfluß bei den Wählern kritisiert sie die Regierung und versucht, deren führende Mitglieder in Mißkredit zu bringen. Kurz, die Unternehmerpartei versucht zu retten, was noch zu retten ist.

Unter diesen Umständen kam der Opposition ein südafrikanisches Wartegate wie gerufen: das sogenannte Muldergate, der Skandal im Informationsministerium, der das politische System des Landes bis in seine Grundfesten erschüttert hat. Er hat widerlegt, daß die Afrikanerführer „feste, aufrechte Charaktere“, daß sie „uneigennützige und unbestechliche“ Männer seien. Jetzt sieht man, wie die rassistischen Machthaber wirklich sind, wie sie vor nichts zurück scheuen, nur um sich an der Macht zu halten. In Kreisen der Nationalpartei ist man schockiert über die bekannt gewordene Tatsache, daß erkleckliche Summen aus dem Geheimfonds in die Taschen von Mitgliedern der Regierung gewandert sind.

Unmittelbar vor den Wahlen, am 30. November 1977, leitete eine südafrikanische Zeitung, nachdem sie aus „eigener“ Initiative die Valutamißbrüche in Mulders Amt untersucht hatte, Vorster einen Bericht darüber zu. Er brachte sie aber zum Schweigen und erklärte: „Südafrika kann sich nach der internationalen Entrüstung über den Fall Biko nicht noch einen Skandal leisten.“ (Gemeint ist die Empörung über den bestialischen Polizeimord an Steve Biko, einem Führer der Jugendbewegung.) Zur gleichen Zeit wurden der angesehene Wirtschaftsexperte

Robert Smith und seine Frau in ihrem Haus ermordet, wie jetzt bekannt geworden ist, von zwei eigens dafür aus London hingekommenen Söldnern. Die „Schuld“ von Smith bestand darin, von den Machenschaften der Chefs im Informationsministerium gewußt zu haben. Damals brachte man den Mord aber nicht mit dem Skandal in Zusammenhang, und nach einigen Tagen trug Vorsters Partei den Wahlsieg davon.

Nun aber gingen schon mehrere Zeitungen diesen Machenschaften nach, und der Ministerpräsident war außerstande, die Sturzflut der Enttäuschungen aufzuhalten. Im Februar 1978 erklärte der Generalrevisor offiziell, daß in Mulders Amt tatsächlich finanzielle Mißbrüche vorgekommen seien. Vorster beauftragte General Van den Bergh, den Chef des BOSS, mit der Untersuchung. Die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht, später aber verlautbarte, daß viele Unterlagen schleunigst vernichtet worden waren. Im Juni v. J. bestätigte der Generalstaatsanwalt die von der Presse erhobenen Anschuldigungen, und das Informationsministerium mußte aufgelöst werden. Rhoodie trat zurück, Mulder wurde der Minister für multirassistische Beziehungen.

Die Parteien der Opposition forderten aber weitere Untersuchungen, und Vorster gab nach, er setzte eine neue Kommission ein, bestehend aus — einem einzigen Mann, Anton Mostert, einem Mitglied des Obersten Gerichtshofs. Dieser bestätigte die zweckentfremdete Verwendung staatlicher Gelder und deckte im ehemaligen Informationsministerium die Valutaschiebungen auf. Auch stellte es sich heraus, daß General Van den Bergh versucht hatte, den wahren Tatbestand zu vertuschen.

Ans Licht kam die Geschichte von einem anderen Geheimfonds, den Mulder und Rhoodie benutzt hatten. Über die Deckfirma Thor Communicators finanzierte eine Schweizer Bank Beamte des Ministeriums und überwies ihnen insgesamt rund 200 Mio Pfund Sterling. Für dieses Geld veranstalteten hohe Beamte aus Mulders Amt Vergnügungsfahrten und mieteten in Kapstadt für bisher nicht bekannte Personen Luxuswohnungen. Zu den Direktoren der fiktiven Firma zählte Rechtsanwalt Van Rooyen, der im Falle Biko die Polizei vertrat.

Die Presse schrieb: „Das Regime der Nationalpartei, das seit 1948 besteht, ist durch die Enttäuschungen über die zweckentfremdete Ver- aus-

gabung von Geldern im Informationsministerium bis in seine Grundfesten erschüttert.“ Vorster mußte gehen. Infolge des Skandals konnte aber auch Mulder, sein allgemein anerkannter Nachfolger, nicht das Amt antreten. Das tat Pieter Botha. Doch die Opposition verlangte eine weitere Klärung der Sache. Da warf man ihr noch einen Brosamen hin: Mulder schied aus dem Kabinett aus.

Mostert aber war inzwischen gegangen worden. Empört erklärte der Richter, er werde eine Pressekonferenz abhalten. Nach einem Anruf Finanzminister Horwoods sagte Mostert sie ab, weil er — nichts zu sagen habe. Sämtliche Untersuchungsprotokolle hatte die Regierung eingezogen.

Langsam, aber sicher wurde die Regierung in den politischen Riesenskandal einbezogen.

Um den Schlag halbwegs zu mildern, setzte Ministerpräsident Botha eine neue Kommission ein, aber auch ihr Bericht bestätigte die großangelegten Valutaschiebungen, Mißbrüche, Unterschlagungen und Fälschungen. Die Kommission empfahl, gegen sechs namhafte südafrikanische Politiker, darunter Rhoodie, ein Verfahren anzustrengen. Die Verfasser des Berichts kritisierten scharf Mulder und Van den Bergh, nahmen aber Vorster, den Präsident geworden war, und Botha in Schutz.

Wie schon gesagt, kam die Kommission endlich doch zu dem Schluß, daß Vorster bei den Machenschaften von Mulders Amt seine Hand im Spiel gehabt hat. Am Vorgehen Bothas und Horwoods entdeckte sie allerdings nichts Gesetzwidriges.

„Muldergate ist nur die Spitze eines Eisbergs“, schrieb die südafrikanische „Sunday Times“. Das bestätigen jüngste Vorkommnisse.

Josias Van Zyl, ein in den Skandal verwickelter südafrikanischer Politiker, teilte unlängst der Johannesburger „Financial Mail“ mit, Rhoodie besitze eine detaillierte Liste der Politiker vieler Länder, die sich von Pretoria bestechen ließen. Sollte sie publik gemacht werden, dann wäre der Lockheed-Skandal daneben das reinste Kinderspiel. Das kann schon passieren. Rhoodie hat die Absicht geäußert, eventuell Schriftstücke und Tonbandaufzeichnungen zu veröffentlichen, die zum „Sturz der jetzigen Regierung“ führen könnten. Tut er es, so wird Muldergate eine Kettenreaktion von Skandalen auch in England, den USA, Frankreich, der BRD und Israel auslösen. ■

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 11

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

свобода творчества	Freiheit des Schaffens
обеспечиваться (чем?)	gewährleisten
изобретательская	Erfindungs-
деятельность	Rationalisierungs- tätigkeit
рационализаторская	materielle Verhältnisse
материальные условия	Unterstützung leisten
оказывать поддержку (кому?, чему?)	
(оказать)	
изобретение	Erfindung
народное хозяйство	Volkswirtschaft
сфера жизни	Lebensbereich
охраняться (кем?)	geschützt, bewahrt werden
закон жизни	Gesetz des Lebens
условия развития	Entwicklungsbedingungen
добровольный	freiwillig
личные	persönliche
творческие стремления	schöpferische Bestrebungen
вызывать расцвет (чего?)	
(вызвать)	
национальные границы	Landesgrenzen
выходить за границы (чего?)	über die Grenze hinausgehen
творческий союз	Künstlerverband
профессиональное мастерство	professionelle Meisterschaft
многогранный	vielseitig

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

Конституция гарантирует гражданам СССР свободу научного, технического и художественного творчества. Свобода творчества обеспечивается широкими возможностями научных исследований, изобретательской и рационализаторской деятельности, развитием литературы и искусства. Государство создает необходимые для этого материальные условия, оказывает поддержку творческим союзам, организует внедрение изобретений и рационализаторских предложений в народное хозяйство и другие сферы жизни. Права авторов, изобретателей и рационализаторов охраняются государством. Свобода творчества при социализме не означает того, что художник не зависит от законов жизни, от условий общественного развития; свобода творчества выражается в естественном и добровольном слиянии личных творческих стремлений художника с политическими, социальными и общекультурными целями всего народа. Именно эти условия вызвали бурный расцвет литературы и искусства в Советской стране. Советское искусство давно вышло за национальные границы. Всему миру хорошо известны фильмы Эйзенштейна и Пудовкина, музыка Шостаковича и Прокофьева, проза Шолохова, Паустовского и Айтматова, поэзия Твардовского и Гамзатова.

Важную роль в развитии советского искусства играют творческие союзы писателей, композиторов, художников и другие. Деятельность союзов многогранна: организация дискуссий по вопросам профессионального мастерства, творческих встреч с деятелями культуры и искусства зарубежных стран, организация профессиональной учебы для молодых начинающих писателей и художников. Все это помогает писателям и художникам создавать произведения, отображающие многогранную жизнь советского народа.

Übung 2: Übersetzen Sie folgende Wörter mit gleichen Wurzeln und prägen Sie sie sich ein:

a) изобретать	б) исследовать	в) рационализировать
изобретатель	исследователь	рационализатор
изобретение	исследовательская	рационализация
изобретательская	работа	рационализаторское
деятельность		предложение

Übung 3: Finden Sie im Text eventuelle Synonyme der fettgedruckten Wörter und ändern Sie, wo nötig, die Konstruktion der betreffenden Wortverbindung:

- 1) поддерживать творческие союзы
- 2) обеспечивать свободу творчества
- 3) способствовать расцвету искусства
- 4) перешагнуть национальные границы
- 5) иметь большое значение для развития культуры

Übung 4: Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen:

а) сфера жизни	б) юридический закон
сфера деятельности	закон жизни
сфера влияния	закон развития

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Politik muß fair sein. Ich bin ein alter Mann, habe aber eine faire Politik nicht erlebt. Dagegen weiß ich noch gut, wie Moskau sich zum Frieden bekanntete, aber vor 40 Jahren den Vertrag mit Hitler unterzeichnete, und eine Woche später brach der zweite Weltkrieg aus.

James SNIDER
Liverpool, Großbritannien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Michail
TSCHERNOUSSOW

Bei Ihrem guten Gedächtnis müßten Sie, Herr Snider, sich auch an andere Ereignisse des letzten Friedensommers 1939 erinnern. Im Westen werden viele davon heute totgeschwiegen. Sie wurden auch damals verfuscht. Vielleicht deshalb erwähnen Sie z. B. nicht einen Eklat, zu dem es in London im Juli 1939 kam.

Der damalige Außenhandelsminister Großbritanniens Hudson nahm einen Whisky zu viel, und das war sein Verhängnis: Er verriet in einer feuchtfröhlichen Unterhaltung, daß er mit einem Emissär Berlins, Helmut Wohlthat, über ein umfassendes britisch-deutsches Abkommen verhandelt hätte. Am Tag darauf stand das in der Presse.

So erfuhr das breite Publikum, worüber in politischen Kreisen schon gemunkelt wurde.

Wissen Sie noch, was damals los war? Ein Tumult im Unterhaus; Premierminister Chamberlain, der „ehrliche Makler“, wie er allgemein genannt wurde, und Außenminister Halifax dementierten die Worte Hudsons und bestritten, auf dem laufenden zu sein. Allgemeine Entrüstung in Frankreich: Wieso einigte sich London hinter dem Rücken von Paris mit Berlin? In Berlin dagegen wurde befeuert, die Initiative wäre von den Briten ausgegangen. Können Sie sich noch daran erinnern, Herr Snider?

Wenn nicht, ist es schade. Diese wenig schöne Geschichte bestätigt Ihren Ge-

danken, daß die Politik fair sein muß. Sehr richtig, nur daß die britische Regierung das am Vorabend des Krieges vergessen zu haben schien. London verhandelte ja mit der UdSSR über einen Beistandsvertrag, suchte aber hinter ihrem Rücken Mittel und Wege, sein Hauptziel — ein Abkommen mit Nazi-deutschland auf antisowjetischer Grundlage — zu erreichen. Chamberlain und Co. hofften, Hitler würde einem Zweifrontenkrieg die Abmachung mit den Westmächten vorziehen. London wollte durch die Verhandlungen mit der UdSSR Berlin unter Druck setzen.

Im August, als in Moskau die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen stattfanden, genauer, als der Westen Verhandlungen mit Moskau markierte, erhielt die britische Regierung die geheimen Kontakte mit Berlin aufrecht. Die britische Diplomatie hetzte Deutschland offen gegen die UdSSR und verpflichtete sich, gleich nach Erreichung eines Abkommens mit Deutschland die Verhandlungen mit Moskau einzustellen.

Wie hätte die UdSSR im Ergebnis dieser Politik dagestanden? Völlig allein vor einer heimlich errichteten Front der imperialistischen Mächte, einer Front gegen die UdSSR. Im Westen bedrohte sie Deutschland,

im Osten Japan, das bei Chalchyn-gul mit aggressiven Kampfhandlungen begonnen hatte. Bei den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau im August 1939 hatte die UdSSR alle Möglichkeiten erschöpft, mit London und Paris übereinzukommen. Der Westen sabotierte unverhohlen die Verhandlungen, bis sie in einer Sackgasse steckten, worauf es der britischen und der französischen Seite auch ankam. Erst dann kam Ribbentrop nach Moskau, und die UdSSR unterzeichnete am 23. August den von Deutschland angetragenen Nichtangriffspakt. Er ersparte der UdSSR einen Zweifrontenkrieg, d. h. einen Krieg unter denkbar ungünstigen Bedingungen. Der Westen mußte eben die Früchte seiner „fairen Politik“ ernten.

Der berühmte englische Historiker Thomas Carlyle sagte, Erfahrung sei ein teurer, aber unübertrefflicher Lehrer. In den 30er Jahren strebte die UdSSR ein kollektives Sicherheitssystem für alle friedliebenden Staaten an. Das war in der Tat eine faire Politik, und an sie hält sich die UdSSR auch heute. Der Westen dagegen versuchte, seine Interessen auf Kosten anderer Staaten abzusichern. Es dürfte schwerfallen, eine solche Politik als fair zu bezeichnen, weder heute noch vor 40 Jahren.

NZ POST

Meines Erachtens ist SALT 2 von gewaltiger Bedeutung für die ganze Welt. Deshalb gilt es, die antisowjetischen Ausfälle und Verleumdungen der bürgerlichen Presse zurückzuweisen und ihre Erdichtungen über SALT 2 entschieden bloßzustellen, darunter solche in der bürgerlichen Presse meines Landes.

Ray CLARKE
Hunter's Hill, Australien

Ich bin empört über die Grausamkeit der Militaristen Israels und ihrer Verbündeten, der

Rechtsextremisten des Libanons, den Palästinensern und der friedlichen libanesischen Bevölkerung gegenüber. Unschuldige Menschen werden sinnlos, aber planmäßig ausgerottet.

J. ANTOSCHIN
Ordshonikidse, RSFSR

Ich möchte die Überschriften Ihrer Artikel etwas kritisieren. Sie geben manchmal keinen Bezug vom Inhalt, wenn sie auch recht blumig klingen. Einem Leser, der gewöhnt ist, an der Überschrift zu sehen, worum ein Artikel handelt, kann es passieren, daß er etwas Wichtiges übergeht.

Thomas RICHARDS
Atlantic Highlands, USA

Er muß es ja wissen



„Früher sagte ich, die Politik sei das zweite älteste Gewerbe. Jetzt bin ich zu dem Schluß gekommen, daß sie dem ersten ältesten Gewerbe verdammt ähnelt.“ Laut „Observer“ sagte das der ehemalige Filmschauspieler und jetzige konservative US-Politiker Reagan, der vermutlich für die Präsidentschaft kandidieren wird.

Ein Danaergeschenk

Die Behörden des Kantons Wallis (Schweiz) waren hoherfreut zu erfahren, daß ihnen der reiche Sammler Gigotz eine wertvolle uralte Sphinx hinterlassen hat. Sie stellten sie im archäologischen Museum des Kantons auf. Aber die Freude dauerte nicht lange. Bald stellte sich folgendes heraus: Die Sphinx war bei Ausgrabungen der altrömischen Stadt Ostia gefunden und 1958 geraubt worden. Jetzt verlangt die italienische Regierung sie zurück.

Der sichere Hafen?

Der „Guardian“ schreibt, die britischen Segelsport-

ler hätten den Hafen immer als sichere Zuflucht vor den Fährnissen der See angesehen. In letzter Zeit würden aber sehr viele Jachten und Boote entführt, öfter sogar ins Ausland, wo man ihnen einen anderen Anstrich gebe, sie verkaufe oder für Schmuggelfahrten benutze. Es ist also keineswegs übertrieben, wenn das Blatt schreibt, die hohe See sei sicherer als die Häfen.

Ordnung muß sein

Der Bürgermeister eines Dorfes auf Sardinien (Italien) erhielt vor kurzem von der Provinzverwaltung die Aufforderung, sofort 292 Lire (etwa 70 Pfennig) für die Befestigung der Küste bei der Bank einzuzahlen, andernfalls... Was da angedroht wurde, war nicht von Pappe. Dabei muß es den Beamten entgangen sein, daß das Porto für den Zahlungsbefehl mehr als die fragliche Summe ausmachte.

Spottbillig



„Stehen die Sterne morgen günstig dafür, daß ich den Chef um Gehaltszulage bitten kann?“ Wie die Werbung für ein elektroni-

sches Tischhoroskop behauptet, das eine amerikanische Firma jetzt in den Handel bringt, könnte man mit seiner Hilfe Aufschluß über diese und andere brennende Fragen bekommen. Der Besitzer braucht dem Apparat nur die eigenen Personalien einzugeben. Man erwartet einen guten Absatz. Den lebenden Hellseherinnen und Wahrsagern zahlen Amerikaner jährlich Millionen Dollar, während eine elektronische Pythia nur 50 Dollar kostet.

Viel Lärm — und nichts



In Island sind die Benzinpreise wieder hochgeschnellt und sind jetzt, wie der Automobilistenklub in Reykjavik angibt, die höchsten der Welt. Aus Protest haben die dortigen Automobilisten ein viertelstündiges Hupkonzert veranstaltet, wie die Presse schreibt, ohrenbetäubender als der Fliegeralarm im zweiten Weltkrieg. Die Teilnehmer sind aber keineswegs sicher, daß es ihnen etwas nützen wird.

Ein schwieriger Fall

Aus Versehen wurde vor kurzem aus einem Gefängnis bei Paris statt eines Mannes, der seine kurze Haftstrafe abgesessen hatte, ein zu langjährigem Freiheitsentzug Verurteilter entlassen. Seelenruhig schlenderte er hinaus, aber dann machte er sich schleunigst dünne. Jetzt zerbricht man sich bei der Staatsanwaltschaft darüber den

Kopf, ob sie ihn wegen Ausbruchs aus der Haftanstalt unter Anklage stellen kann.

Ein schöner Bauch tut's auch

Bei Fußballspielen in der BRD geht es auf den Tribünen manchmal viel turbulenter als auf dem Fußballfeld her, ja es kommt sogar zu blutigen Raufereien. Für besonders streitbare Fans ist im Stadion Gelsenkirchen unter der Tribüne für Ehrengäste ein Käfig eingerichtet worden, aus dem sie nach Schluß des Spiels zur Polizei abtransportiert werden. Einer der harmloseren stellte seinen nackten Bauch zur Schau, auf den tätowiert war: „1. FC Köln, für dich mein Herz!“

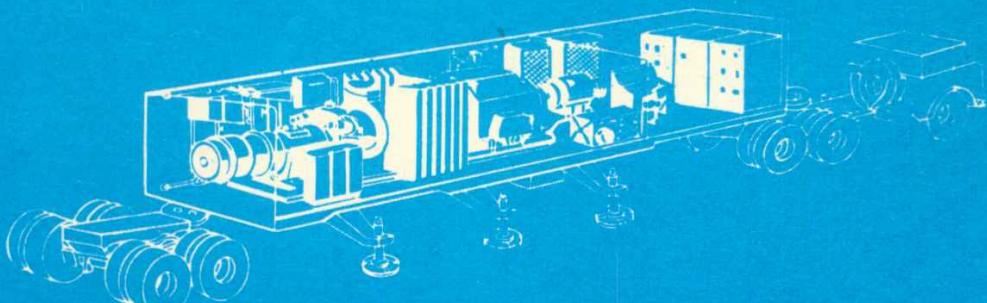
Wohlgerüche



John Grim siegte in Virginia (USA) bei einem Wettbewerb: Er aß 65 Köpfe einer im Gebirge wildwachsenden Pflanze, die viel schärfer als Knoblauch und Zwiebel schmeckt. Sie soll bei Feinschmeckern sehr geschätzt sein, weshalb sich am Wettbewerb über 2000 Personen beteiligten. Grims Preis bestand aus 30 Dollar in bar, zwei Bons für je ein Essen in einer Imbißhalle und — einer Flasche Mundwasser.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

MOBILE AUTOMATISCHE KRAFTWERKE VOM TYP PAES-2500



finden breite Anwendung als Grundlast-, Spitzenlast- oder Reservekraftwerk mit einer Leistung von 2500 kWh, um vom Stromnetz entfernte Regionen zu versorgen.

Und das zeichnet dieses Kraftwerk aus:

- automatische Erreichung der Nennleistung innerhalb von 5 Minuten nach Einschaltung;
- stabiles Funktionieren bei Außentemperaturen von -60°C bis $+45^{\circ}\text{C}$;
- Petroleum, Dieselöl und als Nebenprodukt anfallendes Erdgas dienen als Brennstoff;
- Dreiphasen-Wechselstrom von 50 Hz;
- Spannung — 6,3 kV.

Auf Wunsch kann das Kraftwerk PAES-2500 mit einer Ausgangsspannung von 10,5 kV hergestellt werden.



ENERGOMACHEXPORT

UdSSR, 127489, Moskau, Deguninskaja ul. 1, korp. 4, Telefon: 487-31-82
Telex: 7565

DIE ZIVILLUFTFAHRT DER RGW-LÄNDER

Alljährlich befördern die Luftfahrtgesellschaften der RGW-Länder viele Millionen Passagiere und Hunderttausende Tonnen Fracht, bearbeiten aus der Luft ausgedehnte land-

dem bekannten Konstruktionsbüro „A. S. Jakowlew“ angelaufen.

Die intensive Zusammenarbeit der Bruderländer in der Zivilluftfahrt ist ein Beispiel für die sozia-



Unsere Bilder:

Das Schul- und Sportflugzeug JAK 52 aus rumänischer Produktion.



wirtschaftliche Nutzflächen.

Die Zivilluftfahrt der RGW-Länder verfügt über moderne Jets, die ohne Zwischenlandung Interkontinentalstrecken befliegen, ebenso wie über kleinere komfortable Maschinen für Nahstrecken. Das erste in der Landwirtschaft eingesetzte Düsenflugzeug,

listische ökonomische Integration.

Die Luftfahrttechnik der sozialistischen Länder wurde auf der Ausstellung am Kiewer Flughafen Boryspol gezeigt, die auch von Teilnehmern einer Tagung des ständigen RGW-Ausschusses für Zivilluftfahrt besichtigt wurde.

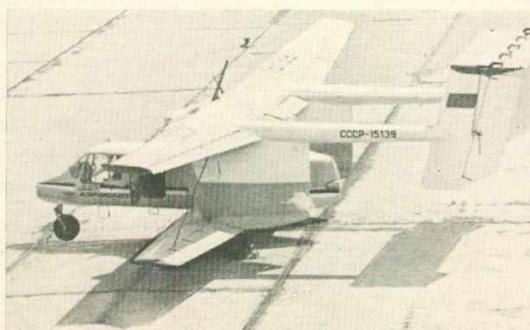


Die verschiedenen IL-Liner ermöglichen den Großraumtransport von Passagieren und Fracht.

Das Düsenflugzeug AN 72: Kurzer Start und Landung bei fast allen Bodenverhältnissen.



die Konstrukteure der UdSSR und der VR Polen gemeinsam entwickelt haben, läuft im Flugzeugwerk der polnischen Stadt Mielec vom Band. In den sozialistischen Ländern ist das tschechoslowakische Nahstreckenflugzeug L 410M im Einsatz. In Rumänien ist für die RGW-Länder die Serienproduktion des Schul- und Sportflugzeuges JAK 52 aus



Das tschechoslowakische Nahstreckenflugzeug L 410M bietet 17 Passagier Platz.

Der sowjetische Airbus IL 86 ist für 350 Fluggäste bestimmt.

Das Landwirtschaftsflugzeug M 15 aus polnischer Produktion.

Bildreportage V. BELIKOW